

Oberbergischer Kreis Prüfungsbericht



***Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2012
und des Lageberichtes für das Haushaltsjahr 2012
des Oberbergischen Kreises***

Inhaltsverzeichnis

1. PRÜFUNGS-AUFTRAG	3
2. GRUNDSÄTZLICHE FESTSTELLUNGEN	4
3. GEGENSTAND, ART UND UMFANG DER PRÜFUNG	5
3.1 Gegenstand der Prüfung	5
3.2 Art und Umfang der Prüfung	5
4. FESTSTELLUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR RECHNUNGSLE- GUNG	8
4.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung	8
4.1.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen	8
4.1.2 Jahresabschluss	9
4.1.3 Lagebericht	9
4.2 Gesamtaussage des Jahresabschlusses	10
4.2.1 Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses	10
4.2.2 Wesentliche Bewertungsgrundlagen	10
5. WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKS UND SCHLUSSBE- Merkung	11
6. ANLAGEN ZUM PRÜFUNGSBERICHT	14

1. PRÜFUNGSaufTRAG

Entsprechend § 101 Abs. 8 GO NRW i.V.m. § 103 Abs. 1 Nr. 1 GO NRW obliegt dem Rechnungsprüfungsausschuss die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2012 (Anlagen 6.1.2 bis 6.1.5) unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichts für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 (Anlage 6.1.1)

des Oberbergischen Kreises,

nachfolgend auch Kreis genannt.

Über das Ergebnis der Abschlussprüfung berichtet dieser Prüfungsbericht, der nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen des Instituts der Rechnungsprüfer (vgl. IDR-L-260) erstellt wurde.

2. GRUNDSÄTZLICHE FESTSTELLUNGEN

Im Lagebericht wurden nach Auffassung der Rechnungsprüfung folgende wesentlichen Aussagen zum Geschäftsverlauf und zur Lage des Kreises getroffen:

"[...] Im Berichtsjahr wird ein positives Jahresergebnis vorgelegt. Die Erträge summieren sich auf: 300.918.272,09 €. Die Aufwendungen summieren sich auf: 296.797.654,48 €. Das positive Jahresergebnis 2012 beträgt + 4.120.617,61 €. Der kumulierte Fehlbetrag 2009 bis 2012 reduziert sich auf - 10.831.477,40 €. [...]

Nach wie vor - und trotz einer weiteren konjunkturellen Erholung im Jahre 2012 - belasten steigende Transferaufwendungen den Kreishaushalt erheblich und stellen weiterhin das größte Risiko für die zukünftige Entwicklung des Kreishaushaltes dar. [...] Zu berücksichtigen ist in diesem Zusammenhang, dass im Zuge der Planungen des Haushaltes 2013/2014 das Risiko einer Verschlechterung der konjunkturellen Lage - und die sich daraus unmittelbar ergebenden negativen Auswirkungen auf den Kreishaushalt - nicht berücksichtigt wurden. [...]

Ferner besteht die Gefahr, dass in Folgejahren einzelne Aufwandspositionen in der Höhe deutlich nach oben korrigiert werden müssen. Hieraus resultieren unmittelbare Auswirkungen auf die Kreisumlage und die Haushalte der Umlagezahler.

Punktuelle Verbesserungen im Sozialetat haben sich und werden sich allerdings bis 2014 aufgrund der vom Bund zugesagten stufenweisen Übernahme der Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ergeben. [...]

Im Bereich des Personalhaushaltes stellen insbesondere die weiter steigenden Pensionslasten, darunter vor allem die jährlich fortzuschreibenden Pensionsrückstellungen, für den Oberbergischen Kreis erhebliche Kostenrisiken dar. [...] Es wird für den Oberbergischen Kreis im Übrigen angesichts der demografischen Entwicklung und eines zunehmenden Wettbewerbs zukünftig immer schwerer, qualifizierte Nachwuchskräfte zu finden. [...], dass der Fachkräftebedarf in der öffentlichen Verwaltung kontinuierlich zunehmen wird. Darin ist ein erhebliches Risiko für eine ordnungsgemäße Aufgabenerledigung zu sehen.

Nicht unerhebliche Risiken - aber auch Chancen - ergeben sich schließlich aus der zukünftigen Gestaltung des kommunalen Finanzausgleichs. [...] Da Kreise und kreisangehörige Kommunen schon seit vielen Jahren - zurecht - eine Benachteiligung des kreisangehörigen Raumes beklagen, ist letztlich auf eine grundlegende Reform des Gemeindefinanzierungsgesetzes mit dem Ziel eines gerechteren Finanzausgleichs zu hoffen. [...]"

Auf Grund der Prüfung wird festgestellt:

Die Aussagen im Lagebericht spiegeln insgesamt die künftige Entwicklung sowie die Chancen und Risiken nach Auffassung der Rechnungsprüfung zutreffend wieder.

3. GEGENSTAND, ART UND UMFANG DER PRÜFUNG

3.1 Gegenstand der Prüfung

Erstellung, Aufstellung, Inhalt und Ausgestaltung der Buchführung, des Jahresabschlusses und über den Lagebericht liegen in der Verantwortung des Landrates des Kreises.

Aufgabe der Rechnungsprüfung ist es, auf der Grundlage der durchgeführten pflichtgemäßen Prüfung ein Urteil über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung, der Inventur, des Inventars sowie der örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände und über den Lagebericht abzugeben.

Darüber hinaus ist die Ordnungsmäßigkeit der Haushaltswirtschaft Gegenstand der Prüfung.

Dazu hat die Rechnungsprüfung die Buchführung, die Inventur, das Inventar, die örtlich festgelegte Nutzungsdauer der Vermögensgegenstände, den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012, bestehend aus der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung, den Teilrechnungen, der Bilanz sowie dem Anhang (Anlagen 6.1.2 - 6.1.5) und den Lagebericht für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 (Anlage 6.1.1) des Kreises geprüft. Der Jahresabschluss wurde unter Beachtung der Vorschriften zur Rechnungslegung nach der GO NRW bzw. GemHVO NRW aufgestellt.

Im Rahmen des gesetzlichen Prüfungsauftrages wurde die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften und die sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen über den Jahresabschluss und den Lagebericht sowie die Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung geprüft. Dagegen war die Einhaltung anderer gesetzlicher Vorschriften sowie die Aufdeckung und Aufklärung von Ordnungswidrigkeiten und strafrechtlicher Tatbestände, soweit sie nicht die Ordnungsmäßigkeit von Jahresabschluss und Lagebericht betreffen, nicht Gegenstand der Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

3.2 Art und Umfang der Prüfung

Die Rechnungsprüfung hat die Prüfung nach §§ 101 und 103 GO NRW sowie dem risikoorientierten Prüfungsansatz nach den vom IDR festgelegten Leitlinien zur Durchführung

von kommunalen Jahresabschlussprüfungen (IDR-L-200) durchgeführt.

Diese Grundsätze erfordern es, die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass ein hinreichend sicheres Urteil darüber abgegeben werden kann, ob die Buchführung, der Jahresabschluss und der Lagebericht frei von wesentlichen Fehlaussagen sind.

Dem risikoorientierten Prüfungsansatz gemäß hat die Rechnungsprüfung eine am Risiko des Kreises ausgerichtete Prüfungsplanung durchgeführt. Diese Prüfungsplanung wurde auf der Grundlage von Auskünften der Verwaltungsleitung und erster analytischer Prüfungshandlungen erstellt. Eine grundsätzliche Beurteilung des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems und des Risikomanagements erfolgte im Rahmen der Prüfung nicht.

Darauf aufbauend wurde ein prüffeldbezogenes risikoorientiertes Prüfungsprogramm entwickelt, das auf der Grundlage der festgestellten prüffeldbezogenen Risikofaktoren Schwerpunkte, Art und Umfang der Prüfungshandlungen festlegt. Der Aufbau und die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems des Kreises wurden nicht in die Prüfung einbezogen.

Die Abschlussprüfung schließt eine stichprobengestützte Prüfung der Nachweise für die Bilanzierung und die Angaben in Jahresabschluss und Lagebericht ein. Sie beinhaltet die Prüfung der angewandten Bilanzierungs-, Bewertungs- und Gliederungsgrundsätze und wesentlicher Einschätzungen des Landrates und Kämmerers sowie eine Beurteilung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Gegenstand der Prüfungshandlungen im Rahmen der Prüfung des Lageberichts waren die Vollständigkeit und die Plausibilität der Angaben. Die Angaben sind unter Berücksichtigung der während der Abschlussprüfung gewonnenen Erkenntnisse beurteilt worden, ob sie in Einklang mit dem Jahresabschluss stehen, insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Kreises vermitteln und die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend darstellen.

Die Prüfung umfasst aussagebezogene, einzelfallorientierte Prüfungshandlungen sowie Aufbau- und Funktionsprüfungen; die angewandten Verfahren zur Auswahl der risikoorientierten Prüfungshandlungen basieren auf einer bewussten Auswahl.

Die Prüfungsstrategie des risikoorientierten Prüfungsansatzes hat zu folgenden Schwerpunkten des Prüfungsprogramms geführt:

- Sachanlagevermögen
 - Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler
 - Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau
- Finanzanlagen
 - Wertpapiere des Anlagevermögens
- Forderungen
 - privatrechtl. Forderungen gegen den privaten Bereich
- Aktive / Passive Rechnungsabgrenzung
- Rückstellungen
 - Pensionsrückstellungen
 - Sonstige Rückstellungen
 - Instandhaltungsrückstellungen
- Verbindlichkeiten
 - aus Investitionskrediten
 - aus Lieferungen und Leistungen
 - sonstige Verbindlichkeiten
- Ergebnisrechnung

Art, Umfang und zeitlicher Ablauf der einzelnen Prüfungshandlungen sowie der Einsatz der Mitarbeiter wurden im Hinblick auf diese Prüfungsschwerpunkte unter Berücksichtigung der Risikoeinschätzung sowie der Wesentlichkeit bestimmt.

Die durchgeführten Prüfungshandlungen sind in den Arbeitspapieren der Rechnungsprüfung dokumentiert.

Die Rechnungsprüfung ist der Auffassung, dass die Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für das Prüfungsurteil bildet.

Ausgangspunkt der Prüfung war der geprüfte und unter dem Datum vom 04.11.2013 mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss zum 31. Dezember 2011 sowie der Lagebericht für das Haushaltsjahr vom 1. Januar 2011 bis 31. Dezember 2011 des Kreises.

Der vorgelegte und vom Landrat des Oberbergischen Kreises bestätigte Entwurf des Jahresabschlusses 2012 ist - wie in vielen anderen Kommunen auch - nicht innerhalb der gesetzlichen Frist gemäß § 53 Abs. 1 KrO NRW i. V. m. § 95 Abs. 3 GO NRW bis zum 31. März 2013 aufgestellt worden.

Alle erbetenen Aufklärungen und Nachweise wurden durch die Verwaltungsleitung erteilt. Der Landrat hat die Vollständigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts am 5. Dezember 2013 schriftlich bestätigt.

4. FESTSTELLUNGEN UND ERLÄUTERUNGEN ZUR RECHNUNGSLEGUNG

4.1 Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung

4.1.1 Buchführung und weitere geprüfte Unterlagen

Nach den Prüfungsfeststellungen gewährleistet der auf Grundlage des NKF-Kontenrahmens erstellte und im Berichtsjahr angewandte Kontenplan eine klare und übersichtliche Ordnung des Buchungstoffes.

Die Geschäftsvorfälle wurden vollständig, fortlaufend und zeitgerecht erfasst. Die Belege wurden ordnungsgemäß angewiesen, ausreichend erläutert und übersichtlich abgelegt. Die Zahlen der Vorjahresbilanz wurden richtig im Berichtsjahr vorgetragen. Der Jahresabschluss wurde aus der Buchführung zutreffend entwickelt und aufgestellt.

Es ergaben sich aufgrund der Prüfung keine objektiven Hinweise darauf, dass das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem eine vollständige, richtige und zeitnahe Erfassung, Verarbeitung und Aufzeichnung der Daten der Rechnungslegung nicht gewährleistet.

Die Bestandsnachweise der Vermögensgegenstände, des Kapitals, der Schulden, der Rückstellungen und der Sonderposten sind erbracht.

Mit dem Haushaltsplan 2011 hatte die Verwaltung dem Kreistag bereits in einem Begleitband zum Haushalt Vorschläge zur Entwicklung von Zielen und Kennzahlen im NKF unterbreitet, die durch den Kreistag nicht aufgegriffen worden sind. Stattdessen hat der Kreistag eigene Zielvorstellungen entwickelt und im Dezember 2011 zunächst in drei Handlungsfeldern strategische Ziele für den Oberbergischen Kreis beschlossen. Die produktorientierten Ziele sind auf dieser Basis gemäß § 12 GemHVO NRW nunmehr zeitnah fortzuschreiben. Gleiches gilt für die Bestimmung von Kennzahlen zur Zielerreichung.

Bei der Prüfung wurden keine Sachverhalte festgestellt, die dagegen sprechen, dass die von der Verwaltung getroffenen organisatorischen und technischen Maßnahmen geeignet sind, die Sicherheit der rechnungslegungsrelevanten Daten und IT-Systeme zu gewährleisten.

Die Buchführung und die weiteren geprüften Unterlagen entsprechen nach der Feststellung der Rechnungsprüfung den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und den sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen. Die aus den weiteren geprüften Unterlagen entnommenen Informationen führen zu einer ordnungsgemäßen Abbildung in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht.

4.1.2 Jahresabschluss

Die Bilanz, die Ergebnisrechnung, die Finanzrechnung sowie die Teilrechnungen sind den gesetzlichen Vorschriften entsprechend gegliedert. Die Vermögensgegenstände und die Schulden sowie das Kapital, die Sonderposten und die Rechnungsabgrenzungsposten wurden nach den gesetzlichen Bestimmungen sowie den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung angesetzt und bewertet, für erkennbare Risiken wurden Rückstellungen in ausreichendem Maße gebildet.

Der Kreis hat gem. § 18 GemHVO zur Verwaltungssteuerung und für die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit eine Kosten- und Leistungsrechnung aufzubauen. Aus Sicht der Rechnungsprüfung sollten die vorhandenen Ansätze weiterentwickelt und optimiert werden.

Der Anhang enthält gem. § 44 GemHVO NRW die notwendigen Erläuterungen der Bilanz, der Ergebnisrechnung und der Finanzrechnung, insbesondere die angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze, sowie die sonstigen Pflichtangaben.

Die Rechnungsprüfung kommt zu dem Ergebnis, dass der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2012 ordnungsgemäß aus der Buchführung und den weiteren geprüften Unterlagen abgeleitet worden ist und den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und den sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen entspricht.

4.1.3 Lagebericht

Der vom Kämmerer aufgestellte und vom Landrat bestätigte Lagebericht ist diesem Bericht als Anlage beigefügt.

Die Prüfung ergab, dass der Lagebericht

- mit dem Jahresabschluss sowie den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht sowie

- insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Kreises vermittelt und
- die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend darstellt.

Der Lagebericht enthält bislang ausschließlich Bilanzkennzahlen und keine Analyse produktorientierter Ziele und Kennzahlen nach § 12 GemHVO NRW (vgl. 4.1.1). Alle weiteren nach § 48 GemHVO NRW erforderlichen Angaben und Erläuterungen sind vorhanden.

Der Rechnungsprüfung sind keine nach Schluss des Haushaltsjahres eingetretenen Vorgänge von besonderer Bedeutung bekannt geworden, über die zu berichten wäre.

4.2 Gesamtaussage des Jahresabschlusses

4.2.1 Feststellungen zur Gesamtaussage des Jahresabschlusses

Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt. Nach Überzeugung der örtlichen Rechnungsprüfung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung für Kommunen ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage des Kreises. Der Lagebericht gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Kommune und stellt die Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

4.2.2 Wesentliche Bewertungsgrundlagen

Es wird auf die Angaben im Anhang (Anlage 6.1.5) verwiesen.

Die wesentlichen Bewertungsgrundlagen, die im Haushaltsjahr ausgeübten Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte, die folgenden wesentlichen wertbestimmenden Faktoren (Einfluss von wertbestimmenden Parametern auf die wesentlichen Bewertungsgrundlagen sowie die Annahmen und Ausübung von Ermessensentscheidungen), welche im Hinblick auf die Beurteilung der Gesamtaussage des Jahresabschlusses besonders zu erwähnen sind, werden im Anhang erläutert.

Die einzelnen Prüfungsergebnisse werden im Erläuterungsteil zu den Posten der Bilanz (Anlage 6.2.2) sowie in der analysierenden Darstellung der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage (Anlage 6.2.1) dargestellt.

5. WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKS UND SCHLUSSBEMERKUNG

Nach dem Ergebnis der Prüfung hat die Rechnungsprüfung dem als Anlagen 6.1.2 bis 6.1.5 beigefügten Jahresabschluss des Kreises zum 31. Dezember 2012 und dem als Anlage 6.1.1 beigefügten Lagebericht für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

"Bestätigungsvermerk der Rechnungsprüfung:

Die Rechnungsprüfung hat den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Teilrechnungen und Anhang sowie den Lagebericht - des Kreises für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft. In die Prüfung wurde die Buchführung, die Inventur, das Inventar und die Übersicht der örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände einbezogen. Die Inventur, die Buchführung sowie die Aufstellung dieser Unterlagen nach den gemeinderechtlichen Vorschriften von Nordrhein-Westfalen und den ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen liegen in der Verantwortung des Landrates des Kreises. Die Aufgabe der Rechnungsprüfung ist es, auf der Grundlage der durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung, der Inventur, des Inventars sowie der örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände und über den Lagebericht abzugeben.

Die Jahresabschlussprüfung wurde nach § 101 Abs. 1 GO NRW und unter Anwendung der vom Institut der Rechnungsprüfer (IDR) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Tätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Kreises sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Inventar, Übersicht über örtlich festgelegte Restnutzungsdauern der Vermögensgegenstände, Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von

Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Landrates des Kreises sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Die Rechnungsprüfung ist der Auffassung, dass die Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für die Beurteilung bildet.

Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach der Beurteilung der Rechnungsprüfung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage des Kreises.

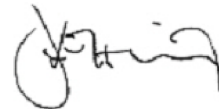
Der Lagebericht steht im Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Kreises und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gummersbach, den 28. Februar 2014

Rechnungsprüfung
Oberbergischer Kreis



Hartmut Heiden
Leiter der Rechnungsprüfung



Stephanus Kötting
stellv. Leiter der Rechnungsprüfung"

Der vorstehende Prüfungsbericht wird in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und in Anlehnung an die Grundsätze ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (vgl. IDR-L 260) erstattet.

Auf der Grundlage des o. g. Berichtes über die Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2012 und des Lageberichtes macht sich der Rechnungsprüfungsausschuss den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der örtlichen Rechnungsprüfung zu Eigen.

Gummersbach, den 1. April 2014

Rechnungsprüfungsausschuss

Günter Stricker
Vorsitzender

6. ANLAGEN ZUM PRÜFUNGSBERICHT

6.1 Pflichtbestandteile

- 6.1.1 Lagebericht zum 31. Dezember 2012
- 6.1.2 Bilanz zum 31. Dezember 2012
- 6.1.3 Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012
- 6.1.4 Finanzrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012
- 6.1.5 Anhang für das Haushaltsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012

6.2 Sonstige Anlagen zum Prüfungsbericht

- 6.2.1 Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz und der Ergebnisrechnung
- 6.2.2 Vollständigkeitserklärung
- 6.2.3 Bestätigungsvermerk

**Lagebericht des Oberbergischen Kreises für das Haushaltsjahr vom
1. Januar bis 31. Dezember 2012**

Oberbergischer Kreis

Lagebericht zum Jahresabschluss 2012

Lagebericht

Vorbemerkungen

Gemäß § 95 Abs. 1 Satz 4 GO NRW i. V. m. § 37 Abs. 2 GemHVO NRW ist dem Jahresabschluss ein Lagebericht nach § 48 GemHVO NRW beizufügen. Der Lagebericht hat die Aufgabe, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage zu vermitteln. Der jährliche Lagebericht hat damit eine Ergänzungsfunktion, um die Jahresabschlussanalyse zu erleichtern.

Der vorliegende Lagebericht steht im Einklang mit der Bilanz zum Bilanzstichtag 31.12.2012 und vermittelt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des *Oberbergischen Kreises* zu diesem Zeitpunkt. Die wesentlichen Risiken der künftigen Entwicklung sind zutreffend dargestellt und die gemachten Angaben sind vollständig und zutreffend.

Der Lagebericht stellt die wichtigsten Informationen für eine ex-post Beurteilung zur Verfügung. Die Positionen der Bilanz und die Ergebnisrechnung werden grundlegend vorgestellt, eine detaillierte Darstellung findet sich zusätzlich im Anhang, vgl. hier *Erläuterungen zur Bilanz* und *Erläuterungen zur Ergebnisrechnung*.

Der Oberbergische Kreis verpflichtet sich, die Vorschriften des Gesetzes zur Gleichbehandlung von Frauen und Männern NRW anzuwenden und darauf hinzuwirken, dass dessen Ziele beachtet werden. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und des besseren Verständnisses stehen im Folgenden männliche Wortformen auch für weibliche Wortformen.

Übersicht

Allgemeines	1
Gesamtwirtschaftliche Lage	1
Aufgaben der Kreisverwaltung.....	2
Geschäftliche Entwicklung bis Ende 2011.....	2
Darstellung der Vermögens- und Schuldenlage zum 31.12.2012.....	4
Darstellung der Ertragslage und Ergebnis im Berichtsjahr 2012	7
Darstellung der Finanzlage.....	13
Personalkosten	14
Personelle Entwicklung	15
Investitionen.....	15
Kennzahlen.....	16
Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Bilanzstichtag eingetreten sind	18
Chancen und Risiken für die zukünftige Entwicklung des Kreises.....	18
Konzernbetrachtung.....	21
Angaben der Verantwortlichen nach § 95 Abs. 2 GO NRW	21
Grundsätzliche Erklärung	36

Allgemeines

Seit dem 1. Januar 2005 gilt im Land *Nordrhein-Westfalen* das *Neue Kommunale Finanzmanagement* (NKF). Alle Kommunen des Landes mussten bis zum Jahr 2009 ihr Rechnungswesen von der Kameralistik auf ein doppisches Haushalts- und Rechnungswesen auf der Basis der kaufmännischen doppelten Buchführung umstellen. Der *Oberbergische Kreis* hat mit Beginn des Haushaltsjahres 2009 das neue Rechnungswesen eingeführt. Zur Vermeidung von Wiederholungen wird in Hinblick auf grundsätzliche Aussagen zur Einführung von NKF beim Oberbergischen Kreis auf den Lagebericht des Jahresabschlusses 2009 Bezug genommen.

Die abgeschlossenen Jahresabschlüsse 2009 und 2010 wurden unter Anwendung des Artikels 8 Abs. 4 NKF-Weiterentwicklungsgesetz (NKF-WG) aufgestellt und gemeinsam mit dem Jahresabschluss 2011 (Entwurf) am 10.10.2013 in den Kreistag eingebracht. Nach den Vorgaben des NKF-WG kann auf eine Prüfung und einer Feststellung der Jahresabschlüsse 2009 und 2010 durch den Kreistag verzichtet werden. Da diese Jahresabschlüsse aber die Grundlage für die künftigen Jahresabschlüsse darstellen, wurde vom Kreistag in Abstimmung mit dem Rechnungsprüfungsamt beschlossen, sämtliche Jahresabschlüsse einer Prüfung zu unterziehen. Der Jahresabschluss 2009 wurde mit Begleitung und umfangreicher Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt aufgestellt. Der Jahresabschluss 2010 wurde stichprobenartig geprüft. Der Jahresabschluss 2011 unterliegt dem "normalen" Verfahren gemäß §§ 95, 96 GO NRW, die Prüfung obliegt dabei dem Rechnungsprüfungsausschuss. Über das Ergebnis der Prüfung wurde ein Prüfungsbericht erstellt. Die Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses wurden am 21.11.2013 über die Prüfung der Jahresabschlüsse 2009 bis 2011 informiert; darauf hin hat der Ausschuss den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Rechnungsprüfer übernommen. Der Bericht über die Erstellung des Jahresabschlusses 2012 (Entwurf) wurde am 12.12.2013 im Kreistag eingebracht.

Gesamtwirtschaftliche Lage

Im Zuge der Euro-Krise hat sich die Weltwirtschaft konjunkturell stark abgeschwächt und die die Konjunktorentwicklung in Deutschland belastet. Bereits im Jahr 2011 setzte eine merkliche Abkühlung der Konjunktur ein, die im Jahr 2012 anhielt. Der Teufelskreis aus Staatsschuldenkrise, Bankenkrise und makroökonomischer Krise im Euro-Raum erfordert die volle Aufmerksamkeit und ein sehr hohes Engagement der deutschen Wirtschaftspolitik. Die notwendigen Anstrengungen haben allerdings den nach wie vor bestehenden wirtschaftspolitischen Handlungsbedarf in Deutschland mitunter in den Hintergrund treten lassen, z. B. Reformen im Gesundheitswesen und im Steuersystem. Die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte kommt in Deutschland voran, so dass der staatliche Gesamthaushalt im Jahr 2012 einen Überschuss aufweisen dürfte, während die Gebietskörperschaften weiterhin defizitär bleiben. Strukturelle Verwerfungen zeigen sich insbesondere auf der kommunalen Ebene. Die kommunale Schuldenstandsquote ist in den vergangenen Jahren leicht gesunken, allerdings verdecken die aggregierten Zahlen

eine erhebliche Variation zwischen den Städten und Gemeinden. Die Situation auf dem Arbeitsmarkt stellt sich weiterhin positiv dar. Im Jahr 2012 wird die Erwerbstätigkeit aller Voraussicht nach einen neuen Höchststand erreichen und die Arbeitslosenquote dürfte auf den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung sinken. Im Zuge der nachlassenden wirtschaftlichen Dynamik hat sich die positive Arbeitsmarktentwicklung im Verlauf des Jahres 2012 zwar abgeschwächt, insgesamt scheint die Beschäftigungslage aber weiterhin äußerst stabil. Die Inflationsrate weist eine stabile Entwicklung auf. Im Jahr 2012 und 2013 erhöhen sich die Verbraucherpreise voraussichtlich um jeweils 2,0 %.¹

Aufgaben der Kreisverwaltung

Die *Oberbergische Kreis* ist eine kommunale Gebietskörperschaft. Kreisangehörige Städte bzw. Gemeinden sind Bergneustadt, Engelskirchen, Gummersbach, Hückeswagen, Lindlar, Marienheide, Morsbach, Nümbrecht, Radevormwald, Reichshof, Waldbröl, Wiehl und Wipperfürth.

Der *Oberbergische Kreis* nimmt für die kreisangehörigen Städte und Gemeinden und deren Einwohner und Bürger vielfältige, überörtliche Aufgaben wahr, insbesondere in den Bereichen Soziales, Jugend, Gesundheit, Berufsschulwesen, Förderschulen, Weiterbildung, Umweltverwaltung, Katasterverwaltung, Kfz-Zulassung, Bauaufsicht, Lebensmittelüberwachung sowie im Kulturbereich.

Durch die Aufgabenbündelung und Aufgabenwahrnehmung auf Kreisebene können viele kommunale Aufgaben, die die Leistungsfähigkeit insbesondere kleinerer Kommunen übersteigen, überhaupt erledigt bzw. wirtschaftlich umgesetzt werden. Durch die Refinanzierung über das Umlagesystem der Kreisumlage kommt den Kreisen ergänzend eine besondere Ausgleichsfunktion für die kreisangehörigen Kommunen zu.

Weitere Informationen über den *Oberbergischen Kreis*, seine Aufgaben und Strukturen sind im Internet unter www.obk.de abrufbar. Die Organisationsstruktur und die einzelnen Ämter können dort dem Dezernatsverteilungsplan entnommen werden.

Geschäftliche Entwicklung bis Ende 2011

Die beschlossene Haushaltspläne 2009 und 2010 sahen jeweils nur einen fiktiven Haushaltsausgleich durch eine vollständige Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage vor. Da der OBK über keine weiteren disponiblen Vermögenswerte, die zum Haushaltsausgleich eingesetzt werden konnten, verfügte sah die Finanzplanung für das Jahr 2011 einen Anstieg des Hebesatzes der allgemeinen Kreisumlage von 40,87 % (2010) auf 46,5 % (2011) vor.

Durch eine Erhöhung der Landschaftsumlage (Hebesatzsteigerung von 16,0% in 2010 auf 17,0% in 2011), weiter steigende Soziallasten sowie weiter zurückgehende Umlage-

¹ Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 2012/2013.

grundlagen ergab sich in der verwaltungsinternen Fortschreibung der Finanzplanung im September 2010 ein Hebesatz der allgemeinen Kreisumlage von über 50%. Angesichts dieser Entwicklung hat die Kreisverwaltung unter Berücksichtigung des Gebots zur Rücksichtnahme auf die Finanzkraft der kreisangehörigen Kommunen den internen Verwaltungsentwurf des Haushalts 2011 revidiert und erneut die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes zur Beschlussfassung vorgeschlagen.

Hierbei wurden

- alle Einnahmepositionen auf mögliche Verbesserungen untersucht
- alle Ausgabepositionen auf Konsolidierungspotential untersucht und folgende Vorgaben der Verwaltungsführung umgesetzt:
 - Begrenzung der Personalaufwendungen gemäß Orientierungsdaten des Landes (= Deckelung auf Stand von 2010 zuzüglich 1%)
 - Deckelung der Aufwendungen für Beschaffungen auf den Wert von 2010 minus 10% (soweit bei einzelnen Positionen keine gesetzlichen oder vertraglichen Regelungen dem entgegenstehen, z.B. Verpflichtungen aufgrund bestehender Leasingverträge)
 - Pauschale Kürzung aller Sachaufwendungen um mindestens 3 % (soweit keine gesetzlichen oder vertraglichen Regelungen dem entgegenstehen)
 - Begrenzung der Instandhaltungsaufwendungen für Gebäude auf unabweisbare Maßnahmen zur Substanzerhaltung/Erfüllung von Sicherheitsauflagen (Amokprävention an Schulen)
 - Überprüfung der Ausgabeansätze im freiwilligen Bereich auf vertretbare Kürzungen

Die Ergebnisse wurden im überarbeiteten Entwurf des Kreishaushalts 2011 berücksichtigt. Gleichzeitig wurde eine Inanspruchnahme der Allgemeinen Rücklage in Höhe von rd. 11,2 Mio. € (rd. 33% des Rücklagenbestandes) vorgeschlagen, woraus sich für den OBK die Verpflichtung zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes (HSK) ergab, das der Genehmigung der Aufsichtsbehörde bedurfte.

Durch diese Maßnahmen konnte der Anstieg des Hebesatzes der allgemeinen Kreisumlage auf 45,38% begrenzt werden (Vorjahr: 40,87%). Das HSK sah den strukturellen Haushaltsausgleich im Jahr 2014 vor und entsprach damit den gesetzlichen Vorgaben für Haushaltssicherungskonzepte. Die Finanzplanung berücksichtigte hierbei die von Bundestag/Bundesrat beschlossene stufenweise Übernahme der Grundsicherung für alte Menschen nach SGB XII.

Der Kreistag hat den Haushalt 2011 und das Haushaltssicherungskonzept 2011 – 2014 am 24.03.2011 unter Ausweisung eines Fehlbetrages für 2011 in Höhe von 11,17 Mio. € beschlossen. Mit Verfügung vom 11.08.2011 hat die Bezirksregierung Köln den Haushalt 2011 und das Haushaltssicherungskonzept 2011-2014 genehmigt. Die vom OBK vorgenommene Abwägung zwischen der Pflicht zum Haushaltsausgleich und dem Rücksichtnahmegebot auf Kommunen wurde hierbei von der Aufsichtsbehörde anerkannt.

Angesichts des geplanten hohen Eigenkapitalverzehrs des OBK wurde die Genehmigung mit Auflagen verbunden und für die Folgejahre eine weitere Überprüfung sowohl des freiwilligen Aufgabenbereichs als auch eine Überprüfung der Standards der Aufgabenerledigung bei Pflichtaufgaben auf zusätzliches Konsolidierungspotential gefordert.

Für das Berichtsjahr 2011 wurde im Rahmen der Jahresabschlussprüfung ein negatives Jahresergebnis festgestellt. Die Erträge summieren sich auf rd. 284,24 Mio. €, die Aufwendungen summieren sich auf 287,73 Mio. €. Der Fehlbetrag 2011 beträgt -3,489 Mio. €. Der kumulierte Fehlbetrag 2009 bis 2011 beläuft sich auf -14,95 Mio. €.

Darstellung der Vermögens- und Schuldenlage zum 31.12.2012

Die Bilanz ist ein Bestandteil des Jahresabschlusses. Sinn und Zweck der Bilanz ist die stichtagsbezogene Wiedergabe der Vermögens- und Schuldensituation zum 31. Dezember. Im Anhang sind zu den Posten der Bilanz die verwendeten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden aufgeführt sowie bestimmte Sachverhalte so erläutert, dass sachverständige Dritte die Bilanz angemessen beurteilen können.

Im Folgenden ist eine komprimierte Form der Bilanz zum Bilanzstichtag des Berichtsjahres (bzw. zum Bilanzstichtag des Vorjahres) abgebildet, um einen Überblick über die Vermögens- und Schuldenlage zu vermitteln. Eine detaillierte Darstellung findet sich zusätzlich im Anhang, vgl. hier *Erläuterungen zur Bilanz* und *Erläuterungen zur Ergebnisrechnung*.

AKTIVA	31.12.2012 in T€	31.12.2011 in T€	31.12.2010 in T€
Anlagevermögen			
Immaterielle VG	620,2	498,7	341,3
Sachanlagen	255.663,0	250.464,8	247.498,1
Finanzanlagen	52.757,5	46.256,2	42.125,6
Umlaufvermögen			
Vorräte	660,9	21,7	26,6
Forderungen	12.374,6	11.471,1	10.191,5
Liquide Mittel	3.360,6	196,7	283,5
Rechnungsabgrenzung	20.894,5	21.851,1	18.974,8
Summe	346.331,4	330.760,3	319.441,3

PASSIVA	31.12.2012 in T€	31.12.2011 in T€	31.12.2010 in T€
Eigenkapital			
Allgemeine Rücklage	37.180,8	35.717,0	35.717,0
Ausgleichsrücklage ²	18.790,9	17.858,5	17.858,5
Jahresfehlbetrag	- 14.952,1	-11.462,8	-1.858,7
Bilanzergebnis/Verlust	+ 4.120,6	-3.489,3	-9.604,1
Sonderposten	44.468,8	43.204,2	41.046,9
Rückstellungen	144.804,4	140.661,8	132.950,8
Verbindlichkeiten	101.706,5	98.355,3	95.941,7
Rechnungsabgrenzung	10.211,5	9.915,5	7.389,2
Summe	346.331,4	330.760,3	319.441,3

Die Bilanz stellt das Vermögen auf der Aktivseite und das dem Vermögen gegenüberstehende Eigen- und Fremdkapital auf der Passivseite zum 31. Dezember des Berichtsjahres dar. Die Schlussbilanz (zum 31.12.) ist gleichzeitig die Eröffnungsbilanz für das Folgejahr. Die "großen" Bilanzpositionen werden im Folgenden kurz dargestellt. Eine umfassende Darstellung der wichtigsten Bilanzpositionen und Sachverhalte ist, wie oben bereits gesagt, dem Anhang (siehe Abschnitt Erläuterungen zur Bilanz) zu entnehmen.

Die Entwicklung des *Anlagevermögens* geht aus dem Anlagennachweis hervor. Bei den oben ausgewiesenen *immateriellen Vermögensgegenständen* handelt es sich überwiegend um Software für die Datenverarbeitung. Die ausgewiesenen Zeit- oder Anschaffungswerte der Sachanlagen werden nach dem Bruttoprinzip dargestellt. Entsprechende Investitionszuschüsse werden auf der Passivseite aufgeführt. Das *Sachanlagevermögen* umfasst u. a. die Bilanzposten: Wald und Forsten, Schulen und sonstige Gebäude sowie deren Grundstücke, Infrastrukturvermögen wie Kreisstraßen, Kunstgegenstände, technische Anlagen und Fahrzeuge und Betriebs- und Geschäftsausstattung. Die Position *Finanzanlagen* umfasst die Geschäftsanteile an Beteiligungen und Wertpapiere zur Teildeckung von Pensionsverpflichtungen.

Inhaltlich umfasst das *Umlaufvermögen* die *Vorräte*, die *Forderungen gegenüber Dritten*, die *Wertpapiere des Umlaufvermögens* und die *liquiden Mittel*. Die Position Vorräte besteht aus Waren und Lagerbeständen, die der täglichen Arbeit dienen, z. B. Papier, Leuchtstoffröhren und Toner. Die *Oberbergische Aufbau GmbH (OAG)* ist als Treuhänder für den Kreis tätig. Die Bilanzposition Vorräte berücksichtigt hier auch erworbene Grundstücke (Gewerbegebiete, Erschließungsflächen), die von der Gesellschaft an Unternehmen zum Zweck der Ansiedlung veräußert werden. Forderungen werden grundsätzlich mit ihrem Nominalwert angesetzt und haben überwiegend eine Restlaufzeit von weniger als einem Jahr. Die Entwicklung der Forderungen geht aus dem Forderungsspiegel hervor. Die liquiden Mittel beinhalten Kassenbestände und Guthaben bei Kreditinstituten sowie das Treuhandvermögen bei der OAG (Kreis als Treugeber).

² Ein Jahresfehlbetrag der Ergebnisrechnung ist (vorrangig) mit der Ausgleichsrücklage zu verrechnen. Dem Kreistag muss grundsätzlich die Bilanz ohne eine vorherige Verwendung des erzielten Jahresergebnisses vorgelegt werden, denn er hat über die Verwendung des Überschusses oder des Fehlbetrages zu beschließen.

Die Position *Rechnungsabgrenzungsposten* umfasst generell Vorauszahlungen, d. h. geleistete Ausgaben vor dem Bilanzstichtag, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen. Die Vorauszahlungen umfassen sowohl die bereits im Dezember auszahlende Besoldung für den Monat Januar als auch spezielle Sachverhalte mit einer mehrjährigen Gegenleistungsverpflichtung. Der Bund bzw. das Land fördern z. B. Investitionen in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege zum Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren. Diese Mittel werden vom Oberbergischen Kreis (inkl. den vom Kreis aufzubringenden Eigenanteil) an die Träger weitergeleitet. Die Zuwendungsbescheide sind mit einer mehrjährigen, einklagbaren Gegenleistungsverpflichtung verbunden und enthalten sowohl eine Zweckbindung als auch eine Zweckbindungsfrist. Die Vermögensposition ist entsprechend der Erfüllung durch die Träger der Tageseinrichtungen zeitbezogen aufzulösen.

Das *Eigenkapital* zum Stichtag der Eröffnungsbilanz (am 1.1.2009) betrug 54,7 Mio. €. Das Eigenkapital setzte sich zusammen aus der allgemeinen Rücklage und der Ausgleichsrücklage. Der kumulierte Fehlbetrag 2009 bis 2011 beläuft sich auf 14,952 Mio. € (2009: 1,86 Mio. €; 2010: 9,60 Mio. €; 2011: 3,489 Mio. €).

Ein Jahresfehlbetrag der Ergebnisrechnung ist (vorrangig) mit der Ausgleichsrücklage zu verrechnen. Dem Kreistag muss grundsätzlich die Bilanz ohne eine vorherige Verwendung des erzielten Jahresergebnisses vorgelegt werden, denn er hat über die Verwendung des Überschusses oder des Fehlbetrages zu beschließen. Im Berichtsjahr 2012 ergibt sich ein positives Ergebnis von 4,12 Mio. €.

Die erhaltenen Investitionszuschüsse werden als *Sonderposten* auf der Passivseite der Bilanz ausgewiesen. Der Sonderposten wird regelmäßig über die Nutzungsdauer des zuwendungsfinanzierten Gegenstandes ertragswirksam aufgelöst. Es handelt sich überwiegend um (historische) Landeszuschüsse für den Straßenbau und die Drittfinanzierung von Schulgebäuden und sonstigen Gebäuden, die hier abgebildet sind. Die Entwicklung der Sonderposten und die Hintergründe gehen aus den Erläuterungen zur Bilanz (siehe Anhang) hervor.

Nach der Gemeindeordnung sind für dem Grunde oder der Höhe nach ungewisse Verbindlichkeiten, für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften oder laufenden Verfahren oder für bestimmte Aufwendungen *Rückstellungen* in angemessener Höhe zu bilden. Die Entwicklung der Rückstellungen geht aus dem Rückstellungsspiegel (siehe Anhang) hervor. Die Pensionsrückstellungen nehmen hier eine besondere Bedeutung ein. Mit der Bewertung der Pensionsverpflichtungen der aktiven und ehemaligen Beamten ist die *Rheinische Versorgungskasse in Köln* (RVK) beauftragt. Die RVK berücksichtigt dabei die Maßgaben des Ministeriums für Inneres und Kommunales NRW bei der Berechnung. So wird bei der Berechnung ein Rechnungszins von fünf Prozent angesetzt. Als biometrische Rechnungsgrundlage dienen die Richttafeln von Klaus Heubeck. Aufgrund des Stichtagsprinzips wird vom Ansatz eines Trends für die Besoldung, d. h. erwartete zukünftige Entwicklung der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge, abgesehen. Auch die erwartete zukünftige Entwicklung der Versorgungsbezüge wird mit Null angesetzt.

Die *Verbindlichkeiten* werden mit ihrem Rückzahlungsbetrag angesetzt. Die Entwicklung der Verbindlichkeiten geht aus dem Verbindlichkeitspiegel (siehe Anhang) hervor. Die Entwicklung der Verbindlichkeiten wird maßgeblich durch die Aufnahme von Krediten für Investitionen und zur Liquidationssicherung bestimmt.

Unter der Position *Rechnungsabgrenzungsposten* werden erhaltene Einzahlungen passiviert, soweit sie Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen. Unter diesem Bilanzposten werden damit z. B. erhaltene Landeszuwendungen für den Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren in Kindertageseinrichtungen (siehe oben) abgebildet.

Eine ausführliche Darstellung mit zusätzlichen, detaillierten Erläuterungen der wichtigsten Bilanzpositionen und Sachverhalte ist dem Anhang (siehe Abschnitt *Erläuterungen zur Bilanz*) zu entnehmen.

Darstellung der Ertragslage und Ergebnis im Berichtsjahr 2012

Der Kreistag des Oberbergischen Kreises hat im März 2012 einen allgemeinen Kreisumlage-Hebesatz für den Haushaltsplan 2012 von 44,30 Prozent (Vorjahr: 45,38 Prozent) festgesetzt. Auf einen Zuschlag von 4 Mio. € zum Abbau der Altfehlbeträge aus dem bisherigen Haushaltssicherungskonzept wurde zugunsten der kreisangehörigen Kommunen verzichtet. Der Oberbergische Kreis hat damit im Zeitraum 2009 bis 2012 zur Entlastung der Kommunen auf die Erstattung von Altfehlbeträgen aus dem früheren Haushaltssicherungskonzept in Höhe von 16,0 Mio. € verzichtet.

Der Haushaltsplan war in Ertrag und Aufwand nicht ausgeglichen, vorgesehen waren Erträge von 293,98 Mio. € (Vorjahr: 293,15 Mio. €) und Aufwendungen von 297,81 Mio. € (Vorjahr: 304,32 Mio. €). Der Fehlbetrag im Plan von -3,83 Mio. € konnte nur fiktiv durch Inanspruchnahme der Allgemeinen Rücklage gedeckt werden. Mit Verfügung vom 13.08.2011 hat der Regierungspräsident Köln den Kreishaushalt 2012 genehmigt.

Das Jahresergebnis im Berichtsjahr von +4,12 Mio. € liegt über dem geplanten Jahresergebnis. Die Kontenklassen bzw. die Kontengruppen von Erträgen und Aufwendungen werden im weiteren Verlauf erläutert. Ergänzende Informationen können den Erläuterungen zur Ergebnisrechnung entnommen werden

Im Folgenden ist zunächst eine komprimierte Form der Ergebnisrechnung zum Bilanzstichtag des Berichtsjahres (bzw. zum Bilanzstichtag des Vorjahres) abgebildet, um einen Überblick über die Ertragslage zu vermitteln. Im Gegensatz zur stichtagsbezogenen Bilanz handelt es sich bei der Ergebnisrechnung um eine zeitraumbezogene Betrachtung. Ein Vergleich der Erträge und Aufwendungen im Berichtsjahr ergibt Aufschluss über das Ergebnis der Haushaltswirtschaft.

ERTRÄGE		2012	2011	2010
		in T€	in T€	in T€
+	Steuern, ähnliche Abgaben	2.367,0	2.916,5	3.049,0
+	Zuwendungen, allg. Umlagen	231.232,8	218.041,5	208.061,6
+	Sonstige Transfererträge	6.073,5	3.737,8	4.126,7
+	Öffentl.-rechtl. Leistungsentgelte	25.664,7	18.917,6	20.782,9
+	Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.459,9	1.716,3	1.804,5
+	Kostenerstattungen, Kostenumlagen	27.958,1	29.154,9	17.075,3
+	Sonstige ordentliche Erträge	4.473,7	4.928,9	6.413,6
+	Finanzerträge	1.688,6	2.831,3	1.623,3
=	Summe Erträge	300.918,3	282.244,8	262.936,9

AUFWENDUNGEN		2012	2011	2010
		in T€	in T€	in T€
+	Personalaufwendungen	56.910,9	50.574,8	43.839,2
+	Versorgungsaufwendungen	4.204,6	5.475,9	5.745,5
+	Aufw. f. Sach- u. Dienstleistungen	31.249,4	38.231,1	33.770,9
+	Bilanzielle Abschreibungen	8.010,6	8.212,4	8.407,8
+	Transferaufwendungen	150.250,4	137.356,3	134.178,4
+	Sonstige ordentliche Aufwendungen	43.040,0	44.670,5	43.987,0
+	Zinsen, sonstige Zinsaufwendungen	3.131,8	3.213,1	2.612,3
	Summe Aufwendungen	296.797,7	287.734,1	272.541,1

Im Berichtsjahr wird ein positives Jahresergebnis vorgelegt. Die Erträge summieren sich auf: 300.918.272,09 € (Vorjahr: 284.244.818,27 €). Die Aufwendungen summieren sich auf: 296.797.654,48 € (Vorjahr: 287.734.095,06 €). Das positive Jahresergebnis 2012 beträgt +4.120.617,61 € (Vorjahr/Fehlbetrag 2011: -3.489.276,79 €). Der kumulierte Fehlbetrag 2009 bis 2012 beläuft sich auf -10.831.477,40 €.

JAHRESERGEBNIS		2012	2011	2010
		in T€	in T€	in T€
+	Summe Erträge	300.918,3	284.244,8	262.936,9
-	Summe Aufwendungen	296.797,7	287.734,1	271.541,1
=	Jahresergebnis	+4.120,6	-3.489,3	-9.604,2

Die Kontenklasse *Steuern und ähnliche Abgaben* umfasst die Erträge aus der Jagdsteuer und die Zuweisung vom Land aus der Wohngeldentlastung, die im Zusammenhang mit der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II (Hartz IV) stehen. Der Kreis trägt die entsprechenden Unterkunfts- und Heizungskosten sowie die Wohnungsbeschaffungs- und Umzugskosten und einmalige Leistungen an Arbeitssuchende. Aufgrund finanzstatistischer Vorgaben ist die Ausgleichsleistung des Landes in dieser Kontenklasse zu verbuchen.

Die Erträge aus *Zuwendungen und allgemeinen Umlagen* umfassen die Schlüsselzuweisungen sowie zweckgebundene Zuweisungen des Landes (z. B. Zuweisungen zur

Förderung des Verkehrs oder für Aufgaben der Jugendhilfe). Die Landeszuweisungen sind im Wesentlichen innerhalb der Produktbereiche Berufskollegs, Kinder in Tageseinrichtungen/Tagespflege, ÖPNV und Wirtschaftsförderung verbucht worden. Im Berichtsjahr wurden Schlüsselzuweisungen in einer Höhe von 30,15 Mio. € (Vorjahr: 26,43 Mio. €) vereinnahmt. Auch die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen und die Erträge aus der Auslösung von Rechnungsabgrenzungsposten werden in der Kontenklasse *Zuwendungen und allgemeinen Umlagen* erfasst, nähere Informationen dazu können den Berichten zur Bilanz und zur Ergebnisrechnung entnommen werden. Bei den allgemeinen Umlagen handelt es sich um Erträge aus Zuweisungen von den kreisangehörigen Städten und Gemeinden, z. B. in Form der Kreisumlage und der Jugendamtsumlage. Im Berichtsjahr wurden 177,69 Mio. € (Vorjahr: 170,05 Mio. €) vereinnahmt. Der Hauptanteil mit 130,54 Mio. € (Vorjahr: 125,03 Mio. €) entfällt auf die Kreisumlage, gefolgt von der Jugendamtsumlage mit 40,00 Mio. € (Vorjahr: 38,75 Mio. €) und der Umlage für die Berufsschulen mit 6,61 Mio. € (Vorjahr: 5,66 Mio. €).

Unter *Transferleistungen/Transferträgen* werden Zahlungen verstanden, denen keine konkreten Gegenleistungen gegenüberstehen, soweit es sich nicht um eine Zuwendung handelt. Sie beruhen auf einseitigen Verwaltungsvorfällen, nicht auf einem Leistungsaustausch und werden im Rahmen des Finanzwesens sowohl als Transfererträge als auch als Transferaufwendungen erfasst. Die Kontenklasse beinhaltet z. B. den Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb und innerhalb von Einrichtungen oder übergeleitete Ansprüche gegen Unterhaltsverpflichtete.

Die Kontenklasse *öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte* umfasst die Erträge aus Gebühren. Gebühren sind öffentlich-rechtliche Geldleistungen, die als Gegenleistung für eine individuell zurechenbare öffentliche Leistung geschuldet werden. Sie dienen der Erzielung von Erträgen, um die Kosten der öffentlichen Leistung zu decken. Gebührenforderungen werden grundsätzlich mit Bescheidversendung eingebucht. Im Berichtsjahr wurden 6,84 Mio. € (Vorjahr: 6,30 Mio. €) an Gebühren (ohne Rettungsdienst und Beiträge für Kindertageseinrichtungen) ertragswirksam verbucht. Davon entfallen alleine 3,26 Mio. € (Vorjahr: 2,32 Mio. €) auf die Produktbereiche Fahr- und Beförderungserlaubnisse und Kfz-Angelegenheiten. Zudem werden in dieser Kontenklasse Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte ausgewiesen. Diese werden für die Benutzung von öffentlichen Einrichtungen und Anlagen und für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen erhoben. Der Oberbergische Kreis erhebt für den Einsatz des Rettungsdienstes Gebühren nach Maßgabe der Gebührensatzung für den Rettungsdienst. Im Berichtsjahr hat der Kreis im Produktbereich Rettungsdienst rd. 15,52 Mio. € (Vorjahr: 8,77 Mio. €) ertragswirksam erhoben. Auch die Elternbeiträge für Kindertageseinrichtungen werden in der Kontenklasse *öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte* verbucht. Die Eltern haben entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit monatlich Beiträge zu den Jahresbetriebskosten zu entrichten, im Berichtsjahr hat die Höhe der geforderten Elternbeiträge 2,34 Mio. € (Vorjahr: 2,86 Mio. €) betragen. Für die Teilnahme an Veranstaltungen der Kreisvolkshochschule ist eine Gebühr zu entrichten. Näheres wird auch hier durch eine vom Kreistag beschlossene Gebührensatzung geregelt. Im Berichtsjahr wurden rd. 0,9 Mio. € an Hörergebühren erhoben.

Zur Kontenklasse *privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und Kostenumlagen* gehören z. B. Erträge aus der Vermietung und Verpachtung von Grundstücken und Wohn- und Geschäftsräumen. Weiter zählen Verkaufserlöse dazu, z. B. Erlöse für landwirtschaftliche bzw. forstwirtschaftliche Erzeugnisse oder auch Erlöse aus dem Verkauf von Drucksachen aller Art. Im Berichtsjahr wurden Erträge in Höhe von 0,81 Mio. € (Vorjahr: 0,76 Mio. €) in der Produktgruppe Wald-, Forst- und Landwirtschaft erzielt. Die Erträge aus der Vermietung (ohne Nebenkosten) von Dienstwohnungen, Parkplätzen und der Verpachtung der Kantine belaufen sich auf rd. 0,30 Mio. € (Vorjahr: 0,36 Mio. €). Die Kontenklasse umfasst weiter Erträge aus Kostenerstattungen. Der Erstattung liegt i. d. R. ein auftragsähnliches Verhältnis zu Grunde. Beispielsweise erfolgt hier die Buchung von Verwaltungskostenerstattungen, die aus der Delegation von den örtlichen oder überörtlichen Trägern der Sozialhilfe obliegenden Aufgaben resultieren. Auch die Auflösung der Pensionsrückstellungen wird hier berücksichtigt.

Zur Kontenklasse *sonstigen ordentlichen Erträgen* gehören alle Erträge, die nicht einer anderen Kontengruppe zuzuordnen sind. Die Kontenart umfasst z. B. Erträge auf Grund von Ordnungsstrafen, Erträge aus Verwarnungs- und Bußgeldern oder Zwangsgeldern.

Die Kontenklasse *Finanzerträge* umfasst u. a. Zinserträge und Erträge aus Beteiligungen. Hierunter sind z. B. Zinserträge aus dem Giro- und Kontokorrentverkehr oder die Gewinnanteile aus der Beteiligung am Bergischen Abfallwirtschaftsverband (BAV) zu verstehen. Im Berichtsjahr wurden rd. 0,86 Mio. € (Vorjahr: 1,63 Mio. €) an Erträgen aus Gewinnanteilen aus Beteiligungen vereinnahmt.

Unter *Personalaufwendungen* sind insbesondere alle auf Arbeitgeberseite anfallenden Aufwendungen im Zusammenhang mit den Mitarbeitern zu verstehen. Dazu gehören in erster Linie die Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten. Auch der Versorgungsaufwand auf der Arbeitgeberseite im Zusammenhang mit den ehemaligen Mitarbeitern bzw. ihrer Hinterbliebenen ist hier erfasst. Nähere Ausführungen zu den Personalaufwendungen kann dem separaten Abschnitt *Personalkosten* in diesem Lagebericht entnommen werden.

Die Kontenklasse *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* umfasst alle Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, die mit der Verwaltungstätigkeit zusammenhängen. Zu den Aufwendungen für die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen gehören Kosten für Energie, Reinigung, Sanierungsmaßnahmen und sonstige Bewirtschaftung (z.B. Bewachung). Die Kosten für Energie (Strom, Gas, etc.), Abwasser und Wasser belaufen sich auf rd. 1,98 Mio. € (Vorjahr: 1,80 Mio. €). Die Kosten für Abfallentsorgung und Reinigungsdienste betragen rd. 1,09 Mio. € (Vorjahr: 1,05 Mio. €). Die Kosten für Sanierungsmaßnahmen (insb. für Gebäude und Straßen) betragen rd. 4,40 Mio. € (Vorjahr: 5,34 Mio. €), davon entfallen rd. 1,04 Mio. € (Vorjahr: 0,72 Mio. €) auf den Produktbereich Verkehrsflächen (Kreisstraßen). Der größte Teil der Gebäudesanierung betrifft die kreiseigenen Schulen. Neben den Sanierungsmaßnahmen im Produktbereich Verkehrsflächen fallen hier noch Unterhaltungsaufwendungen für die Kreisstraßen in Höhe von rd. 1,06 Mio. € (Vorjahr: 1,14 Mio. €) an, die vorwiegend durch den Landesbetrieb Straßenbau NRW durchgeführt werden. Die Aufwendungen, die im Zusammenhang mit der Haltung der Fahrzeuge entstehen, betragen rd. 0,58 Mio. €

(Vorjahr: 0,57 Mio. €), der überwiegende Teil davon entfällt auf die Produktgruppe Rettungsdienst.

Zu den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen gehören ferner besondere Verwaltungsaufwendungen, die dem Schulbereich zugeordnet werden, z. B. die sog. Schülerbeförderungskosten von 2,50 Mio. € (Vorjahr: 2,55 Mio. €). Im Berichtsjahr wurden Erstattungen an Gemeinden sowie an sonstige öffentliche und übrige Bereiche von 10,84 Mio. € (Vorjahr: 10,17 Mio. €) geleistet. Die Erstattungen an Gemeinden betreffen insbesondere die Produktgruppen *Unterstützung von Senioren, Hilfen bei Einkommensdefiziten* und *Individuelle Hilfen für junge Menschen und Familien*. Auch Kostenerstattungen im Rahmen von Wahlen und die Beteiligung an den Kosten der Kreis- und Stadtbücherei werden hier abgewickelt. Die Erstattungen an sonstige öffentliche Bereiche von 1,09 Mio. € (Vorjahr: 1,07 Mio. €) beziehen sich allein auf die Produktgruppe *Einkommensdefizite*. Die Erstattungen an übrige Bereiche von 2,80 Mio. € (Vorjahr: 2,67 Mio. €) betreffen überwiegend die Produktgruppen *Unterstützung von Senioren, Hilfen zur Gesundheit, bei Behinderungen und in anderen Lebenslagen, Gesundheitshilfe und Kinder in Tageseinrichtungen/Tagespflege*. Bei der zuletzt genannten Position handelt es sich um Erstattungen aufgrund vertraglicher Leistungen für freie Kindergartenträger wie Elterinitiativen, Kirchengemeinden oder soziale Vereine. Zusätzlich werden z. B. Kostenerstattungen an die Krankenhäuser und andere Institutionen geleistet, um die Kosten von Notärzten und Rettungswachen abzurechnen, die Aufwendungen für diese Sach- und Dienstleistungen belaufen sich auf rd. 1,82 Mio. € (Vorjahr: 7,21 Mio. €).

Die Kontenklasse *Abschreibungen* erfasst den Betrag des an Vermögensgegenständen eintretenden Werteverzehrs. Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, müssen planmäßig abgeschrieben werden. Im Berichtsjahr belaufen sich die bilanziellen Abschreibungen auf 8,01 Mio. € (Vorjahr: 8,21 Mio. €).

Unter *Transferaufwendungen* im Bereich der öffentlichen Verwaltung sind z. B. Aufwendungen wie die Leistungen der Sozialhilfe und der Jugendhilfe zu verstehen. Die Transferaufwendungen stellen den größten Aufwandsposten in der Verwaltung dar. Im Berichtsjahr sind insgesamt rd. 150,25 Mio. € (Vorjahr: 137,36 Mio. €) an Transferaufwendungen angefallen. Davon entfallen 54,25 Mio. € (Vorjahr: 50,48 Mio. €) auf die Landschaftsumlage. Weitere Transferaufwendungen in Höhe von 30,09 Mio. € (Vorjahr: 27,91 Mio. €) entfallen auf den Produktbereich *Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege*. Neben den Kosten der Jugendhilfe (z. B. Kosten der Unterbringung in Tagespflege) und der Förderung von Schülerbetreuungsmaßnahmen werden hier insbesondere die Zuschüsse zu den Betriebskosten für freie Träger von Tageseinrichtungen für Kinder abgewickelt. Weiter wurden im Berichtsjahr Transferaufwendungen von 21,03 Mio. € (Vorjahr: 20,26 Mio. €) im Produktbereich *Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien* geleistet. Dazu gehören beispielsweise Zuschüssen zu den Kosten für Erziehungsberatungsstellen, Kosten der Heimerziehung und Hilfen für junge Volljährige, Kosten einer intensiven sozialpädagogischen Einzelbetreuung, Eingliederungshilfen für behinderte Kinder und Jugendliche und die Kosten des Vollzugs des Unterhaltsvorschussgesetzes. Neben dem Jugendhilfebereich ist der Sozialhilfebereich einer der großen Aufgabenkreise in der Verwaltung mit erheblichen Aufwendungen von Transferleistungen. Sozialtransferaufwendungen bezeichnen alle

sozialen Leistungen, die natürlichen Personen in Form individueller Hilfen gewährt werden. Auf den Produktbereich *Hilfen zur Gesundheit, bei Behinderungen und in anderen Lebenslagen* entfallen 20,34 Mio. € (Vorjahr: 19,70 Mio. €) im Berichtsjahr. Die Kosten für Pflegewohngeld nach § 14 PFG NW betragen rd. 7,34 Mio. € (Vorjahr: 6,99 Mio. €). Die Transferaufwendungen im Produktbereich *Hilfen bei Einkommensdefiziten* betragen rd. 15,37 Mio. € (Vorjahr: 14,63 Mio. €), davon entfallen wiederum 12,92 Mio. € (Vorjahr: 13,35 Mio. €) auf die Sozialhilfe (Grundsicherungsleistungen und Hilfe zum Lebensunterhalt) sowie 0,53 Mio. € (Vorjahr: 0,54 Mio. €) für die psychosoziale Betreuung (Eingliederungsleistungen an Arbeitssuchende) und 0,41 Mio. € (Vorjahr: 0,38 Mio. €) für die Schuldnerberatung. Die Zuschüsse und sonstigen sozialen Leistungen in den Bereichen *Gesundheitsförderung* und *Gesundheitshilfe* betragen 1,33 Mio. € (Vorjahr: 1,29 Mio. €). Die Transferaufwendungen für den Produktbereich *ÖPNV* betragen rd. 5,92 Mio. € (Vorjahr: 1,77 Mio. €), hier wird der Zuschuss für die OVAG abgewickelt und ab 2012 auch die Kosten der Ausbildungsverkehrspauschale. Bei der Ausbildungsverkehrspauschale handelt es sich um die Weiterleitung von Landesmitteln nach dem neuen ÖPNV-Gesetz des Landes NRW.

Die Kontenklasse *sonstigen ordentlichen Aufwendungen* umfasst alle weiteren Aufwendungen, die dem Ergebnis der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit hinzuzurechnen sind und den anderen Kontengruppen nicht speziell zugeordnet werden können. Zu diesen Aufwendungen zählen die Kosten von Aus- und Fortbildungen, Reisekosten, Dienst- und Schutzkleidung (insb. Rettungsdienst), die mit ehrenamtlicher oder sonstiger Tätigkeit zusammenhängenden Aufwendungen und die Kosten für Mieten und Pachten. Die Miet- und Pachtaufwendungen für Gebäude, einzelne Diensträume und Grundstücke belaufen sich auf 1,45 Mio. € (Vorjahr: 1,36 Mio. €), davon entfallen 0,34 Mio. € (Vorjahr: 0,32 Mio. €) auf den Schulbereich sowie 0,61 Mio. € (Vorjahr: 0,56 Mio. €) für die Anmietung der "ARGE-Standorte". Die Kosten für Leasing betragen 0,60 Mio. € (Vorjahr: 0,72 Mio. €), hervorgerufen insbesondere durch die Leasingaufwendungen für Fahrzeuge, Kopiergeräte und ADV-Anlagen. Zu den sonstigen ordentlichen Aufwendungen gehören auch z. B. Dolmetscherkosten im Bereich Ausländerangelegenheiten, die Kosten des Luftrettungsdienstes, die Anschaffung von Fotos und Fotorechten oder die Erstellung des Sozialberichtes. Die Aufwendungen für ehrenamtliche und sonstige Tätigkeiten belaufen sich auf 0,46 Mio. € (Vorjahr: 0,79 Mio. €), hier sind die Zuwendungen an die Kreistagsmitglieder und an die sachkundigen Bürger erfasst. Zu den Geschäftsaufwendungen von 1,10 Mio. € (Vorjahr: 1,16 Mio. €) im Berichtsjahr gehören Aufwendungen für Büromaterial, Telefon, Bücher, Zeitschriften sowie Porto und Versand. Ferner sind hier die Kosten für öffentliche Bekanntmachungen einzuordnen. Auch die Aufwendungen für die Verfahrensbereitstellung von ADV-Programmen wird über diese Kontenklasse abgewickelt. Die Aufwendungen für Versicherungen belaufen sich auf 0,79 Mio. € (Vorjahr: 0,78 Mio. €). Die Verwaltung ist gegen typische Schadensfälle versichert, z. B. durch Gebäude- und KFZ-Versicherungen oder Unfall- und Haftpflichtversicherung. Die Beitragsaufwendungen zu Verbänden und Vereinen betragen 0,37 Mio. € (Vorjahr: 0,36 Mio. €). Dazu zählen beispielsweise Beiträge an den Landkreistag oder die Ausgleichsabgabe an den Aggerverband. Der größte Anteil der sonstigen ordentlichen Aufwendungen wird allerdings durch die Kosten der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II (Hartz IV) hervorgerufen. Die Unterkunfts- und Heizungskosten sowie die Wohnungsbeschaffungs- und Umzugskosten und einmalige Leistungen an Arbeitssuchende

summieren sich auf 30,23 Mio. € (Vorjahr: 31,66 Mio. €) im Berichtsjahr. Aufgrund finanzstatistischer Vorgaben sind diese Kosten in dieser Kontenklasse zu verbuchen und nicht etwa als Transferaufwendungen. Auch die Verfügungsmittel des Landesrates werden hier verbucht. Es entstanden Aufwendungen in Höhe von 6,8 Tsd. € (Vorjahr: 9,6 Tsd. €).

Die Kontenklasse Zinsen und sonstige Zinsaufwendungen umfasst die Zinsaufwendungen für kurz- und langfristige Kredite. Die gesamten Zinsaufwendungen betragen 3,13 Mio. € (Vorjahr: 3,21 Mio. Euro). Nähere Informationen zu einzelnen Krediten können der Schuldenübersicht entnommen werden, die jährlich aufgestellt wird.

Darstellung der Finanzlage

Im Gegensatz zur Ergebnisrechnung sind in der Finanzrechnung nicht die Erträge und Aufwendungen, sondern die im Haushaltsjahr eingegangenen Einzahlungen und geleisteten Auszahlungen getrennt von einander nachzuweisen. Die Pflicht zur Aufstellung des Finanzplans bzw. der Finanzrechnung ist aus den Besonderheiten der öffentlichen Haushaltsplanung und Rechenschaftslegung hergeleitet. Bei der Erfassung der Einzahlungen und Auszahlungen ist das Kassenwirksamkeitsprinzips als Liquiditätsänderungsprinzip zu beachten. Deshalb dürfen unter den Haushaltspositionen nur Beträge in Höhe der im Berichtsjahr eingegangen oder geleisteten Zahlungen ausgewiesen werden, die eine Änderung der Liquidität bewirken. Deshalb werden hier z. B. die bilanziellen Abschreibungen nicht abgebildet. Dennoch korrespondieren die Ein- und Auszahlungen mit den Erträgen und Aufwendungen aus der Ergebnisrechnung in weiten Teilen, weshalb die Finanzrechnung nicht weiter erläutert wird.

Im Folgenden ist die Finanzrechnung in stark vereinfachter Form abgebildet. Die vollständige Gesamtfinanzrechnung ist in Anlage 3 abgebildet. Die Teilfinanzergebnisse sind in Anlage 5 abgebildet.

Gesamtfinanzrechnung 2012	Ist-Ergebnis Tsd. €
Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	296.141,76
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	-278.395,90
Cash Flow aus laufender Verwaltungstätigkeit	17.745,86
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	10.269,15
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-24.435,31
Saldo aus Investitionstätigkeit	-14.166,16
Finanzmittelüberschuss / -fehlbetrag	3.579,70
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	3.267,53
Änderung des Bestands an eigenen Finanzmitteln	-312,17
Liquide Mittel	419,23

In der Finanzrechnung wird zum 31.12. des Berichtsjahres ein Wert von rd. 419,2 Tsd. € ausgewiesen. Es wird darauf hingewiesen, dass der in der Bilanz ausgewiesene Bestand

(3.360,60 Tsd. €) nicht mit dem Bestand der Finanzrechnung identisch ist. Verantwortlich dafür ist ein Schwebeposten in Höhe von 780,60 Tsd. €, der in der Bilanz auf der Passivseite unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen wird. Es handelt sich um einen Zahllauf, der im internen SAP-System am 27.12.2012 verbucht wurde, der aber auf dem Konto der Kreissparkasse erst am 02.01.2013 belastet wurde. Der Oberbergische Kreis hat in den 80iger Jahren rd. 2 Mio. DM an die Oberbergische Aufbau GmbH (OAG) gezahlt. Dieser Betrag hatte im kameraleen Rechnungswesen den Charakter eines (verlorenen) Zuschusses zum Aufbau der Gesellschaft und wurde im kameraleen Jahresabschluss des Kreises als Vermögen nicht ausgewiesen. Der Status des Kreises als Treugeber wurde in der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 nicht berücksichtigt. Eine beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat zum Stichtag 31.12.2012 ein Treuhandvermögen von 2,797 Mio. € festgestellt. Davon werden 636,24 Mio. € als Grundstücke im Umlaufvermögen und 2.160,77 Mio. € (Finanzierungsmittel) unter der Bilanzposition liquide Mittel aufgewiesen. Damit erfolgt zum 31.12.2012 eine Berichtigung des Wertansatzes nach Feststellung der Eröffnungsbilanz gemäß § 57 GemHVO in Verbindung mit § 75 III GO. Verrechnet man den Bilanzwert mit dem o. g. Schwebeposten und dem Treuhandvermögen (Finanzierungsmittel), dann ergibt sich der in der Finanzrechnung ausgewiesene Betrag.

Personalkosten

Zu den *Personalaufwendungen* gehören alle anfallenden Aufwendungen für die Beamten und tariflich Beschäftigten sowie für weitere Personen, die auf Grund von Arbeitsverträgen beschäftigt werden. Aufwandswirksam sind die Bruttobeträge einschließlich der Nebenbezüge und Lohnnebenkosten (z.B. Sozialversicherungsbeiträge, Beihilfen, etc.). Die Zuführungen zu Pensionsrückstellungen für die Beschäftigten sowie Rückstellungen für Urlaubsansprüche und Arbeitszeitguthaben zählen auch zu den Personalaufwendungen. Unter *Versorgungsaufwand* sind alle auf Arbeitgeberseite anfallenden Aufwendungen im Zusammenhang mit den ehemaligen Beschäftigten bzw. ihrer Hinterbliebenen zu verstehen. Damit wird ein Jahresergebnis gezeigt, dass nicht nur Aufwendungen im Umfang der aktuell zu erbringenden Zahlungsleistungen enthält. Vielmehr enthält das Jahresergebnis auch Aufwendungen für die Versorgung der Beamtinnen und Beamten, auch wenn die tatsächlichen Zahlungsleistungen erst zukünftig zu erbringen sind. Dies spiegelt den Entgeltcharakter der Pensionsverpflichtungen wieder, als würden die Beamtinnen und Beamten ihre Zukunftsvorsorge eigenverantwortlich vornehmen müssen.

Die *Personalaufwendungen* betragen 56,91 Mio. € (Vorjahr 50,57 Mio. €), davon wurden rd. 49,87 Mio. € kassenwirksam. Die Differenz erklärt sich anhand der speziellen Verbuchung von Rückstellungen. Die Aufwendungen für die Bezüge der Beamten und die Vergütungen der tariflichen Beschäftigten betragen 35,48 Mio. € (Vorjahr 33,34 Mio. €). Die Beiträge zu Versorgungskassen, Sozialversicherungsbeiträge und die Kosten der Beihilfe betragen 8,50 Mio. € (Vorjahr 6,61 Mio. €). Die Zuführung zu den Pensionsrückstellungen liegen mit einer Belastung (d. h. Aufwendungen abzüglich Erträge) von rd. 3,80 Mio. €/netto (Vorjahr 7,21 Mio. €/netto) über den prognostizierten Angaben der RVK (Plan: 3,48 Mio. €/netto) und teilen sich auf die Kontenklassen *Personal- und*

Versorgungsaufwendungen auf. Die Auswirkungen (nur Aufwand, ohne Ertrag) aus der Berücksichtigung von Pensionsrückstellungen in beiden Kontenklassen betragen 5,63 Mio. € (Vorjahr 9,23 Mio. €) im Berichtsjahr. Die *Versorgungsaufwendungen* für das Berichtsjahr betragen 4,20 Mio. € (Vorjahr 5,48 Mio. €).

Personelle Entwicklung

Der Stellenplan 2012 weist insgesamt 989,75 Stellen auf. Hiervon entfallen 338 Stellen auf Beamtinnen und Beamte sowie 651,75 Stellen auf tariflich Beschäftigte. Im Vergleich hierzu wies der Stellenplan des Vorjahres 932,5 Stellen auf. Der Stellenplan 2012 sieht die Einrichtung von 57,25 Mehrstellen vor.

Von diesen zusätzlichen Stellen entfallen 47,5 Stellen auf den Bereich „Rettungsdienst“. Im Rahmen der Kommunalisierung des Rettungsdienstes wurde 2011 beschlossen, insgesamt 160 Stellen für das Rettungsdienstpersonal einzurichten. Mit dem Stellenplan 2011 wurden bereits 120,5 Stellen ausgewiesen, so dass jetzt in einer zweiten Stufe die restlichen 39,5 Stellen folgen. Darüber hinaus stellt der Oberbergische Kreis auf der Grundlage eines entsprechenden Kreistagsbeschlusses zur Sicherstellung der notärztlichen Versorgung im Rettungsdienst des Oberbergischen Kreises hauptamtliche Notärztinnen und Notärzte in einem Umfang von 8,0 Stellen ein. Die weiteren Mehrstellen begründen sich in notwendigen Personalverstärkungen für die Finanzabteilung, die Betreuung von zusätzlichem Ausbildungs- und Weiterbildungsangebot bei der Akademie für Gesundheitswirtschaft und Senioren, die Heimaufsicht sowie die Rechnungsprüfung als Folge der Übernahme der Aufgaben des Datenschutzbeauftragten für kreisangehörige Städte und Gemeinden. Darüber hinaus ergibt sich zusätzlicher Personalbedarf im Jugendamt durch gesetzliche Änderungen im Vormundschafts- und Betreuungsrecht.

Die Personalstatistik weist zum Bilanzstichtag 1.112 Bedienstete auf. Die Abweichung zur Stellenzahl von 989,75 ist in dem nach wie vor hohen Anteil an Teilzeitkräften begründet. In 2012 stellte der Oberbergische Kreis 14 Ausbildungsplätze zur Verfügung. Damit befinden sich (verteilt auf die einzelnen Ausbildungsberufe und Ausbildungsjahre) insgesamt 41 Nachwuchskräfte in Ausbildung.

Investitionen

Neben der laufenden baulichen Unterhaltung und Sanierung der Schul- und Verwaltungsgebäude waren im Haushaltsplan 2012 und Folgejahre insbesondere die Kosten für die Planung und Erweiterung des Berufskollegs in Dieringhausen und die Baumaßnahmen Notfallzentrum bzw. Rettungswachen vorgesehen.

Zum Stichtag belaufen sich die Baukosten für die Maßnahmen in Dieringhausen auf rd. 6,92 Mio. €. Daneben verbessert der Oberbergische Kreis die bauliche Situation und die Nutzungsmöglichkeiten auf Schloss Homburg grundlegend. Der Beschluss des Kreistages über die Baumaßnahmen erfolgte Ende 2008. Ziel des Projektes ist es, der kulturhistorisch bedeutsamen Anlage durch die Einrichtung eines „Forum und Museum Schloss

Homburg“ als Begegnungszentrum für Kultur, Wirtschaft und Wissenschaft eine räumliche, nutzungsbezogene und wirtschaftliche Perspektive zu geben.

Neben den bebauten Grundstücken unterhält der Oberbergische Kreis zum Bilanzstichtag 52 Straßenzüge. Das Kreisstraßennetz hat eine Gesamtlänge von rd. 212 km. Neben den baulichen Maßnahmen zur Straßenerhaltung, die nicht vermögenswirksam sind (vorwiegend Reparaturen der Fahrbahndecken), entstehen insbesondere Kosten für meist größere (investive) Baumaßnahmen. Im Berichtsjahr wurden Investitionskosten in Höhe von rd. 3,52 Mio. € auf vorhandene Anlagengütern (einschließlich Baukosten aus Vorjahren, vorher Anlage im Bau) aktiviert. Investive Baumaßnahmen an Abschnitten der Kreisstraßen K13 (Wipperfürth), K23 (Bergneustadt) und K45 (Marienheide) wurden abgeschlossen. Der Eigenanteil an den Kosten kann teilweise über Landeszuwendungen kompensiert werden. Eine Teilstrecke der Kreisstraße 44 wurde zur Gemeindestraße in der Baulast der Gemeinde Marienheide zum 1. April 2012 abgestuft. Sonstige nennenswerte Investitionen erfolgen noch im Bereich Rettungsdienst und Katastrophenschutz. Hier müssen regelmäßig Geräte und Fahrzeuge ausgestattet oder ersetzt werden. Zuletzt bleibt festzuhalten, dass der *Oberbergische Kreis* grundsätzlich anstrebt, die vorhandene Bausubstanz durch geeignete Maßnahmen zu erhalten, da erfahrungsgemäß bei einem schlechten Zustand mit stark steigenden Aufwendungen zukünftig zu rechnen wäre.

Kennzahlen

Für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage bietet sich auch die Verwendung von Kennzahlen an, insbesondere dann, wenn durch einen Vergleich über einen längeren Zeitraum ein Trend erkennbar gemacht werden soll. Es ist dabei grundsätzlich jeder Gebietskörperschaft überlassen, mit welchen Kennzahlen sie arbeiten will, um ihre wirtschaftliche Lage zu beurteilen. Im Rahmen der Bilanzanalyse von kommunalen Gebietskörperschaften gibt es zahlreiche Besonderheiten, welche bei der Beurteilung beachtet werden müssen. Das Vermögen ist größtenteils in Gebäuden und Straßen gebunden. Bei den kommunalnutzungsorientierten Gebäuden handelt es sich um Immobilien desjenigen Bereichs öffentlicher Einrichtungen, welche für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, insbesondere auf dem Gebiet der Erziehung, Bildung, Kultur, Sport, Erholung, Gesundheit und Sozialwesen. Die Bewertung dieser Gebäude (z.B. Berufsschulen) ist dahingehend besonders, dass dafür kein Immobilienmarkt vorhanden ist. Im Gegensatz zu privatwirtschaftlichen Unternehmen sind Kommunen regelmäßig nicht in der Lage, durch kurzfristige Veräußerungen von Sachanlagen die Liquidität aufrechtzuerhalten, da es sich überwiegend um Infrastrukturvermögen handelt, das nicht veräußerbar ist.

Der Oberbergischer Kreis ist zudem von Zuwendungen des Landes und der Gemeinden abhängig, da er als Umlageverband nicht in der Lage ist, sich selbständig zu finanzieren oder neue Ertragsquellen zu generieren. Die Höhe der Zuwendungen ist wiederum eng mit der Entwicklung der Konjunktur und dem Finanzausgleich verknüpft. Auch auf die Übertragung von neuen Aufgaben durch Bundes- oder Landesrecht mit finanziellen Auswirkungen kann der *Oberbergische Kreis* kaum reagieren.

Die praktische Bedeutung von Bilanzkennzahlen ist für die Beurteilung der wirtschaftlichen Lage des Oberbergischen Kreises deshalb begrenzt bzw. die Aussagekraft von Bilanzkennzahlen ist im Allgemeinen und Besonderem gering.³ Im Folgenden werden gleichwohl einige Bilanzkennzahlen im Jahresvergleich tabellarisch dargestellt. Die Kennzahlen sind hinsichtlich ihrer Zusammensetzung im Anhang separat aufgeschlüsselt. Auch die Daten aus den Jahresabschlüssen, die in die Berechnung der Kennzahlen eingeflossen sind, werden dort aufgeführt. Die vorliegenden Kennzahlen wurden mit Hilfe des *Kennzahlensets des Ministeriums für Inneres und Kommunales NRW* erstellt.

		2009	2010	2011	2012
Haushaltswirtschaftliche Situation					
Aufwandsdeckungsgrad	%	99,99	96,81	98,91	101,9
Eigenkapitalquote I	%	16,54	13,18	11,68	13,03
Eigenkapitalquote II	%	29,59	25,88	24,59	25,49
Fehlbetragsquote	%	3,47	18,57	8,29	-
Kennzahlen zur Vermögenslage					
Infrastrukturquote	%	36,27	34,53	32,49	30,84
Abschreibungsintensität	%	3,07	3,11	2,89	2,73
Drittfinanzierungsquote	%	18,11	39,83	16,48	17,72
Investitionsquote	%	86,36	171,5	180,5	200,3
Kennzahlen zur Finanzlage					
Anlagendeckungsgrad II	%	91,15	89,39	88,85	87,17
Dynamischer Verschuldungsgrad		42	320	26	13
Liquidität II. Grades	%	29,08	24,70	26,96	25,39
Kurzfristige Verbindlichkeitsquote	%	12,09	13,26	12,94	14,31
Zinslastquote	%	1,12	0,97	1,13	1,07
Kennzahlen zur Ertragslage					
Allgemeine Umlagenquote	%	63,94	63,53	60,43	59,38
Zuwendungsquote	%	80,77	79,62	77,48	77,28
Personalintensität	%	15,60	16,24	17,78	19,38
Sach- und Dienstleistungsintensität	%	12,91	12,51	13,44	10,64
Transferaufwandsquote	%	50,31	49,71	48,28	51,16

³ Vgl. auch Landkreistag NRW, Rundschreiben 581/12 vom 25.10.2012.

Unabhängig vom Kennzahlenset des Ministeriums schreibt § 12 GemHVO vor, dass "[...] produktorientierte Ziele [...] festgelegt und Kennzahlen zur Zielerreichung bestimmt [...]" werden sollen. Zur Messung dieser Ziele sollen demzufolge geeignete Kennzahlen formuliert werden, die die Zielerreichung abbilden (können). Der Gesetzgeber verspricht sich durch diese Vorgaben eine "bessere Steuerung" der Verwaltung.

Mit dem Haushaltsplan 2011 hatte die Verwaltung dem Kreistag in einem Begleitband Vorschläge zur Entwicklung von Zielen und Kennzahlen im NKF unterbreitet, die durch den Kreistag allerdings nicht unmittelbar aufgegriffen worden sind. Stattdessen hat der Kreistag eigene Zielvorstellungen entwickelt und im Dezember 2011 zunächst in drei Handlungsfeldern strategische Ziele für den Oberbergischen Kreis beschlossen. Auf dieser Basis sind nunmehr produktorientierte Zielen zu formulieren und Kennzahlen zur Zielerreichung zu bestimmen.⁴

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die nach dem Bilanzstichtag eingetreten sind

(Aussagen bezogen auf den gesetzlichen Aufstellungstermin 31.03.2013)

Nach dem Bilanzstichtag 31.12.2012 haben sich keine weiteren berichtspflichtigen Ereignisse mit Auswirkungen auf die Darstellung der Vermögens-, Finanz-, Ertrags- bzw. Finanzlage des Kreises ergeben.

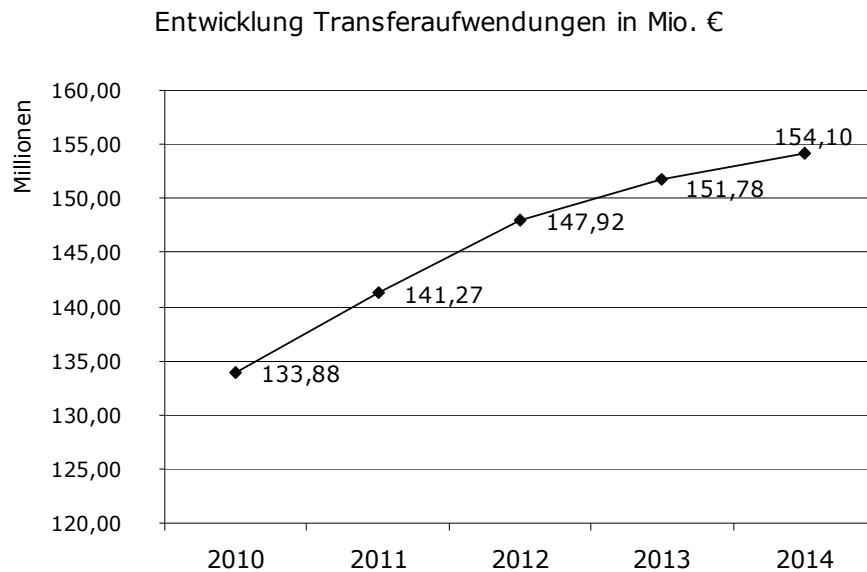
Chancen und Risiken für die zukünftige Entwicklung des Kreises

Nach wie vor – und trotz einer weiteren konjunkturellen Erholung im Jahre 2012 – belasten steigende Transferaufwendungen den Kreishaushalt erheblich und stellen weiterhin das größte Risiko für die zukünftige Entwicklung des Kreishaushaltes dar. Unter Transferaufwendungen versteht man alle Aufwendungen, die ohne konkrete Gegenleistung an Dritte geleistet werden. Sie zählen zu den ordentlichen Aufwendungen und umfassen z.B. Aufwendungen für Sozialleistungen, Zuweisungen und Zuschüsse sowie allgemeine Umlagen.

Eine Prognose über die Entwicklung des Transferaufwandes wurde im Zuge der Aufstellung des Doppelhaushaltes 2013/2014 vorgenommen. Die damals angenommenen Steigerungen sind in der nachfolgenden Tabelle dargestellt – und berücksichtigen insbesondere die damaligen Planungen des Landschaftsverbandes Rheinland zur Höhe der Landschaftsumlage sowie einen deutlich steigenden Aufwand aufgrund des gesetzlichen Anspruchs auf einen U-3-Platz ab dem 01.08.2013. Fest steht insofern, dass die von Bund und Land hierfür zur Verfügung gestellten Mittel bei weitem nicht ausreichen werden, um den Aufwand (insb. die jährlich steigenden Betriebskosten) zu decken.

⁴ Vgl. auch *Der Gemeindehaushalt* 11/2013. Danach hatten viele Kommunen die Vorgaben des § 12 GemHVO bislang nicht im Focus und befinden sich im Verzug mit dem Aufbau eines entsprechenden Steuerungssystems.

Die Landschaftsumlage steigt nach der damaligen Prognose vom Jahr 2012 auf 2013 allein um 2,3 Mio. € und von 2013 auf 2014 voraussichtlich um weitere 1,64 Mio €. Folglich erhöht sich der Transferaufwand des Oberbergischen Kreises in den Jahren 2013 und 2014 deutlich:



Zu berücksichtigen ist in diesem Zusammenhang, dass im Zuge der Planungen des Haushaltes 2013/2014 das Risiko einer Verschlechterung der konjunkturellen Lage – und die sich daraus unmittelbar ergebenden negativen Auswirkungen auf den Kreishaushalt – nicht berücksichtigt wurden. Vielmehr wurden die bereits seit 2011 – und ab Mitte des Jahres 2012 noch einmal deutlich zu spürenden positiven Entwicklungen im Bereich der Fallzahlen der Hilfebezieher nach dem SGB-II zum Anlass genommen, die Haushaltsansätze in diesem Bereich lediglich – optimistisch – fortzuschreiben, was zu einer Entlastung der Umlagezahler führen wird.

Zu berücksichtigen ist in diesem Zusammenhang allerdings eine ausgesprochen hohe Arbeitslosigkeit in vielen EU-Staaten, darunter insbesondere Frankreich, Griechenland und Spanien, sowie die nach wie vor spürbare „Euro-Krise“ und Verunsicherung der Märkte. Hieraus ergibt sich das nicht unerhebliche Risiko einer „Umkehr“ der zuletzt feststellbaren positiven Entwicklungen mit der Folge, dass geplante Haushaltsansätze nicht gehalten werden können und negative Rechnungsergebnisse zu einem weiteren Eigenkapitalverzehr führen. Ferner besteht die Gefahr, dass in Folgejahren einzelne Aufwandspositionen in der Höhe deutlich nach oben korrigiert werden müssen. Hieraus resultieren unmittelbare Auswirkungen auf die Kreisumlage und die Haushalte der Umlagezahler.

Punktuelle Verbesserungen im Sozialetat haben sich und werden sich allerdings bis 2014 aufgrund der vom Bund zugesagten stufenweisen Übernahme der Kosten der Grundversicherung im Alter und bei Erwerbsminderung ergeben. Andererseits sind die Kosten für die Unterstützung von Menschen mit Behinderungen bislang überwiegend bei den Landschaftsverbänden – und damit (mittelbar) bei den Mitgliedskörperschaften (Kreise und Kommunen) verortet. Zudem ergeben sich aus den Überlegungen zur Inklusion neue

finanzielle Herausforderungen sowohl für die Landschaftsverbände als auch für die Kreise und die kreisangehörigen Kommunen.

Im Bereich des Personalhaushaltes stellen insbesondere die weiter steigenden Pensionslasten, darunter vor allem die jährlich fortzuschreibenden Pensionsrückstellungen, für den Oberbergischen Kreis erhebliche Kostenrisiken dar.

Die Frage, ob und in welchem Maße zukünftig Personal eingespart werden kann, wird maßgeblich davon abhängig sein, wie sich die Aufgaben des Oberbergischen Kreises entwickeln. Mögen Maßnahmen zur Standardreduzierung auch von Politik und Verwaltung gleichermaßen angestrebt werden und mag die Verwaltung für den Haushalt 2013/2014 hierzu auch konkrete Vorschläge unterbreitet und Maßnahmen bereits umgesetzt haben, so müssen die gesetzlichen Rahmenbedingungen dem Aspekt eines Standardabbaus tatsächlich Rechnung tragen. Jedoch tragen sich abzeichnende Verschärfungen im Bereich des Vergaberechts, bereits vollzogene Änderungen im Bereich des Haushaltsrechts und neue Aufgabenzuweisungen in verschiedenen Bereichen der Verwaltung eben nicht dazu bei, Personal in spürbarer Weise abzubauen zu können.

Es wird für den Oberbergischen Kreis im Übrigen angesichts der demografischen Entwicklung und eines zunehmenden Wettbewerbs zukünftig immer schwerer, qualifizierte Nachwuchskräfte zu finden. Spürbare Rückgänge in den Bewerberzahlen auf Ausbildungsplätze und eine erhöhte Zahl von Personalabgängen zeugen schon jetzt davon, dass der Fachkräftebedarf in der öffentlichen Verwaltung kontinuierlich zunehmen wird. Darin ist ein erhebliches Risiko für eine ordnungsgemäße Aufgabenerledigung zu sehen.

Nicht unerhebliche Risiken – aber auch Chancen – ergeben sich schließlich aus der zukünftigen Gestaltung des kommunalen Finanzausgleiches. Angesichts der Tatsache, dass die Schlüsselzuweisungen für den Oberbergischen Kreis voraussichtlich zurückgehen werden, bleiben insofern letztlich abzuwarten, welche strukturellen Veränderungen für die Jahre 2014 ff. vom Land vorgenommen werden. Den Ergebnissen des vom Landes NRW in Auftrag gegebenen Gutachtens zum Kommunalen Finanzausgleich wird dabei eine große Bedeutung zukommen. Ferner bleibt die Haltung des Landes zum Umgang mit diesen Ergebnissen abzuwarten.

Da Kreise und kreisangehörige Kommunen schon seit vielen Jahren – zurecht – eine Benachteiligung des kreisangehörigen Raumes beklagen, ist letztlich auf eine grundlegende Reform des Gemeindefinanzierungsgesetzes mit dem Ziel eines gerechteren Finanzausgleich zu hoffen.

Die – gemeinsame - Forderung der Kommunen und Kreise nach einer konsequenten Einhaltung des Konnexitätsgrundsatzes bleibt zudem aufrecht erhalten, da sich andernfalls nicht hinnehmbare Zusatzbelastungen für den Oberbergischen Kreis ergeben.

Konzernbetrachtung

Mit der Einführung des *Neuen Kommunalen Finanzmanagements* sieht das Gemeindehaushaltsrecht NRW ferner vor, dass grundsätzlich jede Kommune einen Gesamtabschluss (Konzernrechnung) aufzustellen hat, um die verselbständigten Aufgabenbereiche mit der Kernverwaltung zusammenzufassen. Für den *Oberbergischen Kreis* wurde zunächst der Konsolidierungskreis festgelegt. Dabei wurde festgestellt, dass der *Oberbergische Kreis* an keinen Betrieben beteiligt ist, die im Rahmen einer Vollkonsolidierung in den Gesamtabchluss einbezogen werden müssten. Die Gesellschaftsanteile an den "assozierten Unternehmen" wären allenfalls "At Equity" (Equity-Methode, assoziierten Betrieben) zu konsolidieren gewesen. Das *Innenministerium NRW* hat zwischenzeitlich jedoch klargestellt, dass Kommunen, die (wie der *Oberbergische Kreis*) nur an assoziierten Betrieben beteiligt sind, insgesamt von der Aufstellung eines NKF-Gesamtabchlusses befreit sind. Weitere Informationen zu den Beteiligungen des *Oberbergischen Kreises* können dem jährlich erscheinenden Beteiligungsbericht entnommen werden. Bei Änderungen der Beteiligungsstruktur sind die Voraussetzungen für die Befreiung erneut zu prüfen.

Angaben der Verantwortlichen nach § 95 Abs. 2 GO NRW

Am Schluss des Lageberichtes sind für die Mitglieder des Verwaltungsvorstands (Landrat, Kreisdirektor, Kreiskämmerer, Dezernenten) sowie für die Kreistagsmitglieder anzugeben, der Familienname mit mindestens einem ausgeschriebenen Vornamen, der ausgeübte Beruf, die Mitgliedschaften in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien, die Mitgliedschaft in Organen von verselbstständigten Aufgabenbereichen der Gemeinde in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form und die Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen. Die Angaben werden im Folgenden tabellarisch abgebildet.

Name, Vorname Beruf	Mitgliedschaften
Jobi, Hagen Landrat	<p>Aggerverband, Verbandsrat, Ältestenrat AVEA GmbH & Co. KG, Gesellschafterversammlung, AVEA Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH, Gesellschafterversammlung Bergischer Abfallwirtschaftsverband, Verbandsvorsteher Deutsches Rotes Kreuz, Kreisverband Oberberg, Kreisvorsitzender, Förderverein Schloss Homburg, Förderverein, Förderverein Zentrum für biogene Energie Oberberg e.V. (ZEBIO), Mitgliederversammlung, Freiwilligenbörse Oberberg, Schirmherr, Gründer- und Technologie Centrum Gummersbach, Gesellschafterversammlung, Aufsichtsrat, GVV Kommunalversicherung VVaG, Regionalbeirat IBZ Schloss Gimborn, Kuratorium, Klinikum Oberberg GmbH, Gesellschafterversammlung (Vorsitzender), Aufsichtsrat (Vorsitzender), Kommunale Arbeitsgemeinschaft Bergisches Land e.V. Vorstand, Kreiskrankenhaus Gummersbach GmbH, Gesellschafterversammlung (Vorsitzender), Kreiskrankenhaus Waldbröl GmbH, Gesellschafterversammlung (Vorsitzender), Landkreistag Nordrhein-Westfalen e.V., Landkreisversammlung, Vorstand, Landwirtschaftskammer Rheinland, Kuratorium, Kreisstellenbeirat, Naturarena Bergisches Land e.V., Vorstand (Vorsitzender) Oberbergische Aufbau Gesellschaft m.b.H., Aufsichtsrat (Vorsitzender), Gesellschafterversammlung (Vorsitzender), Oberbergische Verkehrsgesellschaft AG, Aufsichtsrat (Vorsitzender), Region Köln/Bonn e.V., Vorstand, Mitgliederversammlung Standortmarketing Region Köln/Bonn GmbH, Ausschuss Regionale 2010, Rheinischer Sparkassen- und Giroverband (RSGV), Verbandsversammlung, Verbandsvorstand, Trägeraus- schuss Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung in Köln, Institutsvorsteher RELOGA Holding GmbH & Co. KG, Gesellschafterversamm- lung, RELOGA Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH, Gesellschaf- tersversammlung RheinEnergie AG, Beirat rhenag, Verwaltungsbeirat, RWE AG, Regionalbeirat Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, Kreisverband Oberberg (Vorsitzender), Stoltenberg-Lerche-Stiftung, Kuratorium, Symphonie-Orchester des Oberbergischen Kreises e.V., Schirmherr, Kuratorium (Vorsitzender),</p>

Name, Vorname Beruf	Mitgliedschaften
<i>Fortsetzung:</i> Jobi, Hagen	Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Kreisverband Oberberg (Vorsitzender), Vorstand des Bezirksverbandes, Züchterzentrale des Oberbergischen Kreises, Vorsitzender, Zweckverband für die Kreissparkasse Köln, Verbandsversammlung, Beteiligungsausschuss (Vorsitzender), Ausschuss und Kuratorium der Kultur- und Umweltstiftung, Kulturstiftung Oberberg, Sozialstiftung, Sportstiftung, Hochbegabtenstiftung, Regionalbeirat Oberberg, Sparkassenausschuss, Verwaltungsrat (beratender Teilnehmer), Hauptausschuss (beratender Teilnehmer), Bilanzprüfungsausschuss (beratender Teilnehmer), Risikoausschuss (beratender Teilnehmer), Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung (civitec, ehemals: GKD), Vorstandsvorsteher (stellvertretend), Verwaltungsausschuss, Zweckverband Naturpark Bergisches Land e.V., Vorstandsvorsteher.
Hagt, Jochen Kreisdirektor	Ausbildungsinitiative Oberberg, Mitglied Beirat Schule/Beruf, Mitglied Bergischer Abfallwirtschaftsverband, Verbandsversammlung (stellvertretender Vorstandsvorsteher), Bildungsnetzwerk Oberberg, Vorsitzender Lenkungskreis Bundesagentur für Arbeit, Verwaltungsausschuss Das Bergische gGmbH, Gesellschafterversammlung, stellv. Vorsitzender Entwicklungsgesellschaft Gummersbach, Aufsichtsrat, Gründer- und Technologie Centrum Gummersbach, Gesellschafterversammlung, Gründer- und Technologie Centrum Gummersbach, Aufsichtsrat, IBZ Schloss Gimborn, Mitgliederversammlung, IBZ Schloss Gimborn, Kuratorium IHK Oberberg, Beratende Versammlung, KAV Gruppenausschuss „Verwaltung“, Ersatzmitglied Klinikum Oberberg GmbH, Gesellschafterversammlung Landkreistag Nordrhein-Westfalen e.V., Landkreis- versammlung Naturarena Bergisches Land e.V., Gesellschafterver- sammlung, Beirat (Vorsitzender), Naturerlebnis Nutscheid gGmbH, Gesellschafterver- sammlung Oberbergische Aufbau Gesellschaft m.b.H., Geschäftsführer Oberbergische Koordinierungsstelle für Ausbildung e.V., Mitglied Region Köln Bonn e.V., Arbeitskreis Wirtschaftsförderer Regionalagentur, Lenkungskreis Wirtschafts- und Arbeitspolitik,

Name, Vorname Beruf	Mitgliedschaften
<i>Fortsetzung:</i> Hagt, Jochen	Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung in Köln, Gesellschafterversammlung, Institutsausschuss, Personalausschuss, Stoltenberg-Lerche-Stiftung, Vergabeausschuss, Verein zur Förderung des Campus Gummersbach, Mitgliederversammlung Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, Kreisverband Oberberg (stellvertretender Vorsitzender), Zweckverband civitec, Versammlungsversammlung Zweckverband civitec, Verwaltungsausschuss Zweckverband für die Kreissparkasse Köln, stellv. Vorstandsvorsitzender
Grootens, Klaus Kreiskämmerer	Aggerverband, Finanzausschuss, Kreissparkasse Köln, Kulturstiftung Oberberg, Landkreistag NW, Finanzausschuss, Oberbergische Aufbau Gesellschaft m.b.H., Aufsichtsrat, Radio Berg GmbH & Co. KG., Gesellschafterversammlung, Radio Berg GmbH, Gesellschafterversammlung, Stoltenberg-Lerche Stiftung für berufliche Weiterbildung, Kuratorium, stellvertretender Geschäftsführer, Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg, Versammlungsversammlung, Zweckverband für die Kreissparkasse Köln, Versammlungsversammlung. Zweckverband Naturpark Bergisches Land, Versammlungsversammlung Einigungsstelle nach dem Personalvertretungsgesetz (LPVG) Das Bergische gGmbH, Gesellschafterversammlung (bis 22.03.2012) Naturerlebnis Nutscheid gGmbH, Gesellschafterver- sammlung (bis 14.06.2012) Naturarena Bergisches Land GmbH, Gesellschafterver- sammlung (bis 14.06.2012)
Nürnberg, Jorg Dezernent	Deutsches Rotes Kreuz, Kreisverband Oberberg Mitglied des erweiterten Vorstands, Kath. Trägerverein Haus der offenen Tür, Vorsitzender, Oberbergische Gesellschaft zur Hilfe für psychisch Behinderte m.b.H., Vorsitzender, (bis 18.09.2012) RAPS Gemeinnützige Wertstätten GmbH, Gesell- schafterversammlung (Vorsitzender), (bis 18.09.2012) WRS Gemeinnützige Service GmbH, Gesell- schafterversammlung (Vorsitzender). (bis 18.09.2012)

Name, Vorname Beruf	Mitgliedschaften
Dickschen, Christian Dezernent	Aggerverband, Verbandsrat (stellvertretend) RELOGA Holding GmbH & Co. KG, Aufsichtsrat Deutsches Rotes Kreuz, Kreisverband Oberberg, Kreisjustiziar Chemisches Veterinäruntersuchungsamt Rheinland, Verwaltungsrat Biologische Station Oberberg e.V., Trägerverein Bergischer Abfallwirtschaftsverband, Verbandsversammlung AVEA GmbH & Co. KG, Aufsichtsrat.
Stranz, Uwe Dezernent	Bergische Agentur für Kulturlandschaften gGmbH, Gesellschafterversammlung, Biologische Station Oberberg e.V., Vorstand Entwicklungsgesellschaft Gummersbach, Aufsichtsrat, Förderverein Naturschutz im Bergischen Land e.V., Vorstand, NVR, Verbandsversammlung, Oberbergische Aufbau Gesellschaft m.b.H., Geschäftsführung, Schutzgemeinschaft Deutscher Wald NRW e.V., Landesvorstand, Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg, Verbandsversammlung.
Ahus, Margit Geschäftsführerin	Abfall-, Sammel- und Transport-Verband, BTV, Sitz Engelskirchen, Kreissparkasse Köln - Mitglied des Verwaltungsrates Zweckverband Kreissparkasse Köln – Verbandsversammlung Klinikum Oberberg GmbH – Gesellschafterversammlung Oberbergische Aufbau-Gesellschaft mbH - Aufsichtsrat
Albowitz-Freytag, Ina Werbekaufrau (i.R.)	Volksbank Oberberg, Vertreterversammlung FDP Oberberg - Vorstandsmitglied Kommunale Arbeitsgemeinschaft Bergisch Land e.V. - Mitgliederversammlung Kommunale Gesundheitskonferenz Zweckverband Kreissparkasse Köln - Verbandsversammlung Oberbergische Verkehrsgesellschaft AG (OVAG) - Hauptversammlung (beratend) Klinikum Oberberg GmbH - Aufsichtsrat
Bauer, Corinna Rechtsanwältin	Region Köln/Bonn e.V., Mitgliederversammlung Naturarena Bergisches Land GmbH - Gesellschafterversammlung Das Bergische gGmbH – Gesellschafterversammlung (stv.) Oberbergische Aufbau-Gesellschaft (OAG) - Aufsichtsrat (stv.)

Name, Vorname Beruf	Mitgliedschaften
Beucher, Friedhelm Julius Rektor i. R.	Bewerbungsgesellschaft München 2018 GmbH - Aufsichtsratsmitglied, Deutscher Behindertensportverband - National Paralympic Committee Germany, Präsident, Verein für soziale Dienste e.V., Vorstandsmitglied Jobcenter Oberberg – Trägerversammlung Zweckverband Kreissparkasse Köln - Verbandsversammlung (stv.) - Sportstiftung - Sportlicher Beirat der Sportstiftung
Biesenbach, Peter, Rechtsanwalt, MdL	Zweckverband Kreissparkasse Köln – Kulturstiftung
Bödecker, Larissa Geschäftsführerin	Klinikum Oberberg GmbH – Aufsichtsrat
Borner, Kurt Oberstudienrat	Bergischer Abfallwirtschaftsverband (BAV) - Verbandsversammlung (stv.) Oberbergische Verkehrsgesellschaft AG (OVAG) - Hauptversammlung (beratend) Zweckverband Kreissparkasse Köln - Sozialstiftung
Bubenger, Tim Kfm. Angestellter	Steinmüller Bildungszentrum gGmbH – Beirat
Dreiner-Wirz, Jürgen Gesamtschullehrer i. R.	AVEA - Beirat Bauhof Engelskirchen-Lindlar (AÖR) BGW-GmbH - Aufsichtsrat Das Bergische gGmbH - Aufsichtsrat - Gesellschafterversammlung Zweckverband Kreissparkasse Köln - Verbandsversammlung - Beirat Zweckverband Naturpark Bergisches Land - Aufsichtsrat - Verbandsversammlung Naturarena Bergisches Land GmbH - Aufsichtsrat - Gesellschafterversammlung SFL-GmbH Lindlar - Aufsichtsrat SGK Oberberg – Vorstand Bergischer Abfallwirtschaftsverband (BAV) - Verbandsversammlung Kommunale Arbeitsgemeinschaft Bergisch Land e.V. - Mitgliederversammlung Oberbergische Aufbaugesellschaft mbH (OAG) - Aufsichtsrat (stv.)
Engelmeier-Heite, Michaela Erzieherin/Referentin eines MdL im Landtag	Region Köln/Bonn e.V. – Mitgliederversammlung Kommunale Arbeitsgemeinschaft Bergisch Land e.V. (KAG) - Mitgliederversammlung Klinikum Oberberg GmbH – Aufsichtsrat (stv.)

Name, Vorname Beruf	Mitgliedschaften
Frackenhohl-Hunscher, Bärbel Realschullehrerin	Kommunale Arbeitsgemeinschaft Bergisch Land e.V. (KAG) - Mitgliederversammlung (stv. beratend) Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung Köln - Institutsausschuss
Giebeler, Paul-Werner Schornsteinfegermeister	Zweckverband Kreissparkasse Köln - Kulturstiftung Oberberg Kommunale Gesundheitskonferenz (stv.)
Grafflage, Jürgen Dipl. Sozialarbeiter i.R.	Das Bergische gGmbH – Gesellschafterversammlung (stv.) Oberbergische Aufbau-Gesellschaft mbH (OAG) - Aufsichtsrat Region Köln/Bonn e.V. - Mitgliederversammlung Symphonie-Orchester des Oberbergischen Kreises e.V. - Kuratorium Kommunale Arbeitsgemeinschaft Bergisch Land e.V. (KAG) - Mitgliederversammlung (stv.) (ab 14.06.2012)
Grasemann, Hans-Jürgen Verkaufsleiter (KTM seit 05.02.2011)	Sparkasse Radevormwald-Hückeswagen - Verwaltungsrat
Gries, Hans-Otto Rektor	Montemare GmbH – Aufsichtsrat Jobcenter Oberberg – Trägerversammlung (stv.) Klinikum Oberberg GmbH – Gesellschafterversammlung Zweckverband Kreissparkasse Köln - Verbandsversammlung (stv.)
Hähn, Birgit Geschäftsführerin und Rechtsanwältin	Zweckverband Kreissparkasse Köln - Verbandsversammlung Region Köln/Bonn e.V. – Mitgliederversammlung Bergischer Abfallwirtschaftsverband (BAV) - Verbandsversammlung (stv.) Oberbergische Aufbau-Gesellschaft (OAG) - Aufsichtsrat (stv.)
Hastenrath, Christoph Ltd. Landesverwaltungs- direktor	Bau- u. Entwicklungsgesellschaft, Wiehl, Aufsichtsrat Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung Köln - Institutsausschuss
Hein, Claudia Bürokraft/Möbeltischlerin	Kommunale Arbeitsgemeinschaft Bergisch Land e.V. (KAG) - Mitgliederversammlung Bergischer Abfallwirtschaftsverband (BAV) - Verbandsversammlung (stv.) Klinikum Oberberg GmbH – Aufsichtsrat (stv.) Naturarena Bergisches Land GmbH - Gesellschafterversammlung (beratend) Oberbergische Verkehrsgesellschaft AG (OVAG) - Hauptversammlung (beratend) Zweckverband für die Kreissparkasse Köln - Verbandsversammlung (stv.)

Name, Vorname Beruf	Mitgliedschaften
Heß, Norbert Studiendirektor i. R.	Anlagenbetriebe zur Entsorgung und Verwertung von Abfällen (AVEA GmbH & Co. KG) - Aufsichtsrat Bergischer Abfallwirtschaftsverband (BAV) - Verbandsversammlung Zweckverband Kreissparkasse Köln - Verbandsversammlung RELOGA Holding GmbH & Co. KG - Aufsichtsrat Kirchenvorstand St. Peter und Paul Engelskirchen
Höfer, Monika Rentnerin	Klinikum Oberberg GmbH - Aufsichtsrat Kreiskrankenhaus Waldbröl GmbH - Verwaltungsrat Kreissportbund Oberberg e.V. - Beirat Volksbank Oberberg - Beirat
Holländer-Pracejus, Elke Bürokauffrau	KUR GmbH - Aufsichtsrat Kreiskrankenhaus Waldbröl GmbH - Verwaltungsrat Klinikum Oberberg GmbH – Aufsichtsrat (stv.) Kommunale Arbeitsgemeinschaft Bergisch Land e.V. (KAG) - Mitgliederversammlung (beratend) Region Köln/Bonn e.V. - Mitgliederversammlung (beratend)
Hoster, Jan Kristian Wirtschaftsprüfer (KTM bis 31.03.2012)	Klinikum Oberberg GmbH – Aufsichtsrat (bis 22.03.2012) Landkreistag NRW e.V. - Landkreisversammlung (bis 22.03.2012) Oberbergische Verkehrsgesellschaft AG (OVAG) - Hauptversammlung (bis 22.03.2012)
Hücker, Manfred Elektromeister	Bergischer Abfallwirtschaftsverband (BAV) - Beirat - Verbandsversammlung (stv.) Wupperverband, Verbandsversammlung, Zweckverband Sparkasse Radevormwald- Hückeswagen - Verbandsversammlung Kommunale Arbeitsgemeinschaft Bergisch Land e.V. (KAG) - Mitgliederversammlung (stv. beratend) Landschaftsverband Rheinland - Landschaftsversammlung (stv.)
Hünermund, Bruno Studiendirektor i.R., Lehrbeauftragter für Fremdsprachen	Landwirtschaftskammer Rheinland - Kreisstellenbeirat Symphonie-Orchester des OBK e.V. - Kuratorium Zweckverband Naturpark Bergisches Land - Verbandsversammlung
Hüttenmeister, Monika Ohne Angaben	Zweckverband für die Kreissparkasse Köln - Verbandsversammlung Landkreistag NRW e.V. – Landkreisversammlung (stv.) Oberbergische Aufbau-Gesellschaft mbH (OAG) - Gesellschafterversammlung (stv.) Oberbergische Verkehrsgesellschaft AG (OVAG) - Hauptversammlung (stv.) Steinmüller Bildungszentrum gGmbH - Gesellschafterversammlung (stv.)

Name, Vorname Beruf	Mitgliedschaften
Jung, Udo Konstruktionsmechaniker	Steinmüller Bildungszentrum gGmbH – Beirat (stv.) Jobcenter Oberberg – Trägerversammlung (stv.)
Kirsch, Christel Beate Leiterin Jugendzentrum Waldröhl (KTM seit 01.09.2011)	Symphonie-Orchester des Oberbergischen Kreises e.V. - Kuratorium (stv.) Zweckverband Kreissparkasse Köln - Verbandsversammlung (stv.)
Klein, Jan-Hendrik Student	Kommunale Arbeitsgemeinschaft Bergisch Land e.V. (KAG) - Mitgliederversammlung (stv.) (bis 31.03.2012) Landkreistag NRW e.V. - Landkreisversammlung (stv. beratend) (bis 31.03.12) Radio Berg Veranstaltergemeinschaft für Lokalfunk - Vertreterversammlung (bis 31.03.2012)
Kleine, Jürgen Kaufmann	Seniorenwohnpark "Haus Manshagen" GmbH - Geschäftsführender Gesellschafter Regionalrat des Regierungsbezirkes Köln (über Reserveliste) Klinikum Oberberg GmbH – Aufsichtsrat (stv.) Oberbergische Aufbau-Gesellschaft mbH (OAG) - Aufsichtsrat (stv.) Region Köln/Bonn e.V. – Mitgliederversammlung (beratend) Landschaftsverband Rheinland - Landschaftsversammlung (stv.)
Konzelmann, Thorsten Diplom-Verwaltungswirt, Student	Entwicklungsgesellschaft Gummersbach mbH - Gesellschafterversammlung Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft Gummersbach - Gesellschafterversammlung Kreiskrankenhaus Gummersbach GmbH - Verwaltungsrat - Gesellschafterversammlung Kreissportbund Oberberg e.V. - Beirat Sparkasse Gummersbach-Bergneustadt - Verwaltungsrat - Kreditausschuss Regionalrat des Regierungsbezirkes Köln Landschaftsverband Rheinland - Landschaftsversammlung (stv.) Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg - Verbandsversammlung (stv.)
Krämer, Anja Finanzwirtin (KTM seit 01.04.2012)	Oberbergische Verkehrsgesellschaft AG (OVAG) - Hauptversammlung (stv. beratend) (ab 01.04.2012)
Lang, Michael Chemiekant	Zweckverband für die Kreissparkasse Köln - Kulturstiftung - Verbandsversammlung (stv.) Kommunale Gesundheitskonferenz

Name, Vorname Beruf	Mitgliedschaften
Langusch, Harald kfm. Angestellter	Kreissportbund Oberberg e.V. Kreiskrankenhaus Waldbröl GmbH - Verwaltungsrat (stv.) Kreiskrankenhaus Gummersbach GmbH - Gesellschafterversammlung (stv. beratend) Klinikum Oberberg GmbH – Aufsichtsrat Das Bergische gGmbH – Gesellschafterversammlung Bergischer Abfallwirtschaftsverband (BAV) - Verbandsversammlung (stv.)
Löttgen, Bodo Kriminalhauptkommissar a.D./Mdl	Sparkasse der Homburgischen Gemeinden, Wiehl - Verwaltungsrat KuR GmbH, Nümbrecht - Aufsichtsrat Anton Frese Erben GmbH - Aufsichtsrat Kommunale Arbeitsgemeinschaft Bergisch Land e.V. (KAG) - Mitgliederversammlung Oberbergische Aufbau-Gesellschaft mbH (OAG) - Aufsichtsrat Region Köln/Bonn e.V. – Mitgliederversammlung Zweckverband für die Kreissparkasse Köln - Sportlicher Beirat der Sportstiftung
Mahler, Ursula Hausfrau	GWG Wohnungsgenossenschaft eG, Radevormwald - Vorsitzende im Aufsichtsrat - Beirat Landkreistag NRW – Landkreisversammlung (stv.) Oberbergische Aufbaugesellschaft mbH(OAG) - Gesellschafterversammlung (stv.) Oberbergische Verkehrsgesellschaft AG (OVAG) - Hauptversammlung (stv.) Steinmüller Bildungszentrum gGmbH - Gesellschafterversammlung (stv.) Symphonie-Orchester des OBK e.V. – Kuratorium Landschaftsverband Rheinland - Landschaftsversammlung
Marquardt, Jürgen Selbstständiger Kaufmann	Entwicklungsgesellschaft Gummersbach – Aufsichtsrat Sparkasse Gummersbach - Verwaltungsrat Bergischer Abfallwirtschaftsverband (BAV) - Verbandsversammlung Kreissportbund Oberberg e.V. – Beirat Oberbergische Verkehrsgesellschaft AG (OVAG) - Aufsichtsrat - Hauptversammlung (beratend) Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg - Verbandsversammlung (stv.)

Name, Vorname Beruf	Mitgliedschaften
Mederlet, Frank Geschäftsführer	Bergische Energie und Wasser GmbH - Aufsichtsrat BEW Wipperfürth - Aufsichtsrat Wipperfürther Wohnungsentwicklungsgesellschaft - Aufsichtsrat Oberbergische Aufbau-Gesellschaft mbH (OAG) - Aufsichtsrat Region Köln/Bonn e.V. – Mitgliederversammlung Kommunale Arbeitsgemeinschaft Bergisch Land e.V. (KAG) - Mitgliederversammlung (beratend) Oberbergische Verkehrsgesellschaft AG (OVAG) - Hauptversammlung (stv. beratend) Agentur für Arbeit Bergisch Gladbach - Ausschuss für anzeigepflichtige Entlassungen (stv.)
Mertens, Hans Helmut selbständiger Kaufmann	Landwirtschaftskammer NRW – Kreisstellenbeirat (stv.)
Müller, Reinhold Rechtsanwalt	BTV Gummersbach - Verbandsversammlung Bergischer Abfallwirtschaftsverband (BAV) - Verbandsversammlung Zweckverband Kreissparkasse Köln - Kulturstiftung Oberbergische Aufbau-Gesellschaft mbH (OAG) - Aufsichtsrat Regionalrat des Regierungsbezirkes Köln (über Reserveliste) Klinikum Oberberg GmbH - Aufsichtsrat (stv.) (ab 22.03.2012)
Osterberg, Axel Diplom-Finanzwirt	Anlagenbetriebe zur Entsorgung und Verwertung von Abfällen (AVEA GmbH und Co. KG) - Aufsichtsrat Zweckverband Kreissparkasse Köln - Verbandsversammlung RELOGA Holding GmbH & Co. KG - Aufsichtsrat
Prößler, Heike Erzieherin	keine Gremien
Pütz, Jens Holger Finanzdienstleister (KTM seit 24.03.2011)	Symphonie-Orchester des Oberbergischen Kreises e.V. - Kuratorium (stv.)
Rittel, Jürgen Lehrer (KTM seit 01.04.2012)	keine Gremien
Rogowski, Jürgen Paul Hochbautechniker	Gemeindewerke Nümbrecht – Aufsichtsrat Sparkasse Wiehl - Verwaltungsrat Naturarena Bergisches Land GmbH - Gesellschafterversammlung (stv.) Zweckverband Naturpark Bergisches Land - Verbandsversammlung (stv.)

Name, Vorname Beruf	Mitgliedschaften
Schäfer, Helmut Lehrer	Bergischer Abfallwirtschaftsverband (BAV) - Verbandsversammlung Kommunale Arbeitsgemeinschaft Bergisch Land e.V. (KAG) - Mitgliederversammlung (stv. beratend) Oberbergische Aufbau-Gesellschaft mbH (OAG) - Aufsichtsrat (stv.) Oberbergische Verkehrsgesellschaft AG (OVAG) - Aufsichtsrat Zweckverband Kreissparkasse Köln - Verbandsversammlung - Kulturstiftung Oberberg AggerEnergie – Aufsichtsrat
Schäfer, Rolf Feuerwehrmann i.R.	Jobcenter Oberberg – Trägerversammlung Kommunale Arbeitsgemeinschaft Bergisch Land e.V. (KAG) - Mitgliederversammlung Kommunale Gesundheitskonferenz (KGK) Klinikum Oberberg GmbH – Aufsichtsrat (stv.) Oberbergische Verkehrsgesellschaft AG (OVAG) - Hauptversammlung (beratend) Region Köln/Bonn e.V. – Mitgliederversammlung Zweckverband Kreissparkasse Köln - Verbandsversammlung (stv.) Agentur für Arbeit Bergisch Gladbach - Ausschuss für anzeigepflichtige Entlassungen
Schäfer, Udo Pensionär	keine Gremien
Schmitz, Wilhelm Versicherungsangestellter	Bergischer Abfallwirtschaftsverband (BAV) - Verbandsversammlung (stv.) Zweckverband Kreissparkasse Köln - Verbandsversammlung Zweckverband Naturpark Bergisches Land - Verbandsversammlung (stv.)
Schramm, Karl-Heinz Lehrer	Bergischer Abfallwirtschaftsverband (BAV) - Verbandsversammlung (stv.) Rheinisches Studieninstitut Köln – Institutsausschuss (stv.) Zweckverband Kreissparkasse Köln - Verbandsversammlung

Name, Vorname Beruf	Mitgliedschaften
Schuchardt-Kaganietz, Doris Diplom-Pädagogin	Anlagenbetriebe zur Entsorgung und Verwertung von Abfällen (AVEA GmbH & Co. KG) - Gesellschafterversammlung AVEA Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH - Gesellschafterversammlung RELOGA Holding GmbH & Co. KG - Gesellschafterversammlung RELOGA Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH - Gesellschafterversammlung Bergischer Abfallwirtschaftsverband (BAV) - Verbandsversammlung Kommunale Arbeitsgemeinschaft Bergisch Land e.V. (KAG) - Mitgliederversammlung (stv. beratend) Klinikum Oberberg GmbH - Gesellschafterversammlung - Aufsichtsrat Zweckverband Kreissparkasse Köln - Verbandsversammlung - Hochbegabten-Stiftung Agentur für Arbeit Bergisch Gladbach - Ausschuss für anzeigepflichtige Entlassungen (stv.)
Simeth, Jürgen Beratender Betriebswirt	Zweckverband Kreissparkasse Köln - Verbandsversammlung - Kulturstiftung Naturarena Bergisches Land GmbH - Gesellschafterversammlung (beratend) -
Stefer, Michael Polizeibeamter	Bergischer Abfallwirtschaftsverband (BAV) - Verbandsversammlung (stv.) Kommunale Arbeitsgemeinschaft Bergisch Land e.V. (KAG) - Mitgliederversammlung (beratend) Landkreistag NRW e.V. - Landkreisversammlung (stv. beratend) Oberbergische Verkehrsgesellschaft AG (OVAG) - Hauptversammlung (stv. beratend) Rheinisches Studieninstitut für kommunal Verwaltung - Institutsausschuss (stv.) Zweckverband Kreissparkasse Köln - Verbandsversammlung (stv.) Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg - Verbandsversammlung Regionalrat des Regierungsbezirkes Köln

Name, Vorname Beruf	Mitgliedschaften
Stricker, Günter Immobilienwirt	Anlagenbetriebe zur Entsorgung und Verwertung von Abfällen (AVEA GmbH & Co. KG) - Gesellschafterversammlung AVEA Verwaltungs- u. Beteiligungs GmbH - Gesellschafterversammlung RELOGA Holding GmbH & Co. KG - Gesellschafterversammlung RELOGA Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH - Gesellschafterversammlung Bergischer Abfallwirtschaftsverband (BAV) - Verbandsversammlung Zweckverband Kreissparkasse Köln - Verbandsversammlung Landschaftsverband Rheinland – Landschaftsversammlung
Tillmann, Annette PR-Beraterin	keine Gremien
Viebach, Christian Vertriebsleiter	Kommunale Arbeitsgemeinschaft Bergisch Land e.V. (KAG) - Mitgliederversammlung (stv.)
Vogel, Angelika Diplom-Pädagogin/ Graveurmeisterin	Kommunale Arbeitsgemeinschaft Bergisch Land e.V. (KAG) - Mitgliederversammlung (beratend) Naturarena Bergisches Land GmbH - Gesellschafterversammlung (stv. beratend) Oberbergische Verkehrsgesellschaft AG (OVAG) - Hauptversammlung (stv. beratend) Symphonie-Orchester des OBK – Kuratorium (stv.)
von Polheim, Jörg Selbstst. Bäckermeister (KTM bis 31.03.2012)	Bäckerinnung Bergisch Land – Vorstand HEG – Aufsichtsrat (stv.) Oberbergische Verkehrsgesellschaft AG (OVAG) - Hauptversammlung (bis 22.03.2012)
Werner, Gerhard Polizeibeamter	Sport+Freizeit GmbH Lindlar - Aufsichtsrat Gewerkschaft der Polizei – Vorsitzender Rhein.-Berg. Kreis Bergischer Abfallwirtschaftsverband (BAV) - Verbandsversammlung Kommunale Arbeitsgemeinschaft Bergisch Land e.V. (KAG) - Mitgliederversammlung (stv.) Naturarena Bergisches Land GmbH - Gesellschafterversammlung (stv.) Oberbergische Verkehrsgesellschaft AG (OVAG) - Hauptversammlung (beratend) Zweckverband Kreissparkasse Köln - Verbandsversammlung (stv.)

Name, Vorname Beruf	Mitgliedschaften
Wilke, Dr. Friedrich Hochschullehrer	EUDI AG Haiger - Aufsichtsrat (Vorsitzender), Kommunale Arbeitsgemeinschaft Bergisch Land e.V. (KAG) - Mitgliederversammlung (stv.) Landkreistag NRW e.V. - Landkreisversammlung Oberbergische Aufbau-Gesellschaft mbH (OAG) - Gesellschafterversammlung Oberbergische Verkehrsgesellschaft AG (OVAG) - Hauptversammlung - Aufsichtsrat Steinmüller Bildungszentrum gGmbH - Gesellschafterversammlung
Wurth, Ralf Verwaltungsangestellter/ Diplom-Volkswirt soz. wiss. R.	Familie Wurth Grundstückverwaltungs GbR - Gesellschafter Region Köln/Bonn e.V. - Mitgliederversammlung (beratend) Zweckverband Kreissparkasse Köln - Verbandsversammlung - Kulturstiftung Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Sieg - Verbandsversammlung

Grundsätzliche Erklärung

Der vorliegende Lagebericht steht im Einklang mit der Bilanz zum Bilanzstichtag und vermittelt eine zutreffende Vorstellung von der Lage des *Oberbergischen Kreises*. Die gemachten Angaben sind vollständig und zutreffend. Der Jahresabschluss und der Lagebericht sind nach Auffassung der Unterzeichner nach den wesentlichen Vorschriften der Gemeindeordnung und der Gemeindehaushaltsverordnung sowie den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung erstellt worden.

Der Jahresabschluss und der Lagebericht wurden vom Kämmerer aufgestellt und vom Landrat bestätigt.

Gummersbach, 7. März 2014

gez.

Hagen Jobi
Landrat

gez.

Klaus Grootens
Kreiskämmerer

ANLAGE 6.1.2

AKTIVA

	31.12.2012	31.12.2011
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
1. Anlagevermögen		
1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände	620.179,00	498.703,00
1.2 Sachanlagen		
1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		
1.2.1.1 Grünflächen	744.008,38	757.908,38
1.2.1.2 Ackerland	34.991,00	34.991,00
1.2.1.3 Wald, Forsten	16.226.690,03	16.186.456,83
1.2.1.4 Sonstige unbebaute Grundstücke	221.137,59	221.137,59
1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		
1.2.2.1 Schulen	59.167.055,07	61.126.231,07
1.2.2.2 Wohnbauten	587.171,00	596.212,00
1.2.2.3 Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	45.367.004,00	45.627.974,00
1.2.3 Infrastrukturvermögen		
1.2.3.1 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	6.892.369,76	6.729.976,77
1.2.3.2 Brücken und Tunnel	7.354.060,00	7.641.541,00
1.2.3.3 Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen	92.561.969,00	93.104.260,00
1.2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden	1.233.783,00	1.246.251,00
1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	4.021.111,25	3.187.160,25
1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	2.606.151,00	1.843.920,00
1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattung	3.081.289,00	2.735.851,00
1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	<u>15.564.182,34</u>	<u>9.424.902,69</u>
	255.662.972,42	250.464.773,58
1.3 Finanzanlagen		
1.3.1 Beteiligungen	27.041.756,56	27.041.756,56
1.3.2 Wertpapiere des Anlagevermögens	<u>25.715.765,64</u>	<u>19.214.470,34</u>
	<u>52.757.522,20</u>	<u>46.256.226,90</u>
309.040.673,62297.219.703,48

ANLAGE 6.1.2**2. Umlaufvermögen**

2.1 Vorräte

2.1.1 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren	<u>660.946,70</u>	<u>21.694,61</u>
	660.946,70	21.694,61

2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

2.2.1 Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen

2.2.1.1 Gebühren	3.836.882,14	2.021.449,92
2.2.1.2 Steuern	4.827,40	9.263,87
2.2.1.3 Forderungen aus Transferleistungen	866.299,87	1.950.912,27
2.2.1.4 Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	4.598.066,94	4.408.991,82

2.2.2 Privatrechtliche Forderungen

2.2.2.1 Privatrechtliche Forderungen gegenüber dem privaten Bereich	1.954.700,74	1.854.104,91
2.2.2.2 Privatrechtliche Forderungen gegenüber dem öffentlichen Bereich	182.215,82	744.358,29
2.2.2.3 Privatrechtliche Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0,00	744,75
2.2.2.4 Privatrechtliche Forderungen gegen Beteiligungen	479,30	61.354,00

2.2.3 Sonstige Vermögensgegenstände	<u>931.151,98</u>	<u>419.876,04</u>
-------------------------------------	-------------------	-------------------

12.374.624,19	11.471.055,87
---------------	---------------

2.3 Liquide Mittel	<u>3.360.603,57</u>	<u>196.728,88</u>
--------------------	---------------------	-------------------

.....16.396.174,4611.689.479,36
--------------------	--------------------

3. Aktive Rechnungsabgrenzung

<u>20.894.548,01</u>	<u>21.851.074,79</u>
----------------------	----------------------

<u>346.331.396,09</u>	<u>330.760.257,63</u>
-----------------------	-----------------------

ANLAGE 6.1.2

PASSIVA

	31.12.2012	31.12.2011
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
1. Eigenkapital		
1.1 Allgemeine Rücklage	37.180.821,48	35.717.049,87
1.2 Ausgleichsrücklage	3.838.765,08	6.395.706,71
1.3 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	<u>4.120.617,61</u>	<u>-3.489.276,79</u>
 45.140.204,17 38.623.479,79
2. Sonderposten		
2.1 Sonderposten für Zuwendungen	43.149.179,07	42.714.520,07
2.2 Sonstige Sonderposten	<u>1.319.631,43</u>	<u>489.717,43</u>
 44.468.810,50 43.204.237,50
3. Rückstellungen		
3.1 Pensionsrückstellungen	138.582.284,00	134.683.421,00
3.2 Rückstellungen für Deponien und Altlasten	108.207,20	143.499,78
3.3 Instandhaltungsrückstellungen	240.000,00	544.000,00
3.4 Sonstige Rückstellungen	<u>5.873.930,82</u>	<u>5.290.854,73</u>
 144.804.422,02 140.661.775,51
4. Verbindlichkeiten		
4.1 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen		
4.1.1 vom privaten Kreditmarkt	52.214.537,40	55.562.066,94
4.2 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	29.260.000,00	29.180.000,00
4.3 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	0,00	13.936,61
4.4 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	9.731.098,66	8.386.038,53
4.5 Sonstige Verbindlichkeiten	<u>10.500.814,78</u>	<u>5.213.252,45</u>
 101.706.450,84 98.355.294,53
5. Passive Rechnungsabgrenzung	<u>10.211.508,56</u>	<u>9.915.470,30</u>
	<u>346.331.396,09</u>	<u>330.760.257,63</u>

ANLAGE 6.1.3

Ergebnisrechnung

Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis des	Fortge- schriebener Ansatz des	Ist-Ergebnis des	Vergleich Ansatz
	Vorjahres	Haushaltsjahres	Haushaltsjahres	/ Ist
	EUR	EUR	EUR	EUR
	1	2	3	4
1 Steuern und ähnliche Abgaben	2.916.487,42	2.886.740,00	2.366.999,27	-519.740,73
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen	218.041.514,11	230.037.929,00	231.232.803,49	1.194.874,49
3 + Sonstige Transfererträge	5.737.774,66	3.912.850,00	6.073.473,73	2.160.623,73
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	18.917.578,75	22.524.564,00	25.664.708,89	3.140.144,89
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.716.331,11	1.230.116,00	1.459.861,74	229.745,74
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	29.154.944,87	27.724.197,00	27.958.126,25	233.929,25
7 + Sonstige ordentliche Erträge	<u>4.928.935,40</u>	<u>4.053.939,00</u>	<u>4.473.723,31</u>	<u>419.784,31</u>
8 = Ordentliche Erträge	<u>281.413.566,32</u>	<u>292.370.335,00</u>	<u>299.229.696,68</u>	<u>6.859.361,68</u>
9 - Personalaufwendungen	-50.574.810,68	-58.897.430,00	-56.910.977,62	1.986.452,38
10 - Versorgungsaufwendungen	-5.475.876,33	0,00	-4.204.562,19	-4.204.562,19
11 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-38.231.130,33	-36.188.157,00	-31.249.367,43	4.938.789,57
12 - Bilanzielle Abschreibungen	-8.212.432,98	-9.056.850,00	-8.010.584,88	1.046.265,12
13 - Transferaufwendungen	-137.356.291,02	-150.555.595,00	-150.250.378,04	305.216,96
14 - Sonstige ordentliche Aufwendungen	<u>-44.670.492,31</u>	<u>-45.638.310,00</u>	<u>-43.040.030,92</u>	<u>2.598.279,08</u>
15 = Ordentliche Aufwendungen	<u>-284.521.033,65</u>	<u>-300.336.342,00</u>	<u>-293.665.901,08</u>	<u>6.670.440,92</u>
16 = Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit	<u>-3.107.467,33</u>	<u>-7.966.007,00</u>	<u>5.563.795,60</u>	<u>13.529.802,60</u>
17 + Finanzerträge	2.831.251,95	1.611.000,00	1.688.575,41	77.575,41
18 - Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	<u>-3.213.061,41</u>	<u>-3.499.353,00</u>	<u>-3.131.753,40</u>	<u>367.599,60</u>
19 = Finanzergebnis	<u>-381.809,46</u>	<u>-1.888.353,00</u>	<u>-1.443.177,99</u>	<u>445.175,01</u>
20 = Ordentliches Ergebnis	<u>-3.489.276,79</u>	<u>-9.854.360,00</u>	<u>4.120.617,61</u>	<u>13.974.977,61</u>
21 = Außerordentliches Ergebnis	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>
22 = Jahresergebnis	<u>-3.489.276,79</u>	<u>-9.854.360,00</u>	<u>4.120.617,61</u>	<u>13.974.977,61</u>

ANLAGE 6.1.4

Finanzrechnung

Ein- und Auszahlungsarten	Ergebnis des	Fortge-	Ist-Ergebnis des	Vergleich Ansatz
	Vorjahres	schiebener	Haushaltsjahres	/ Ist
	EUR	Ansatz des	EUR	EUR
	1	Haushaltsjahres	2	3
		EUR	3	4
1 Steuern und ähnliche Abgaben	2.913.335,30	2.886.740,00	2.371.615,74	-515.124,26
2 + Zuwendungen und allgemeine Umlagen	213.375.589,71	228.335.636,00	230.178.108,69	1.842.472,69
3 + Sonstige Transfereinzahlungen	3.720.153,69	3.912.850,00	5.581.234,67	1.668.384,67
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	19.327.926,59	22.524.564,00	23.778.637,05	1.254.073,05
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.533.479,94	1.230.116,00	1.681.513,11	451.397,11
6 + Kostenerstattungen, Kostenumlagen	28.115.224,12	27.724.197,00	28.238.204,45	514.007,45
7 + Sonstige Einzahlungen	2.977.692,77	2.924.810,00	2.746.639,13	-178.170,87
8 + Zinsen und sonstige Finanzeinzahlungen	<u>2.904.761,57</u>	<u>1.611.000,00</u>	<u>1.565.806,88</u>	<u>-45.193,12</u>
9 = Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	<u>274.868.163,69</u>	<u>291.149.913,00</u>	<u>296.141.759,72</u>	<u>4.991.846,72</u>
10 - Personalauszahlungen	-42.068.456,82	-55.260.593,00	-49.874.382,57	5.386.210,43
11 - Versorgungsauszahlungen	-4.684.204,33	0,00	-5.264.820,47	-5.264.820,47
12 - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-36.490.298,16	-32.970.667,00	-32.839.577,08	131.089,92
13 - Zinsen und sonstige Finanzauszahlungen	-3.194.202,81	-3.499.353,00	-3.095.371,26	403.981,74
14 - Transferauszahlungen	-137.538.046,33	-147.917.249,00	-146.285.759,74	1.631.489,26
15 - Sonstige Auszahlungen	<u>-42.112.214,20</u>	<u>-44.053.655,00</u>	<u>-41.035.985,73</u>	<u>3.017.669,27</u>
16 = Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	<u>-266.087.422,65</u>	<u>-283.701.517,00</u>	<u>-278.395.896,85</u>	<u>5.305.620,15</u>
17 = Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit	<u>8.780.741,04</u>	<u>7.448.396,00</u>	<u>17.745.862,87</u>	<u>10.297.466,87</u>
18 + Zuwendungen für Investitionsmaßnahmen	7.496.089,37	2.677.100,00	7.340.111,81	4.663.011,81
19 + Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen	54.891,66	2.500,00	326.240,05	323.740,05
20 + Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzanlagen	0,00	0,00	2.602.800,00	2.602.800,00
21 + Sonstige Investitionseinzahlungen	<u>108,65</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>

ANLAGE 6.1.4

22	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	<u>7.551.089,68</u>	<u>2.679.600,00</u>	<u>10.269.151,86</u>	<u>7.589.551,86</u>
23	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-234.814,03	-243.000,00	-201.487,16	41.512,84
24	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-8.432.375,03	-7.376.000,00	-11.443.789,66	-4.067.789,66
25	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	-1.783.384,07	-3.616.992,00	-2.442.403,76	1.174.588,24
26	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	-4.130.000,00	0,00	-8.900.000,00	-8.900.000,00
27	-	Auszahlungen von aktivierbaren Zuwendungen	-3.766.849,00	-4.482.000,00	-1.164.059,98	3.317.940,02
28	-	Sonstige Investitionsauszahlungen	<u>-78.599,80</u>	<u>-420.534,00</u>	<u>-283.573,54</u>	<u>136.960,46</u>
29	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	<u>-18.426.021,93</u>	<u>-16.138.526,00</u>	<u>-24.435.314,10</u>	<u>-8.296.788,10</u>
30	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	<u>-10.874.932,25</u>	<u>-13.458.926,00</u>	<u>-14.166.162,24</u>	<u>-707.236,24</u>
31	=	Finanzmittelüberschuss	<u>-2.094.191,21</u>	<u>-6.010.530,00</u>	<u>3.579.700,63</u>	<u>9.590.230,63</u>
32	+	Aufnahme und Rückfluss von Darlehen	6.479.240,21	13.458.926,00	0,00	-13.458.926,00
33	+	Aufnahme von Krediten zur Liquiditätssicherung	222.071.400,00	0,00	218.085.800,00	218.085.800,00
34	-	Tilgung und Gewährung von Darlehen	-4.579.080,56	-3.482.238,00	-3.347.529,49	134.708,51
35	-	Tilgung von Krediten zur Liquiditätssicherung	<u>-222.541.400,00</u>	<u>0,00</u>	<u>-218.005.800,00</u>	<u>-218.005.800,00</u>
36	=	Saldo aus Finanzierungstätigkeit	<u>1.430.159,65</u>	<u>9.976.688,00</u>	<u>-3.267.529,49</u>	<u>-13.244.217,49</u>
37	=	Änderung des Bestandes an eigenen Finanzmitteln	<u>-664.031,56</u>	<u>3.966.158,00</u>	<u>312.171,14</u>	<u>-3.653.986,86</u>
38	+	Anfangsbestand an Finanzmitteln	283.498,28	0,00	196.728,88	196.728,88
39	+	Bestand an fremden Finanzmitteln	<u>577.262,16</u>	<u>0,00</u>	<u>-89.667,43</u>	<u>-89.667,43</u>
40	=	Liquide Mittel	<u>196.728,88</u>	<u>3.966.158,00</u>	<u>419.232,59</u>	<u>-3.546.925,41</u>

ANLAGE 6.1.5

Anhang des Oberbergischen Kreises für das Haushaltsjahr vom

1. Januar bis 31. Dezember 2012

Anhang

Erläuterungen zur Bilanz

Vorbemerkungen

Die Eröffnungsbilanz des Oberbergischen Kreises zum 01.01.2009 wurde in der mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Rechnungsprüfungsausschusses versehenen Fassung vom 28.06.2011 festgestellt. Die Jahresabschlüsse 2009 und 2010 wurden gemeinsam mit dem Jahresabschluss 2011 in die Sitzung des Kreistages am 10.10.2013 eingebracht. Die Jahresabschlüsse 2009 und 2010 wurden bereits während ihrer Aufstellung durch das Rechnungsprüfungsamt des Oberbergischen Kreises begleitend geprüft. Insbesondere die Aufstellung des ersten auf die NKF-Umstellung folgenden Jahresabschlusses erforderte dabei eine besondere Sorgfalt und einen hohen Zeitaufwand, da zahlreiche grundlegende Fragen zu beantworten und wichtige Weichen für die Folgebeschlüsse zu stellen waren. Viele Kommunen im Land NRW befinden sich mit der Erarbeitung der Jahresabschlüsse „in Verzug“.¹ In der Sitzung vom 10.10.2013 wurde auch der Entwurf des Jahresabschlusses 2011 zur abschließenden Prüfung an das Rechnungsprüfungsamt und den Rechnungsprüfungsausschuss verwiesen.

Die Prüfung des Jahresabschlusses 2011 ist mittlerweile beendet. Der Prüfungsausschuss hat in seiner Sitzung am 21.11.2013 den Jahresabschluss 2011 mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen und dem Kreistag empfohlen, dem Landrat die Entlastung zu erteilen. Der Kreistag wird nach Abschluss der Prüfung über die wesentlichen Inhalte des Prüfungsberichts unterrichtet und hat daraufhin den vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüften Jahresabschluss durch Beschluss festzustellen. Zugleich hat er über die Verwendung des Jahresüberschusses oder die Behandlung des Jahresfehlbetrages zu beschließen. Der Entwurf des Jahresabschluss 2012 wird voraussichtlich am 12.12.2013 in den Kreistag eingebracht.

Jedem Jahresabschluss ist ein Anhang mit Anlagen-, Forderungs- und Verbindlichkeitspiegel beizufügen (vgl. § 53 Abs. 1 GemHVO). Der vorliegende Anhang ist ein Dokument neben Bilanz, Ergebnis- und Finanzrechnung, sein Zweck ist eine den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende Darstellung der Vermögenslage, insbesondere durch qualitative Informationen, die in dem Zahlenwerk der Bilanz nicht direkt oder gar nicht ersichtlich sind. Die angewandten Methoden bei der Bilanzierung und Bewertung einzelner Bilanzposten werden im Anhang verständlich dargestellt und erläutert. Er enthält also die Information darüber, welche Sachverhalte in die Bilanz aufgenommen wurden und mit welchem Wert sie ausgewiesen werden. Der Anhang richtet sich damit

¹ Vgl. auch *Der Gemeindehaushalt*, S. 202.

an die Mitglieder des Kreistags, insbesondere an die Vertreter im Rechnungsprüfungsausschuss, aber auch an die Vertreter der örtlichen und überörtlichen Rechnungsprüfung.

Bei der Bewertung von Gegenständen gibt es aufgrund geänderter gesetzlicher Rahmenbedingungen ab dem Berichtsjahr 2012 eine Veränderung: Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten wertmäßig den Betrag von 410 Euro ohne Umsatzsteuer nicht übersteigen, die selbstständig genutzt werden können und einer Abnutzung unterliegen (Stichwort geringwertige Vermögensgegenstände), werden sofort als laufender Aufwand (keine Aktivierung) erfasst.

Die Abschreibungen erfolgen ansonsten bei allen Anlagegütern (sofern abschreibungspflichtig) linear und über die voraussichtliche Restnutzungsdauer. Die gewöhnliche Nutzungsdauer bzw. die üblichen Abschreibungsperioden sind in einer sog. Abschreibungstabelle hinterlegt. Im Jahr des Zu- oder Abgangs wird die Abschreibungsperiode auf volle Monate gerundet. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden außerplanmäßige Abschreibungen auf den niedrigen beizulegenden Wert vorgenommen. Soweit nachfolgend keine Änderungen im Rahmen der Erläuterung der Posten beschrieben werden, gelten diese Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden generell für das Anlagevermögen. Die Entwicklung der einzelnen Posten des Anlagevermögens zeigt der in Anlage 5 beigefügte Anlagenspiegel.

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie Waren werden, soweit die Bestände im Materialwirtschaftssystem geführt werden, mit den gleitenden Durchschnittspreisen bewertet. Die Bewertung der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sowie der flüssigen Mittel erfolgt zum Nennwert. Auf das Umlaufvermögen (insb. Forderungen) werden Abschreibungen vorgenommen, wenn sich zum Stichtag ein niedriger beizulegender Wert ergibt. Die Entwicklung der einzelnen Posten der Forderungen zeigt der in Anlage 5 beigefügte Forderungsspiegel.

Die vorgenommenen Rückstellungen beinhalten alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten auf der Grundlage vernünftiger Beurteilung. Die Verbindlichkeiten sind zum Rückzahlungsbetrag angesetzt. Im Unterschied zu den Rückstellungen steht bei Verbindlichkeiten die Höhe der Belastung eindeutig fest. Die Entwicklung der einzelnen Posten der Verbindlichkeiten zeigt der in Anlage 5 beigefügte Verbindlichkeitspiegel.

Die Erläuterung der Bilanzposten und einen Überblick über die Entwicklung erfolgt im weiteren Verlauf der Darstellung.

Inhaltsverzeichnis, 1. Teil:**Aktiva**

1	Anlagevermögen.....	1
1.1	Immaterielle Vermögensgegenstände	1
1.2	Sachanlage.....	1
1.2.1	Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	1
1.2.2	Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	2
1.2.3	Infrastrukturvermögen.....	3
1.2.4	Bauten auf fremdem Grund und Boden	4
1.2.5	Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	4
1.2.6	Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	5
1.2.7	Betriebs- und Geschäftsausstattungen	5
1.2.8	Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau.....	5
1.3	Finanzanlagen.....	6
1.3.1	Anteile an verbundenen Unternehmen	7
1.3.2	Beteiligungen	7
1.3.3	Sondervermögen.....	8
1.3.4	Wertpapiere des Anlagevermögens.....	8
2	Umlaufvermögen	9
2.1	Vorräte	9
2.1.1	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren	9
2.1.2	Geleistete Anzahlungen.....	10
2.2	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände.....	10
2.2.1	Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	10
2.2.2	Privatrechtliche Forderungen	12
2.2.3	Sonstige Vermögensgegenstände.....	12
2.3	Wertpapiere des Umlaufvermögens.....	13
2.4	Liquide Mittel	13
3	Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	14

Inhaltsverzeichnis, 2. Teil:**Passiva**

4	Eigenkapital	16
4.1	Allgemeine Rücklage	16
4.2	Sonderrücklage	17
4.3	Ausgleichsrücklage	17
4.4	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	18
5	Sonderposten	18
5.1	Sonderposten für Zuwendungen	19
5.2	Sonderposten für Beiträge	20
5.3	Sonderposten für den Gebührenaussgleich	20
5.4	Sonstige Sonderposten.....	21
6	Rückstellungen	22
6.1	Pensionsrückstellungen	22
6.2	Rückstellungen für Deponien und Altlasten	23
6.3	Instandhaltungsrückstellungen	24
6.4	Sonstige Rückstellungen.....	25
7	Verbindlichkeiten	26
7.1	Anleihen	26
7.2	Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	27
7.3	Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	28
7.4	Verbindl. aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen.....	28
7.5	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	30
7.6	Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	30
7.7	Sonstige Verbindlichkeiten	31
8	Passive Rechnungsabgrenzungsposten	32

Aktiva

1 Anlagevermögen

1.1 Immaterielle Vermögensgegenstände

Immaterielle Wirtschaftsgüter sind Rechte und Möglichkeiten mit besonderen Vorteilen, zu deren Erlangung beim *Oberbergischen Kreis* Aufwendungen entstanden und die einer Bewertung fähig sind, z.B. Konzessionen, Lizenzen, ADV-Software. Nicht entgeltlich erworbene (u. a. selbsterstellte) immaterielle Vermögensgegenstände (z. B. Kartenmaterial) dürfen nicht aktiviert werden.² Die immateriellen Vermögensgegenstände betreffen ausschließlich aktivierte ADV-Software und die zur Nutzung erforderlichen Lizenzen. ADV-Software, die über die *civitec* zur Verfügung und über eine Umlage abgerechnet wird, ist in der Bilanz nicht aktiviert. Die Bilanzwerte sind unter der Anlagenklasse *012100 Lizenzen* und unter der Anlagenklasse *013100 DV-Software* aktiviert. Die Zugänge von rd. 0,34 Mio. € betreffen im Wesentlichen den Vermögenskauf von Lizenzen und Datenverarbeitungssoftware, die Abschreibungen für diese Vermögensgegenstände belaufen sich auf rd. 0,22 Mio. €.

Stand zu Beginn des Geschäftsjahres	498.703,00 Euro
Stand am Ende des Geschäftsjahres	620.179,00 Euro

1.2 Sachanlage

1.2.1 Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Unbebaute Grundstücke sind grundsätzlich Grundstücke, auf denen sich keine benutzbaren Gebäude (oder Straßen) befinden. Der Bilanzposten ist mindestens in Grünflächen, Ackerland, Wald und Forsten sowie sonstige unbebaute Grundstücke zu untergliedern. Grund und Boden sind nicht abzuschreiben. Unter der Anlagenklasse *021100 Grünflächen Grund/Boden* wurden unbebaute Grundstücke erfasst, die weder Gebäude, Straßen, Forsten oder Ackerflächen zugeordnet werden konnten. Es handelt sich überwiegend um Vieh- und Weideland. Aufbauten auf Grünflächen (Minispielfeld, Tartanbahn, etc. an kreiseigenen Schulen) sind unter der Anlagenklasse *021200 Grünflächen Aufbauten* bilanziert. Unter der Anlagenklasse *022100 Ackerland Grund/Boden* wurden (verpachtete) Ackerflächen erfasst.

Unter der Anlagenklasse *023100 Wald, Forsten Grund/Boden* sind die im Besitz befindlichen forstwirtschaftlich genutzten Grundstücke erfasst. Der damit im Zusammenhang stehende Aufwuchs ist gemäß den Richtlinien zur Waldbewertung bewertet worden und wird unter der Anlagenklasse *023200 Wald, Forsten Aufwuchs/Aufbauten/Betriebsvorrichtungen* geführt, ebenso ist der Wert der kreiseigenen Forstschutzhütten hier aktiviert. Die Anlagenklasse *024100 Sonstige unbebaute Grundstücke* (z. B. Parkplatzflä-

² Vgl. § 43 Abs. 1 GemHVO.

chen) fungiert als Sammelposten für sonstige unbebaute Grundstücke. Gegenüber dem Vorjahr kam es durch Abschreibungen auf Betriebsvorrichtungen sowie Grunderwerb zu geringfügigen Wertveränderungen.

Stand zu Beginn des Geschäftsjahres	17.200.493,80 Euro
Stand am Ende des Geschäftsjahres	17.226.827,00 Euro

1.2.2 Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte

Die *bebauten Grundstücke* sind (nach ihrer Nutzung) für Kinder- und Jugendeinrichtungen, Schulen und Wohnbauten in der Bilanz zu gliedern, wobei die übrigen bebauten Grundstücke unter dem Sammelposten „Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude“ zu erfassen sind. Die Gebäude werden getrennt vom Bodenwert ausgewiesen. Die sog. *Nicht-Kommunal-Nutzungsorientierte-Gebäude* sind Objekte, die anderweitig genutzt werden (z.B. Wohn-, Geschäftshäuser, etc.) oder wo die kommunale Nutzung aufgegeben werden könnte. Bei *Kommunal-Nutzungsorientierten-Gebäuden* handelt es sich um Immobilien desjenigen Bereichs öffentlicher Einrichtungen, welche für die soziale und kulturelle Betreuung der Einwohner erforderlich sind, insbesondere auf dem Gebiet der Erziehung, Bildung, Kultur, Sport, Erholung, Gesundheit und Sozialwesen.

Unter der Anlagenklasse *032100 Schulen Grund/Boden* wurden die Bodenwerte der Berufskollegs und der Förderschulen erfasst. Unter der *Anlagenklasse 033100 Wohnbauten Grund/Boden* sind die zugehörigen Bodenwerte erfasst. Unter der Anlagenklasse *034100 Sonstige dienstliche Gebäude Grund/Boden* werden die Bodenwerte der Verwaltungsgebäude und von Schloss Homburg bilanziert. Unter der Anlagenklasse *032200 Schulen - Gebäude* sind die Gebäudewerte der kreiseigenen Schulen bilanziert, die einen Großteil des Wertes abbilden. Unter der Anlagenklasse *033200 Wohnbauten, Gebäude* werden Wohngebäude bilanziert. Unter der Anlagenklasse *034200 Sonstige dienstliche Gebäude* werden die Verwaltungsgebäude (z. B. Kreishaus) sowie die historischen Gebäude wie Schloss Homburg bilanziert, die ebenfalls einen erheblichen Anteil am Gesamtwert der bebauten Grundstücke ausweisen. Die Bauten auf fremden Grund und Boden werden gesondert unter Punkt 1.2.4 ausgewiesen.

Die (negative) Entwicklung im Jahresvergleich resultiert hauptsächlich aus dem planmäßigen Abschreibungsbetrag für jedes Gebäude, diese werden linear über die festgelegte Nutzungsdauer abgeschrieben. Der Gesamtbetrag der Abschreibungen für die o. g. Gebäude beträgt rd. 3,06 Mio. € im Berichtsjahr. Grundstücke werden nicht abgeschrieben. Daneben wurde außerdem das Gebäude "Nebenstelle Gesundheitsamt" in Wipperfürth zu einem Verkaufspreis von 249 T€ (unter Buchwert) verkauft. Entgegengesetzt gibt es Neuzugänge im Anlagevermögen von rd. 1,16 Mio. €, insbesondere im Zusammenhang mit der Erweiterung des Notfallzentrums bzw. dem Stabsgebäude Lockenfeld. Es wurden keine Landeszuschüsse als Sonderposten (für Gebäude) passiviert.

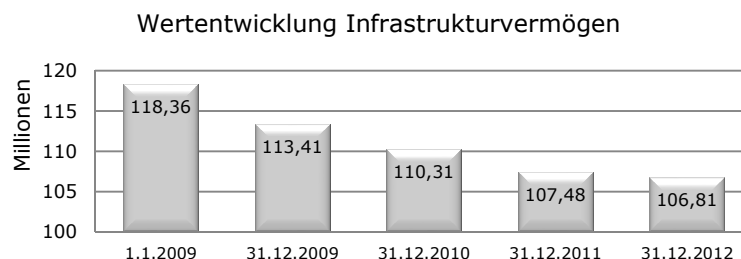
Die vorläufigen Kosten der unfertigen Baumaßnahmen werden auf das Bilanzkonto *096100 Anlagen im Bau* abgerechnet. Sobald die Arbeiten soweit abgeschlossen sind, dass

eine Nutzung möglich ist, hat die Umbuchung von Anlagen im Bau in die entsprechenden Posten des Anlagevermögens zu erfolgen.

Stand zu Beginn des Geschäftsjahres	107.350.417,07 Euro
Stand am Ende des Geschäftsjahres	105.121.230,07 Euro

1.2.3 Infrastrukturvermögen

Zum *Infrastrukturvermögen* gehören Grundstücke mit Straßen, Kanalisation und sonstige Verkehrs-, Ver- und Entsorgungseinrichtungen. Wegen der eingeschränkten Verwendungsmöglichkeit ist das Infrastrukturvermögen in der Bilanz gesondert auszuweisen. Der Grund und Boden des Infrastrukturvermögens wird in einem besonderen Bilanzposten angesetzt. Der Straßenkörper wird als einheitliches Wirtschaftsgut bilanziert. Unter der Anlagenklasse *041100 Grund und Boden des Infrastrukturvermögens* sind die Bodenwerte der kreiseigenen Straßen bilanziert. Unter der Anlagenklasse *045100 Straßen, Wege, Plätze* ist der Straßenkörperaufbau bilanziert. Die Werte für den Straßenaufbau setzen sich aus den Werten für den Straßenkörper mit wiederum getrennt ermittelten Werten für die Fahrbahnen und die Rad- und Gehwege zusammen. Die befestigten Straßenflächen sind nach Abschnitten mit unterschiedlichen Längen und Breiten sowie nach dem Zustand differenziert. Durch diese Differenzierung können unterschiedliche Restnutzungsdauern berücksichtigt werden. In der Anlagenklasse *042100 Brücken und Tunnel* sind einzelne Straßenbauwerke abgebildet.



Im Berichtsjahr wurden Investitionskosten von rd. 1,65 Mio. € als Zugang auf vorhandene bzw. fertig gestellte Anlagengütern aktiviert. Zudem wurden Kosten aus Vorjahren in Höhe von rd. 1,87 Mio. €, die in der vorangegangenen Bilanz noch als *Anlage im Bau* bilanziert wurden, auf fertig gestellte Anlagen umbucht. Insbesondere die investiven Baumaßnahmen an Abschnitten der Kreisstraße K45 (Marienheide), der K23 (Bergneustadt) und der K13 (Wipperfürth) wurden im Berichtsjahr abgeschlossen. Daneben sind die planmäßigen Abschreibung von rd. 3,80 Mio. € für den Bilanzposten von besonderer Bedeutung. Im Berichtsjahr wurde zum 01.04.2012 eine Teilstrecke der K44 zur Gemeindestraße in der Baulast der Gemeinde Marienheide abgestuft, das Vermögen reduziert sich durch diesen Vorgang um rd. 0,37 Mio. €. Abschließend wird darauf hingewiesen, dass die Landeszuschüsse 2012 (und Vorjahre) in Höhe von 1,8 Mio. € als Sonderposten passiviert wurden.

Stand zu Beginn des Geschäftsjahres	107.475.777,77 Euro
Stand am Ende des Geschäftsjahres	106.808.398,76 Euro

1.2.4 Bauten auf fremdem Grund und Boden

Dem Bilanzposten *Bauten auf fremdem Grund und Boden* sind Vermögensgegenstände zuzuordnen, die sich auf fremdem Grund und Boden befinden. Beispielhaft seien hier vier Rettungswachen genannt, welche im Besitz des Oberbergischen Kreises sind, jedoch auf fremden Grund und Boden erbaut wurden. Innerhalb der Anlagenklasse *051100 Bauten auf fremden Grund und Boden* sind die Gebäudewerte bilanziert. Die Abschreibung dieses Postens erfolgt entsprechend der Restnutzungsdauer. Historische Zuwendungen für den Bau der kreiseigenen Rettungswachen sind als Sonderposten zwischen dem Eigenkapital und den Rückstellungen passiviert. Im Berichtsjahr wurde ein Sanitärcontainer auf dem Jugendzeltplatz Lantenbach für rd. 31 T€ errichtet.

Stand zu Beginn des Geschäftsjahres	1.246.251,00 Euro
Stand am Ende des Geschäftsjahres	1.233.783,00 Euro

1.2.5 Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler

Für die Kulturpflege bedeutsame Kunstgegenstände (z. B. Kunstsammlung, Bergische Uhren, Biedermeiermöbel, Musikinstrumente) sind unter der Anlagenklasse *061100 Kunstgegenstände* bilanziert, ebenso sonstige Kunstgegenstände, Ausstellungsgegenstände und andere bewegliche Kulturobjekte, die mit einem Erinnerungswert angesetzt sind. Dauerleihgaben sind nicht erfasst. Durch die anteilige Fremdfinanzierung der Objekte wurde seinerzeit Sonderposten in entsprechender Höhe auf der Passivseite gebildet.

Dem Förderverein Schloss Homburg wurde in den 90iger Jahren ein großer Ausschnitt des Gesamtwerkes des verstorbenen Künstlers und Malers Friedrich Ritter Bömches von Boor übertragen. Im Januar 2012 hat der Förderverein mittels Schenkungsvertrag die Kunstsammlung Bömches im Wert von 822.800 € an den Kreis übereignet. Grund dieser Zuwendung ist, dass durch die Fachkräfte des Kultur- und Museumamtes des Oberbergischen Kreises eine bessere Betreuung der Kunstwerke erreicht werden kann. Daneben erfolgten Sachschenkungen (Pulverflaschen, Taschenuhren, Konvolut grafischer Blätter) im Wert von 7.400 €. Alle Sachschenkungen wurden entsprechend bilanziert, gleichzeitig wurden Sonderposten gebildet.

Unter dem Posten Kulturdenkmäler sind solche Baudenkmäler wie die Ruine Eibach oder der historische Damm bei den sog. Fischteichen Kaltenbach mit einem Erinnerungswert angesetzt.³ Kunstgegenstände werden nicht abgeschrieben.

Stand zu Beginn des Geschäftsjahres	3.187.160,25 Euro
Stand am Ende des Geschäftsjahres	4.021.111,25 Euro

³ Vgl. § 55 Abs. 4 GemHVO.

1.2.6 Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge

Zu *Maschinen und technischen Anlagen* gehören Vermögensgegenstände, die unmittelbar dem betrieblichen Leistungsprozess dienen. Hierzu gehören Krananlagen, Produktionsanlagen, Hochöfen, Arbeitsbühnen, Transformatoren, Druckreglerstationen und ähnliches. Nur im Einzelfall sind der Anlagenklasse *072100 Technische Anlagen* Anlagengüter zugeordnet worden, beispielhaft sei hier die Übungsstrecke und Schlauchwaschanlage im Brandschutzzentrum genannt.

Zu den *Fahrzeugen* (Anlagenklasse *075100*) gehören alle marktgängigen Fahrzeuge und die kommunalen Spezialfahrzeuge. Da der größte Teil des Fuhrparks geleast ist, beschränkt sich die Position auf den Teil der Fahrzeuge, die tatsächlich im Eigentum des Oberbergischen Kreises stehen. Der Großteil des Gesamtwertes entfällt auf den Bereich Rettungsdienst und Katastrophenschutz. Der Anlagenzugang von Fahrzeugen von rd. 1,2 Mio. € betrifft fast ausschließlich den Bereich Rettungsdienst (Notarzteinsatzfahrzeuge und Rettungswagen für den Patiententransport). Die Abschreibung für diesen Posten beläuft sich auf rd. 0,46 Mio. € im Berichtsjahr.

Stand zu Beginn des Geschäftsjahres	1.843.920,00 Euro
Stand am Ende des Geschäftsjahres	2.606.151,00 Euro

1.2.7 Betriebs- und Geschäftsausstattungen

Zu den *Betriebs- und Geschäftsausstattungen* gehören alle Einrichtungsgegenstände von Büros und Werkstätten, einschließlich der erforderlichen Werkzeuge, z. B. Beatmungsgeräte aus dem Bereich Rettungsdienst. Ab dem Berichtsjahr 2012 werden Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten wertmäßig den Betrag von 410 Euro ohne Umsatzsteuer nicht übersteigen, die selbstständig genutzt werden können und einer Abnutzung unterliegen, aufgrund geänderter gesetzlicher Rahmenbedingungen unmittelbar als Aufwand verbucht. Für die übrigen Gegenstände wird eine Restnutzungsdauer anhand der örtlichen Abschreibungstabelle festgelegt. Die Gegenstände dieser Anlagenklasse werden in Anlehnung an die NKF Rahmentabelle gem. der in der "Tabelle der örtlich festgelegten Nutzungsdauern von Vermögensgegenständen Oberbergischer Kreis" über die dort angegebene Nutzungsdauer abgeschrieben.

Stand zu Beginn des Geschäftsjahres	2.735.851,00 Euro
Stand am Ende des Geschäftsjahres	3.081.289,00 Euro

1.2.8 Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau

Die Position *Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau* beinhaltet geldliche Vorleistungen bzw. Anzahlungen. Anlagen im Bau bilden den Wert noch nicht fertig gestellter Sachanlagen ab. Den *Anlagen im Bau* sind alle Kosten zuzurechnen, die für die Herstellung, für die Erweiterung oder für eine über den ursprünglichen Zustand hinausgehende wesentliche Verbesserung der Gebäude und Kreisstraßen anfallen. Die

Bilanzposition dient damit der Sammlung sämtlicher Kosten, die für laufende Investitionsmaßnahmen (in das Sachanlagevermögen) anfallen. Als Anlagen im Bau sind Investitionen nur so lange anzusetzen, bis die daraus resultierenden Vermögensgegenstände bestimmungsgemäß genutzt werden können. Sobald die Arbeiten soweit abgeschlossen sind, dass eine Nutzung möglich ist, erfolgt eine Umbuchung in die entsprechenden Posten des Anlagevermögens. Ab Umbuchung beginnt die planmäßige Abschreibung der Anschaffungs- und Herstellungskosten. Für den korrekten Ausweis des Anlagevermögens in der Bilanz ist die zeitnahe Abrechnung der fertig gestellten Anlagen im Bau in das reguläre Anlagevermögen notwendig. Zum Stichtag besteht kein Abrechnungstau für bereits fertig gestellte Anlagen im Bau.

Die Entwicklung der *Anlagen im Bau* für das Berichtsjahr wird tabellarisch dargestellt:

Bezeichnung	01.01.2012 Euro	Zugang AiB Euro	Umbuchung Euro	31.12.2012 Euro
Erweiterung Brandschutzzentrum	586.659	527.372	-586.659	527.372
Erweiterung BK-Wipperfürth	0	93.600	0	93.600
Erweit. Schloss Homburg	4.119.395	2.739.533	0	6.858.927
Sanitärcontainer Jugendzeltplatz	1.425	0	-1.425	0
BK-Dieringhausen	2.327.513	4.591.359	0	6.918.872
Kassensystem SVA	25.996	0	-25.996	0
Techn. Geräte Katasteramt	14.637	0	-14.637	0
Baumaßn. Akademie f. Pflegeberufe	65.043	0	0	65.043
Planung der Kreisstraßenprojekte	236.550	94.588	-168.487	162.651
Eigenfinanz. Baumaßnahmen	25.400	0	-25.400	0
Strassenbegl. Radwege	59.640		-59.640	0
Ausbau K42, Gummeroth/Wasserf.	0	17.038	0	17.038
Beschaffung Kfz Rettungsdienst	122.077	124.516	-122.077	124.516
Ausbau K45/L306 (Ausbau)	1.618.742		-1.618.742	0
Baumaßnahmen Rettungswachen	218.495	512.997	0	731.492
Investition RW Wipperfürth	3.331	39.697	0	43.027
Investition RW Reichshof-Sinspert	0	21.644	0	21.644
Summe	9.424.903	8.762.344	-2.623.064	15.564.182

1.3 Finanzanlagen

Unter den Finanzanlagen werden *Anteile an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, Sondervermögen, Wertpapiere des Anlagevermögens* und *Ausleihungen* erfasst. Anstalten des öffentlichen Rechts und Zweckverbände gehören zu den öffentlich-rechtlichen Organisationen, die je nach Einfluss der Kommune / des Kreises wie ein verbundenes Unternehmen oder eine Beteiligung zu werten sind.

1.3.1 Anteile an verbundenen Unternehmen

Unter der Bilanzposition *Anteile an verbundenen Unternehmen* werden beim *Oberbergischen Kreis* keine Beteiligungsgesellschaften bzw. deren Anteile ausgewiesen.

1.3.2 Beteiligungen

Beteiligungen an Unternehmen sind unter der Anlagenklasse *111100 Beteiligungen* bilanziert. Die Bilanzwerte zum Beginn und zum Ende des Geschäftsjahres sind tabellarisch dargestellt, die Beträge sind auf volle Euro gerundet.

Beteiligung	01.01.2011 Euro	Zugang Euro	Abgang Euro	31.12.2011 Euro
<i>Klinikum Oberberg GmbH (47,85 %)</i>	9.568.112	0	0	9.568.112
<i>Bergischer Abfallwirtschafts- verband</i>	7.667.000	0	0	7.667.000
<i>Oberbergische Verkehrsge- sellschaft AG</i>	7.272.194	0	0	7.272.194
<i>Krankenhaus Gummersbach GmbH (6,27 %)</i>	783.602	0	0	783.602
<i>Oberbergische Aufbau GmbH</i>	682.061	0	0	682.061
<i>Krankenhaus Waldbröl GmbH (6,27 %)</i>	550.825	0	0	550.825
<i>Rheinisches Studieninstitut für kommunale Verwaltung</i>	159.536	0	0	159.536
<i>Gründer- u. Technologie- Centrum Gummersbach</i>	157.181	0	0	157.181
<i>Zweckverband Verkehrsver- bund Rhein-Sieg GmbH</i>	82.938	0	0	82.938
<i>Radio Berg GmbH & Co. KG</i>	32.211	0	0	32.211
<i>Naturarena Bergisches Land GmbH</i>	30.626	0	0	30.626
<i>CVUA Rheinland</i>	17.500	0	0	17.500
<i>Naturerlebnis Nutscheid</i>	10.000		0	10.000
<i>Das Bergische gGmbH</i>	11.250	0	0	11.250
<i>Zweckverband civitec</i>	6.545	0	0	6.545
<i>Steinmüller-Förderzentrum Gummersbach GmbH</i>	5.893	0	0	5.893
<i>Zweckverband Naturpark Bergisches Land</i>	4.281	0	0	4.281
<i>Zweckverband Kreissparkas- se Köln</i>	1	0	0	1
<i>Summe</i>	27.041.756	0	0	27.041.756

Die Trägeranteile am *Sparkassenzweckverband (Kreissparkasse Köln)* werden mit einem Erinnerungswert von 1 Euro bilanziert. Die Mitgliedschaft im sondergesetzlichen Wasserverband (*Aggerverband*) wird nicht bilanziert. In 2012 wurden keine Geschäftsanteile erworben. Im Berichtsjahr wurden auch keine Abschreibungen auf einzelne Bilanzposten dieser Anlagenklasse vorgenommen. Treten hier auch in Zukunft keine wesentlichen Veränderungen auf (Stichwort dauernde Wertminderung), müssen die Bilanzansätze nicht korrigiert werden. Unabhängig vom Jahresabschluss stellt der Oberbergische Kreis regelmäßig einen sog. Beteiligungsbericht gemäß § 117 GO auf, der zur Einsichtnahme im Internet verfügbar ist und bei der Finanzabteilung des Oberbergischen Kreises eingesehen werden kann.

Stand zu Beginn des Geschäftsjahres	27.041.756,56 Euro
Stand am Ende des Geschäftsjahres	27.041.756,56 Euro

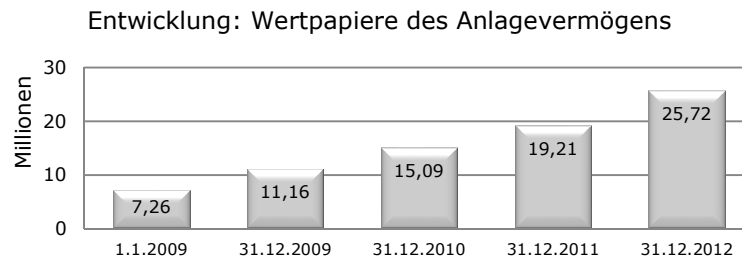
1.3.3 Sondervermögen

Unter dem Bilanzposten *Sondervermögen* sind anzusetzen: die wirtschaftlichen Unternehmen (§ 114 GO) und organisatorisch verselbstständigte Einrichtungen (§ 107 Abs. 2 GO) ohne eigene Rechtspersönlichkeit, das Vermögen der rechtlich unselbstständigen örtlichen Stiftungen, das Gemeindegliederungsvermögen und die rechtlich unselbstständigen Versorgungs- und Versicherungseinrichtungen. Unter dieser Bilanzposition wird kein Vermögen bilanziert.

1.3.4 Wertpapiere des Anlagevermögens

Zu den *Wertpapieren* gehören u. a. Obligationen, Anleihen, Pfandbriefe oder börsennotierte Wertpapiere. Die ursprünglichen Erlöse aus dem Verkauf der 52.200 RWE-Aktien von rd. 4,40 Mio. € wurden entsprechend einem Kreistagsbeschluss vom 15.03.2007 zur Bildung eines "Kapitalstocks Pensionsrücklage" angelegt. In den vergangenen Jahren erfolgten regelmäßig Zuführungen. Zu Beginn des Berichtsjahres waren rd. 16,36 Mio. € hinterlegt, im Berichtsjahr wurde die Rückzahlung eines Wertpapiers fällig und es erfolgte eine kassenwirksame Einlösung in Höhe von 2,60 Mio. €.

Der *Oberbergische Kreis* war bis Ende 2008 verpflichtet, eine sog. *Sonderrücklage für Pensionsrückstellungen* (alte kamerale Bezeichnung) zu bilden. Dieser Verpflichtung wurde mit regelmäßigen Einzahlungen in die *Versorgungsrücklage* bei der *Rheinischen Versorgungskasse* nachgekommen. Im Berichtsjahr erfolgte eine freiwillige Zuführung von 8,90 Mio. € (inkl. Wiederanlage der o. g. 2,60 Mio. €) sowie eine Aufstockung von Anteilen in Höhe von 0,20 Mio. € aufgrund von Neuregelungen zur Versorgungslastenteilungen (Wechsel von Beamten von bzw. zu einem anderen Dienstherrn). Die vollständige Abwicklung und Berechnung der Abfindungssummen wird durch die Rheinische Versorgungskasse übernommen.



Der Wert der Anteile am *Kommunalen Versorgungsrücklagen Fonds* (KVR-Fonds) wird nachrichtlich mit rd. 12,48 Mio. € hier angegeben. In der Bilanz erfolgt aber wegen gesetzlicher Vorgaben (Stichwort Realisierungsgebot) keine Zuschreibung der Wertentwicklung, hier wird vielmehr „nur“ der Nominalwert der Anteile (11,96 Mio. € berücksichtigt).

Die Entwicklung des Postens Wertpapiere wird tabellarisch dargestellt:

Wertpapiere	01.01.2012 Euro	Zugang Euro	Abgang Euro	31.12.2012 Euro
Pensionsrücklage (KSK)	16.355.800	0	2.602.800	13.753.000
Versorgungsrücklage (RVK)	2.858.670	9.104.095	0	11.962.766
Summe	19.214.470	9.104.095	2.602.800	25.715.766

2 Umlaufvermögen

Nach den Vermögensgegenständen des Anlagevermögens werden auf der Aktivseite der Bilanz die Vermögensgegenstände ausgewiesen, die dem Umlaufvermögen zuzuordnen sind.

2.1 Vorräte

Der Bilanzposten *Vorräte* umfasst die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, unfertige Erzeugnisse und unfertige Leistungen, fertige Erzeugnisse und Waren sowie geleistete Anzahlungen.

2.1.1 Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren

Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sind die Vorräte, welche unmittelbar der Produktion dienen. Sofern bereits Bestände aus Lagern abgegeben worden sind, gelten sie als verbraucht. Die Lagerhaltung spielt beim *Oberbergischen Kreis* keine große Rolle, der Kreis ist weder Betreiber einer eigenen Tankstelle mit Treibstoffen noch eines eigenen Bauhofs. Unter der Sachkonto *159100 Sonstige Vorräte* sind die klassischen Vorratsprodukte der Verwaltung (Locher, Papier, Leuchtstoffröhren, Toner, usw.) zu Marktpreisen bilanziert.

Die *Oberbergische Aufbau GmbH* ist als Treuhänder für den Kreis tätig. Die Bilanzposition Vorräte berücksichtigt erworbene Grundstücke (Gewerbegebiete, Erschließungsflächen), die von der Gesellschaft an Unternehmen zum Zweck der Ansiedlung veräußert werden, vgl. auch Ausführungen zur Bilanzposition Liquide Mittel.

Stand zu Beginn des Geschäftsjahres	21.694,61 Euro
Stand am Ende des Geschäftsjahres	660.946,70 Euro

2.1.2 Geleistete Anzahlungen

Die *geleisteten Anzahlungen* im Umlaufvermögen sind in der Verwaltung gleichfalls die Ausnahme. Zum Bilanzstichtag konnten keine Vorgänge festgestellt werden.

2.2 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Der Posten **Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände** wird insbesondere in öffentlich-rechtliche und privatrechtliche Forderungen untergliedert, unter denen wiederum unterschiedliche Forderungsarten anzusetzen und abzubilden sind. Forderungen sind grundsätzlich mit ihrem Nominalwert anzusetzen. Zweifelhafte Forderungen sollen unter Berücksichtigung der jeweiligen Umstände mit ihrem wahrscheinlichen Wert angesetzt werden. Dabei sind die Zahlungsfähigkeit und die Bereitschaft der Schuldner zu beurteilen. Die zweifelhafte Forderung wird buchhalterisch von der einwandfreien Forderung getrennt, indem die Forderung auf ein separates Forderungskonto (z. B. Sachkonto 164020) gebucht wird. Aus Wirtschaftlichkeitsgründen ist eine Nennbetragswertgrenze zur Betrachtung der Forderungen festgelegt worden. Die Korrektur der Bestände erfolgt mittels Einzel- und Pauschalwertberichtigung. Einzelwertberichtigungen werden für am Bilanzstichtag stark gefährdete Forderungen gebildet und beruhen auf einer individuellen Risikoprüfung. Der übrige Bestand der nicht einzelwertberichtigten Forderungen wurde entsprechend des Ausfallrisikos beurteilt, d. h. die Pauschalwertberichtigungen wurden entsprechend der Fälligkeit der Forderung nach Jahren und Sachkonto gestaffelt und mit realistische Erfahrungswerten bzw. Abschlägen durchgeführt. Zudem erfolgen unterjährig regelmäßig Wertberichtigungen auf der Grundlage von Niederschlagungen oder Erlass.

2.2.1 Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen

Unter dem Posten *Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen* sind unterschiedliche Forderungsarten anzusetzen und abzubilden: Gebühren, Beiträgen, Steuern, Forderungen aus Transferleistungen sowie sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen. Unter der Bilanzposition 2.2.1.1 *Gebühren* sind verschiedene Forderungen verbucht worden. Unter dem Sachkonto 161100 *Gebührenforderungen privater Bereich* sind überwiegend Forderungen aus dem Bereich Rettungsdienst, Gebühren Straßenverkehrsamt, Ordnungswidrigkeiten Straßenverkehr und Mahngebüh-

ren erfasst. Unter dem Sachkonto *161200 Gebührenforderungen öffentlicher Bereich* sind überwiegend die Forderungen aus dem Bereich Kreisvolkshochschule bilanziert worden.

Unter der Bilanzposition *2.2.1.3 Steuern* bzw. unter dem Sachkonto *163100 Steuerforderungen* sind die Forderungen im Zusammenhang mit der Jagdsteuer bilanziert. Unter der Bilanzposition *2.2.1.4 Forderungen aus Transferleistungen* sind verschiedene Forderungen verbucht worden. Typische Transferleistungen in der öffentlichen Verwaltung sind Zahlungen an private Haushalte im sozialen Bereich (Sozialhilfe, Grundsicherung, Jugendhilfe, Wohngeld, etc.) ohne den Anspruch auf eine Gegenleistung. Sie beruhen auf einseitigen Verwaltungsvorfällen – nicht auf einem Leistungsaustausch. Allerdings sind Ansprüche des *Oberbergischen Kreises* auf Rückzahlung von Transferleistungen gleichwohl unter den Forderungen aus Transferleistungen anzusetzen. Unter dem Sachkonto *164100 Forderungen aus Transferleistungen privater Bereich* sind überwiegend die Einnahmereste aus dem Bereich Erziehung in einer Tagesgruppe bilanziert. Der Restbetrag verteilt sich auf eine Vielzahl von unterschiedlichen Vorfällen, die hier nicht näher erläutert werden. Unter dem Sachkonto *164200 Forderungen aus Transferleistungen öffentlicher Bereich* sind die Forderungen aus dem Bereich Tageseinrichtungen für Kinder und dem Bereich Grundsicherung nach dem zweiten Buch Sozialgesetzbuch SGB II bilanziert.

Unter der Bilanzposition *2.2.1.5 Sonstige öffentlich-rechtlichen Forderungen* sind verschiedene Forderungen verbucht worden. Unter dem Sachkonto *165100 Sonstige öffentlich-rechtlichen Forderungen privater Bereich* sind Geschäftsvorfälle wie Kostenbeiträge der Väter oder OWiG-Bußgelder erfasst. Unter dem Sachkonto *165200 Sonstige öffentlich-rechtlichen Forderungen öffentlicher Bereich* fallen z. B. Einnahmereste aus dem Bereich Verwaltung der Grundsicherung.

Sofern an Versorgungslasten des *Oberbergischen Kreises* auch andere Dienstherren anteilig beteiligt sind (§ 107b BeamtVG), ergibt sich beim Wechsel eines Beamten gegenüber dem aufnehmenden Dienstherren eine Forderung, die unter Sachkonto *165900 Forderungen aus Erstattungsansprüchen Pensionsrückstellungen* bilanziert werden muss. Die Teilwertberechnung der beamtenrechtlichen Pensions- und Beihilfeverpflichtungen erfolgte durch die *Rheinische Versorgungskasse*. Unter dem Sachkonto *177902 Forderungen aus Elternbeiträgen TE f. Kinder* werden die Forderungen aus Elternbeiträgen für den Besuch von Tageseinrichtungen für Kinder bilanziert. Die Erhebung der Elternbeiträge wird per Satzung geregelt. Das Verfahren sieht vor, dass die Elternbeiträge durch die Kommunen eingezogen und an den Oberbergischen Kreis weitergeleitet werden. Zum Bilanzstichtag bestanden bei den Kommunen offene Forderungen gegenüber den beitragspflichtigen Eltern, die somit beim *Oberbergischen Kreis* als Forderung bilanziert werden.

Der Hauptanteil der Forderungen von 9,29 Mio. € entfällt mit rd. 3,24 Mio. € (Vorjahr 1,52 Mio. €) auf Gebühren aus dem Bereich Rettungsdienst, gefolgt von Gebühren im Zusammenhang mit fehlendem Versicherungsschutz (ca. 0,18 Mio. €).

Stand zu Beginn des Geschäftsjahres	8.390.617,88 Euro
Stand am Ende des Geschäftsjahres	9.306.076,35 Euro

2.2.2 Privatrechtliche Forderungen

Privatrechtliche Forderungen werden ebenfalls nach Debitoren unterteilt. Unter diesem Posten sind unterschiedliche Forderungsarten anzusetzen und abzubilden: Privatrechtliche Forderungen gegenüber dem privatem Bereich, gegenüber dem öffentlichen Bereich oder gegen Beteiligungen. Unter dem Sachkonto *171100 Privat-rechtliche Forderungen privater Bereich* sind beispielsweise Forderungen aus Mietverhältnissen, Teilnehmerbeiträge zu Fortbildungsveranstaltungen (z.B. Altenpflegeseminar) oder noch nicht ausgeglichene Erlöse aus dem Verkauf topographischer Karten bilanziert. Die Unterhaltsforderungen (UVG) werden entsprechend dem Bruttoprinzip ausgewiesen. Der Bruttobetrag von rd. 7,70 Mio. € wird als Forderung unter Sachkonto 177901 und 177904 bilanziert. Unter Berücksichtigung des Kreisanteils und einer Rückgriffquote von rd. 25 Prozent wird der Bruttobetrag über eine Wertberichtigung (Sachkonto 212600 PWB privatrechtliche Forderungen) berichtigt. Die korrespondierenden Verbindlichkeiten gegenüber dem Land werden auf der Passivseite der Bilanz (Sachkonto 375120) Verbindlichkeiten UVG abgebildet.

Die Gesamtsumme der Forderungen enthält noch eine Forderung über 0,11 Mio. € im Zusammenhang mit Zinserträgen, die im Dezember fällig gewesen werden, jedoch erst im Januar bei der Kreiskasse eingegangen sind. Die übrigen Forderungen werden hier nicht näher erläutert.

Stand zu Beginn des Geschäftsjahres	2.660.561,95 Euro
Stand am Ende des Geschäftsjahres	2.137.395,86 Euro

2.2.3 Sonstige Vermögensgegenstände

Ergänzend dazu sind Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, die keiner anderen Position zugeordnet werden können, unter dem Sammelposten *Sonstige Vermögensgegenstände* zu bilanzieren. Die mit 178 beginnenden Konten beinhalten durchlaufende Gelder, d.h. der Oberbergische Kreis übernimmt Auszahlungen auf fremde Rechnung, die nach einer Abrechnung mit dem Landschaftsverband Rheinland wieder erstattet werden. Die durchlaufenden Gelder stellen für den *Oberbergischen Kreis* keinen Aufwand dar, müssen aber aufgrund des vom Bilanzstichtag abweichenden Abrechnungstichtages bilanziert werden.

Hier werden beispielsweise Hilfezahlungen aus dem maschinellen Verfahren *OPEN/PROSOZ (Sozialwesen)* abgewickelt. Diese Zahlungen betreffen die Bereiche *Eingliederungshilfe für behinderte Menschen*, den Bereich *Hilfe zum Lebensunterhalt* und den Bereich *Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung*. Auf der Seite der Verbindlichkeiten finden sich die entsprechenden Gegenpositionen.

In Ausnahmefällen kann es sein, dass ein Debitorenkonto einen negativen Saldo aufweist (Habensaldo), d.h. der Oberbergische Kreis schuldet Geld zum Bilanzstichtag, der Geschäftspartner wird dann als *kreditorischer Debitor* bezeichnet. Gleichfalls kann durch Anzahlungen oder Gutschriften ein Kreditorenkonto einen Sollsaldo aufweisen. In diesem

Fall spricht man von *debitorischen Kreditoren*. Im Rahmen der Abschlussarbeiten zu Debitoren und Kreditoren sind sog. Umgliederungen erforderlich. Zur Durchführung wurden die umzugliedernden Beträge pro Forderungs- bzw. Verbindlichkeitskonto ermittelt. Im Anschluss wurden die Beträge umgebucht. Durch die Umbuchung werden die Beträge der debitorischen Kreditoren unter den sonstigen Vermögensgegenstände ausgewiesen.

Stand zu Beginn des Geschäftsjahres	419.876,04 Euro
Stand am Ende des Geschäftsjahres	931.151,98 Euro

2.3 Wertpapiere des Umlaufvermögens

Unter den Bilanzposten *Wertpapiere des Umlaufvermögens* gehören nur Wertpapiere mit einem geplanten Verbleib von weniger als einem Jahr. Unter der Bilanzposition *Sonstige Ausleihungen* (Sachkonto 145100) wurden in der Vergangenheit die Mitgliedschaften in den Wohnungsbaugenossenschaften bilanziert, welche bereits 2007 gekündigt worden sind. Aufgrund der langen Kündigungsfristen im Genossenschaftsrecht konnten nicht alle Kleinstbeteiligungen zeitnah zur Kündigung abgewickelt werden. Die Genossenschaftseinlagen wurden mit dem nominellen Betrag ihrer Einlage (entspricht Rückzahlungsbetrag) bilanziert, die verbleibenden Einlagen wurden bis 2010 komplett zurückgezahlt.

2.4 Liquide Mittel

Unter dem Posten *liquide Mittel* sind alle Mittel in Form von Bar- oder Buchgeld, z.B. Handkassen und Bankguthaben bei Kreditinstituten, die jederzeit disponibel sind, anzusetzen. Auch Festgelder gehören zu den liquiden Mitteln, wenn sie jederzeit ggf. gegen Zinsabschläge verfügbar sind.⁴ Die auszuweisenden liquiden Mittel wurden stichtagsgenau von der Kasse erfasst. Insgesamt müssen alle Kassenbestände durch Tagesabschlüsse belegt werden, die durch die einzelnen Kontostände bzw. Kontoauszüge abgesichert werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass der in der Bilanz ausgewiesene Bestand nicht mit dem Bestand der Finanzrechnung identisch ist. Verantwortlich dafür ist ein Schwebeposten in Höhe von 780.602,17 €, der in der Bilanz auf der Passivseite unter den sonstigen Verbindlichkeiten ausgewiesen wird. Es handelt sich um einen Zahllauf, der im internen SAP-System am 27.12.2012 verbucht wurde, der aber auf dem Konto der Kreissparkasse erst am 02.01.2013 belastet wurde. Verrechnet man den Bilanzwert von 1.199.834,76 € mit dem o. g. Schwebeposten, dann ergibt sich der in der Finanzrechnung ausgewiesene Betrag von 419.232,59 €.

Der Oberbergische Kreis hat in den 80iger Jahren rd. 2 Mio. DM an die Oberbergische Aufbau GmbH (OAG) gezahlt. Dieser Betrag hatte im kameraleen Rechnungswesen den Charakter eines (verlorenen) Zuschusses zum Aufbau der Gesellschaft und wurde im kameraleen Jahresabschluss des Kreises als Vermögen nicht ausgewiesen. Der Status des

⁴ vgl. Kommentar, GPA NRW, 2005, § 41, S. 13

Kreises als Treugeber wurde in der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 nicht berücksichtigt. Eine beauftragte Wirtschaftsprüfungsgesellschaft hat zum Stichtag 31.12.2012 ein Treuhandvermögen von 2,797 Mio. € festgestellt. Davon werden 636.236,67 € als Grundstücke im Umlaufvermögen und 2.160.768,81 € unter der Bilanzposition liquide Mittel aufgewiesen, vgl. auch Ausführungen in der NKF-Handreichung, 5. Auflage, Seite 1891. Damit erfolgt zum 31.12.2012 eine Berichtigung des Wertansatzes nach Feststellung der Eröffnungsbilanz gemäß § 57 GemHVO in Verbindung mit § 75 III GO. Die Wertänderung wurde ergebnisneutral mit der allgemeinen Rücklage (Anteil 2/3) und der Ausgleichsrücklage (Anteil 1/3) verrechnet. Mit der Bilanzierung in der Bilanz des Treugebers wird die Herausgabeverpflichtung des Treuhandvermögens verdeutlicht, insbesondere sind nicht verbrauchte Finanzierungsmittel an den Kreis zurückzuzahlen. Unveräußerliche gebliebene Grundstücke sind mit Beendigung des Auftragsverhältnisses dem Kreis zu Eigentum zu übertragen.

Stand zu Beginn des Geschäftsjahres	196.728,88 Euro
Stand am Ende des Geschäftsjahres	3.360.603,57 Euro

3 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Als *aktive Rechnungsabgrenzungsposten (A-RAP)* sind vor dem Bilanzstichtag geleistete Ausgaben, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen, anzusetzen.⁵ Rechnungsabgrenzungsposten sind damit bilanztechnische Posten zur Periodenabgrenzung. Der Bilanzposten "A-RAP Allgemein" von rd. 8,11 Mio. € unter Sachkonto 199100 Sonstige aktive RAP zum Stichtag bezieht sich auf diverse Vorauszahlungen (Zahlung vor 31.12., aber erst Aufwand des Folgejahres): z. B. Anmietung von Rettungswachen, Vorauszahlungen der Sozialhilfe (2,81 Mio. €), Abbuchungen der Bundesagentur für Arbeit (2,34 Mio. €), Zuschüsse an Träger von Kindergärten und ähnlichen Einrichtungen (2,46 Mio. €) oder die Beamtenbesoldung Januar (1,25 Mio. €). Der Aufwand wurde im Wege der Rechnungsabgrenzung dem nachfolgenden Haushaltsjahr zugeordnet.

Ergänzt wird der Bilanzposten um geleistete Zuwendungen zur Investitionstätigkeit, die in der Bilanz unter dem Posten *Aktive Rechnungsabgrenzung* zu aktivieren und durch eine periodengerechte Abgrenzung im Zeitablauf entsprechend der Erfüllung der Gegenleistungsverpflichtung zu mindern sind, wenn dem Zuwendungsempfänger eine Verpflichtung in sachlicher und zeitlicher Hinsicht (mehrjährige Gegenleistungsverpflichtung des Dritten) auferlegt wird. Indes wurden mit der Eröffnungsbilanz auch zurückliegende Zuwendungen (zur Investitionstätigkeit) abhängig von ihrem Charakter und ihrer Zwecksetzung bilanziert.⁶

Der *Oberbergische Kreis* hat in den 90er Jahren Landesmittel für die Beschaffung von Linienomnibussen an heimische Verkehrsunternehmen weitergeleitet. Es handelt sich um Mittel, die dem Land NW nach dem Regionalisierungsgesetzes des Bundes jährlich zur Verfügung gestellt worden sind. Der Sachverhalt wird unter Sachkonto *199901 A-RAP*

⁵ vgl. § 42 Abs. 1 GemHVO

⁶ vgl. Handreichung, IM NRW, 3. Auflage, S. 693ff.; vgl. § 43 Abs. 2 GemHVO

ÖPNV abgebildet. In nahezu gleicher Höhe gibt es einen passiven Rechnungsabgrenzungsposten.

Der *Oberbergische Kreis* hat zudem Investitionskostenzuschüsse für den Bau und die Einrichtung von Kindergärten an kommunale und freie Träger geleistet. Der Sachverhalt wird unter Sachkonto *199902 A-RAP KITA* abgebildet. Auf der Passivseite der Bilanz gibt es einen weiteren Rechnungsabgrenzungsposten, welcher die Landeszuschüsse abbildet. Die genannten Rechnungsabgrenzungsposten "P-RAP ÖPNV" und "P-RAP KITA" sind in der unten aufgeführten Tabelle mit dem Hinweis "Altdaten" versehen worden, es handelt sich um Vorgänge "aus der Zeit vor NKF" (vor 2009). Beide Abgrenzungsposten werden kontinuierlich ausgebucht.

Als Rechnungsabgrenzungsposten werden seit 2009 die geleisteten Zuwendungen im Rahmen des sog. U3-Ausbaus unter Sachkonto *199903 U3 Ausbau* abgewickelt. Der Bund bzw. das Land fördern Investitionen in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege zum Ausbau von Betreuungsplätzen für Kinder unter drei Jahren. Diese Mittel werden vom Oberbergischen Kreis mit einem Eigenanteil an die Träger weitergeleitet. Die Zuwendungsbescheide sind mit einer mehrjährigen, einklagbaren Gegenleistungsverpflichtung verbunden und enthalten sowohl eine Zweckbindung als auch eine Zweckbindungsfrist. Die Vermögensposition ist entsprechend der Erfüllung durch die Träger der Tageseinrichtungen zeitbezogen aufzulösen. Die Zuwendungsgewährung im Berichtsjahr wird aktiviert und anschließend entsprechend der Erfüllung bzw. der Zweckbindungsfrist aufwandswirksam aufgelöst. Die damit in Verbindung stehenden Landeszuschüsse werden analog auf der Passivseite der Bilanz als passiver Rechnungsabgrenzungsposten berücksichtigt.

Im Jahr 2011 hat sich der Oberbergische Kreis mit rd. 0,30 Mio. € an der Sanierung des *Walter-Leo-Schmitz-Hallenbades* in Wipperfürth beteiligt. Aufgrund der Nutzungsvereinbarung wurde der Betrag als Rechnungsabgrenzungsposten bilanziert.

Wegen der besonderen Bedeutung wird die Entwicklung des Postens *Aktive Rechnungsabgrenzungsposten* tabellarisch dargestellt:

<i>A-RAP</i>	31.12.2010 Euro	31.12.2011 Euro	31.12.2012 Euro
A-RAP Allgemein	9.347.355,61	9.289.437,38	8.114.257,57
A-RAP ÖPNV (Altdaten)	2.107.056,00	1.548.307,00	1.075.161,00
A-RAP KiTa (Altdaten)	4.623.439,00	4.251.896,00	3.881.723,00
A-RAP U3-Ausbau	2.896.905,00	6.469.791,00	7.546.719,10
A-RAP WLS Bad W'fürth	0,00	291.643,41	276.687,34
Summe	18.974.755,61	21.851.074,79	20.894.548,01

Passiva

4 Eigenkapital

Das *Eigenkapital* ist die Differenz zwischen dem Vermögen (Aktiva) und den Schulden (Rückstellungen, Verbindlichkeiten). Das Eigenkapital ist in die Positionen *Allgemeine Rücklage, Sonderrücklagen, Ausgleichsrücklage* und *Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag* zu gliedern.

4.1 Allgemeine Rücklage

Der Wert der *allgemeinen Rücklage* ergibt sich aus der Differenz der Aktivposten und der übrigen Passivposten einschließlich der Sonderrücklagen und hängt somit in der Höhe von der Bewertung der anderen Bilanzposten ab. Mit der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2009 wurde die Höhe des Eigenkapitals von rd. 54,66 Mio. Euro festgestellt. Das entsprach einer Eigenkapitalquote von rd. 18 Prozent (bezogen auf die Bilanzsumme). Zwei Drittel des gesamten Eigenkapitals (rd. 36,44 Mio. Euro) wurden unter der Position 201100 *Allgemeine Rücklage* ausgewiesen, ein Drittel (rd. 18,22 Mio. Euro) unter der Position 204100 *Ausgleichsrücklage*.

Das gesamte Eigenkapital am Ende des Berichtsjahres beläuft sich auf rd. 45,14 Mio. € (Vorjahr: 38,62 Mio. €). Das entspricht einer Eigenkapitalquote von 13 Prozent. Die Höhe der allgemeinen Rücklage am Ende des Berichtsjahres beträgt 37,18 Mio. €. In 2009 und 2012 wurden Berichtigungen von Wertansätzen nach Feststellung der Eröffnungsbilanz (§ 57 GemHVO, § 75 GO) berücksichtigt. Zudem sind seit 2012 Erträge und Aufwendungen aus dem Abgang und der Veräußerung von Vermögensgegenständen nach § 90 GO unmittelbar mit der allgemeinen Rücklage zu verrechnen (§ 43 Abs. 3 GemHVO). Die Korrektur von rd. 1,86 Mio. € berücksichtigt die Bilanzierung des Treuhandvermögens, siehe Erläuterungen zur Position liquide Mittel. Die Korrektur über 0,4 Mio. € berücksichtigt insbesondere die Umstufung der Kreisstraße K44 zur Gemeindestraße, siehe Erläuterungen zur Position Infrastrukturvermögen.

Die Entwicklung der Allgemeinen Rücklage wird unten tabellarisch dargestellt.

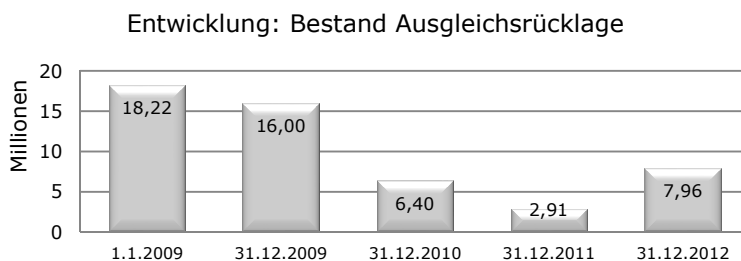
Entwicklung: Allgemeine Rücklage	Bilanzwert Euro
31.12.2008 / 01.01.2009 (Eröffnungsbilanz)	36.439.111,78
Korrektur 2009 (§ 57 GemHVO, § 75 GO)	- 722.061,91
Korrektur 2012 (§ 57 GemHVO, § 75 GO)	1.864.670,32
Korrektur 2012 (§ 43 GemHVO, § 91 GO)	-400.898,71
31.12.2012	37.180.821,48

4.2 Sonderrücklage

Im NKF sind zwei Arten von *Sonderrücklagen* bestimmt worden: die *Deckungsrücklage* und die *Zuwendungsrücklage*. Will der Kreistag eine investive Finanzierung in Folgejahren aus *Gewinnen von Vorjahren* sichern, dann muss ein entsprechender Geldbetrag (Finanzanlagen) auf der Aktivseite der Bilanz dieser *Deckungsrücklage* (vgl. § 43 III GemHVO) gegenüberstehen. Die Übertragung dieser Ermächtigungen wird bilanztechnisch durch Bildung einer zweckgebundenen *Deckungsrücklage* und deren spätere Inanspruchnahme bzw. Auflösung abgewickelt. Erhaltene Zuwendungen für die Anschaffung oder Herstellung von Vermögensgegenständen, deren ertragswirksame Auflösung durch den Zuwendungsgeber (in der Regel das Land NRW) ausgeschlossen wurde, sind in Höhe des noch nicht aktivierten Anteils der Vermögensgegenstände in einer *Zuwendungsrücklage* zu passivieren (vgl. § 43 IV GemHVO). Bei allen bekannten Zuweisungen und Investitionspauschalen (mit oder ohne Zweckbestimmung) ist bisher vom Land als Zuwendungsgeber keine ertragswirksame Auflösung ausgeschlossen worden. Eine Sonderrücklage wird zum Ende des Berichtsjahrs nicht ausgewiesen.

4.3 Ausgleichsrücklage

Gemäß § 75 Abs. 3 GO ist in der Bilanz zusätzlich zur allgemeinen Rücklage als gesonderter Posten des Eigenkapitals eine Ausgleichsrücklage anzusetzen. Die *Ausgleichsrücklage* ist ein bei der Eröffnungsbilanzierung von der Allgemeinen Rücklage buchungstechnisch abgetrennter Teil, der im Rahmen des Haushaltsausgleichs die Funktion eines *Puffers* für Schwankungen des Jahresergebnisses hat. Sie darf zum Ausgleich von Fehlbeträgen eingesetzt werden und maximal *ein Drittel des bei der Eröffnungsbilanz* festgestellten Eigenkapitals betragen. Mit Aufstellung der Eröffnungsbilanz zum 1.1.2009 wurde ein Wert in Höhe von rd. 18,22 Mio. Euro festgestellt. Die Ausgleichsrücklage, die als Teil des in der Eröffnungsbilanz ausgewiesenen Eigenkapitals zum Haushaltsausgleich eingesetzt werden kann, bietet allerdings nur einen scheinbaren Finanzausgleich. Der Mangel dieser Ausgleichsrücklage besteht darin, dass ihr nicht ausreichend liquide Mittel gegenüber stehen bzw. sie nur sehr begrenzt tatsächlich verwertbares Vermögen repräsentiert.



In 2009 und 2012 wurden Berichtigungen (ca. 0,57 Mio. €) von Wertansätzen nach Feststellung der Eröffnungsbilanz (§ 57 GemHVO, § 75 GO) berücksichtigt. In der Bilanz wird zum Stichtag ein Wert rd. 18,79 Mio. € ausgewiesen. Ein Jahresfehlbetrag der Ergebnisrechnung ist (vorrangig) mit der Ausgleichsrücklage zu verrechnen. Dem Kreistag muss grundsätzlich die Bilanz ohne eine vorherige Verwendung des erzielten Jahresergebnisses vorgelegt werden, denn er hat über die Verwendung des Überschusses oder des Fehlbetrages zu beschließen (§ 96 GO, § 41 GemHVO). Die kumulierten

Verluste aus Vorjahren belaufen sich auf 14,95 Mio. €, das positive Jahresergebnis im Berichtsjahr beträgt 4,12 Mio. €. Die tatsächliche Höhe der Ausgleichsrücklage unter Berücksichtigung der genannten Zahlen beträgt damit 7,96 Mio. € zum Ende des Berichtsjahres.

Wegen der besonderen Bedeutung der Ausgleichsrücklage wird die Entwicklung tabellarisch dargestellt.

Entwicklung: Ausgleichsrücklage	Bilanzwert Euro
31.12.2008 / 01.01.2009 (Eröffnungsbilanz)	18.219.555,89
Zugang / Abgang 2009	- 361.030,96
Zugang / Abgang 2012	932.335,16
1.3 Ausgleichsrücklage zum 31.12.2012	18.790.860,09
Ergebnis 2009	- 1.858.731,20
Ergebnis 2010	- 9.604.087,02
Ergebnis 2011	- 3.489.276,79
Ergebnis 2012	4.120.617,61
Bestand Ausgleichsrücklage zum 31.12.2012	7.959.382,69

4.4 Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag

Die Position *Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag* wurde in der Eröffnungsbilanz mit Null Euro aktiviert. Von den Fehlbeträgen des Verwaltungshaushaltes aus Vorjahren (vor 2009) kann sich der Oberbergische Kreis nur scheinbar befreien, denn die Verbindlichkeiten der Vergangenheit sind bereits mit der logischen Sekunde der Umstellung auf NKF über die Position der kurz- und langfristigen Verbindlichkeiten bilanziert worden. Der Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag aus dem NKF-Haushaltsjahr ist eine „erwirtschaftete Größe“, die sich aus den Aufwendungen und Erträgen ergibt. Dieser wird mit dem Bilanzposten Eigenkapital verrechnet bzw. wird zunächst in der Bilanz unterhalb der Position Ausgleichsrücklage getrennt ausgewiesen.

Das Berichtsjahr 2012 schließt mit einem positiven Jahresergebnis von +4,12 Mio. € (Vorjahr: Verlust rd. 3,49 Mio. €). Das gesamte Eigenkapital am Ende des Berichtsjahres beläuft sich auf 45,14 Mio. € (Vorjahr: 38,62 Mio. €). Das entspricht einer Eigenkapitalquote von 13 Prozent (Vorjahr: 12 Prozent).

5 Sonderposten

Den *Sonderposten* kommt durch ihre ertragswirksame Auflösung eine erhebliche Bedeutung für die Ergebnisrechnung zu. Hierbei stellen sich in erster Linie Fragen ihrer Erfassung, Zuordnung, Bewertung und Auflösung. Als Sonderposten werden Zuwendungen und Beiträge passiviert, die im Rahmen einer Zweckbindung für investive Maßnahmen bewilligt bzw. gezahlt werden und von der Gemeinde nicht frei verwendet werden

dürfen.⁷ Der Sonderposten wird regelmäßig über die Nutzungsdauer des zuwendungsfinanzierten Gegenstandes erfolgswirksam aufgelöst. Auch die entstandenen Jahresüberschüsse der kostenrechnenden Einrichtungen, die nach § 6 KAG in die nächste Gebührenkalkulation einzustellen sind, sind als Sonderposten „für den Gebührenaussgleich“ anzusetzen.⁸ Bei der Bildung von Sonderposten ist es unter dem Gesichtspunkt der Wesentlichkeit vertretbar, Schwerpunkte zu setzen. Die Position Sonderposten ist mindestens in die Posten: a) Sonderposten für Zuwendungen, b) Sonderposten für Beiträge, c) Sonderposten für den Gebührenaussgleich und d) sonstige Sonderposten zu gliedern.

5.1 Sonderposten für Zuwendungen

Sonderposten für Zuwendungen sind erhaltene Zuwendungen, die im Rahmen einer Zweckbindung für investive Maßnahmen vom Zuwendungsgeber bewilligt bzw. gezahlt werden und nicht frei verwendet werden dürfen. Die Zuwendungen werden hauptsächlich für die Anschaffung/Herstellung von Gegenständen des Anlagevermögens gewährt. Diese Sonderposten werden über die Restnutzungsdauer des zuwendungsfinanzierten Gegenstandes aufgelöst. Beispielsweise wird der Straßenbau durch Landesmittel gefördert. Die übrigen Sonderposten betreffen Zuweisungen aus Schulbauförderungsmitteln oder für den Bau der kreiseigenen Rettungswachen. Das Land zahlt neben den Einzelförderungen auch pauschale Zuweisungen für Investitionen, d. h. die Zuweisung wird nicht mit der Anschaffung bestimmter Vermögensgegenstände verknüpft. Diese sind insbesondere die Investitionspauschale und die Schulpauschale. Die Schulpauschale wird dem konsumtiven Bereich zugeordnet. Die Zuordnung der Investitionspauschale zu kleinteiligen Vermögensgegenständen ist nicht sinnvoll. Sinnvollerweise erfolgte hier eine Zuordnung zum Straßenvermögen oder zu Gebäuden. Schlüsselzuweisungen nach dem GFG werden unmittelbar ergebniswirksam vereinnahmt, ein Ansatz als Sonderposten für frühere Zahlungen ist nicht zulässig.

Zur pauschalen Förderung investiver Maßnahmen hat das Land NRW im Berichtsjahr eine *Investitionspauschale* von rd. 0,74 Mio. € (Vorjahr 0,69 Mio. €) an den Kreis ausgezahlt. *Der Betrag* wurde zunächst unter dem Bilanzposten *Sonstige Verbindlichkeiten* (SK 374340 Verbindlichkeiten aus Investitionspauschale) bilanziert. Damit ist grundsätzlich sichergestellt, dass die Mittel bis zu deren Verwendung in der Bilanz ausgewiesen werden, bevor eine Passivierung als Sonderposten zur Anlage vorgenommen werden kann.

Im Rahmen des Jahresabschlusses erfolgte eine Umbuchung (rd. 32 T€) auf Sonderposten im Zusammenhang mit der Aktivierung des Sanitäranlagen Jugendzeltplatz, vgl. Abschnitt Bauten auf fremden Grund und Boden. Die Maßnahme wurde damit indirekt bezuschusst und das Sonderpostenkonto wird analog zur Abschreibung der Anlage aufgelöst. Es verbleibt ein Restbetrag der Investitionspauschale in Höhe von 1,30 Mio. € auf dem Sachkonto 374340 (Verbindlichkeiten aus Investitionspauschale).

⁷ vgl. § 43 Abs. 5 GemHVO

⁸ vgl. § 43 Abs. 6 GemHVO

Gleiches gilt für die Landeszuschüsse zur Baumaßnahme auf Schloss Homburg sowie Zuwendungen im Straßenbau. Diese Mittel werden allerdings unter dem Sachkonto 374220 (Verbindlichkeiten aus Zuweisungen vom Land) passiviert. Insbesondere die investiven Baumaßnahmen an Abschnitten der Kreisstraße K45 (Marienheide), der K23 (Bergneustadt) und der K13 (Wipperfürth) wurden im Berichtsjahr abgeschlossen. Hier wurden Sonderposten von rd. 1,8 Mio. € gebildet.

Wegen der besonderen Bedeutung der bilanztechnischen Abwicklung von zweckgebundenen Zuwendungen (auch für die Folgejahre) werden diese Vorgänge nachfolgend aufgelistet. In Spalte 3 sind die Ist-Einnahmen für das Berichtsjahr abbildet, in Spalte 4 und 5 die anteilige Zuordnung zu den Sonderposten und/oder den Verbindlichkeiten:

Einnahme / Zuwendung	01.01.2012	Zugang 2012	Umbuchung SoPo	31.12.2012
Investitionspauschale	600.000	735.600	32.317	1.303.283
Schloss Homburg	1.788.000	4.696.000	0	6.484.000
Feuerschutz	0	13.180	13.180	0
LZ Großschadensereignisse	0	30.000	0	30.000
KJP 2 AGEWIS	65.043	0	0	65.043
Kreisstraße K23/Bahnstr.	0	169.457	169.457	0
Kreisstrasse K45/L306	964.200	219.200	1.183.400	0
Kreisstraße K13	46.800	398.000	444.800	0
Ausbau K42 Wasserfuhr	0	26.600	0	26.600
Diverse (BGA, etc.)	0	18.051	18.051	0

Insbesondere durch die Passivierung der Landeszuschüsse im Zusammenhang mit dem Straßenbau erhöht sich der Sonderposten im Berichtsjahr.

Stand zu Beginn des Geschäftsjahres	42.714.520,07 Euro
Stand am Ende des Geschäftsjahres	43.149.179,07 Euro

5.2 Sonderposten für Beiträge

Sonderposten für Beiträge sind beim Oberbergischen Kreis nicht vorhanden. Beispielsweise dienen solche Einnahmen theoretisch der Mitfinanzierung des Straßenbaus, Erschließungsbeiträge oder Beiträge nach § 8 KAG.⁹

5.3 Sonderposten für den Gebührenaussgleich

Sonderposten für den Gebührenaussgleich sind nach § 43 VI GemHVO für Kostenüberdeckungen der kostenrechnenden Einrichtungen, die am Ende des Kalkulationszeitraumes in den folgenden vier Jahren nach § 6 KAG ausgeglichen werden müssen, einzustellen. Echte Kostenüberdeckungen müssen in der Bilanz ausgewiesen werden, da diese den

⁹ vgl. Handreichung, IM NRW, 3. Auflage, S. 703

Charakter von Verbindlichkeiten gegenüber dem Gebührenzahler haben. Kostenunterdeckungen dürfen dagegen nicht in der Bilanz angesetzt werden.

Für den Oberbergischen Kreis ist der Rettungsdienst als kostenrechnende Einrichtung von Bedeutung. Für den Zeitraum 2009 bis 2010 wurde ein kumulierter Verlust von 2,741 Mio. € festgestellt. Die Ergebnisse aus dem Teilergebnisplan Rettungsdienst wurden in 2009 und 2010 mit einem Sonderposten¹⁰ (d.h. Überdeckung aus Vorjahren) in Höhe von 2,268 Mio. Euro verrechnet. Für das Berichtsjahr 2011 wurde für den Rettungsdienst ein Ergebnis der Gebührenkalkulation (d.h. incl. kalkulatorischer Kosten) von rd. -3,105 Mio. € festgestellt. Einschließlich der Unterdeckung aus den Vorjahren ergibt sich zum Ende des Berichtsjahres 2011 eine Unterdeckung von rd. 3,578 Mio. €, die in den Folgejahren ausgeglichen wird.

Für das Berichtsjahr 2012 wird eine Überdeckung von 2,347 Mio. € festgestellt. Die Unterdeckung zum Ende des Berichtsjahres 2012 reduziert sich damit auf rd. 1,23 Mio. €.

Stand zu Beginn des Geschäftsjahres	0,00 Euro
Stand am Ende des Geschäftsjahres	0,00 Euro

5.4 Sonstige Sonderposten

Sonstige Sonderposten sind für Vermögensgegenstände zu bilden, soweit hier Zuweisungen geflossen sind. Unter diesem Bilanzposten werden alle sonstigen dem Oberbergischen Kreis von Dritten gewährte Leistungen erfasst, bei denen die Voraussetzungen für die Bildung eines Sonderpostens vorliegen (z.B. Schenkungen).

Die Sonderposten wurden im Zusammenhang mit der Kunstsammlung des Oberbergischen Kreises sowie für Schenkungen aus dem Bereich historische Kunstsammlung Schloss Homburg gebildet, vgl. dazu auch die Ausführungen im Textteil Kunstgegenstände. Daneben gibt z. B. ein Sonderposten für ein sog. Kleinspielfeld (am Berufskolleg Dieringhausen), welches von Dritten mitfinanziert worden ist. Die Sonderposten für Kunstgegenstände werden anlog zum Anlagevermögen nicht aufgelöst. Der jeweilige Auslösungszeitraum der übrigen Sonderposten orientiert sich am Abschreibungszeitraum der damit bezuschussten Anlage.

Im Berichtsjahr gibt es einen Anstieg des Bilanzpostens von rd. 0,9 Mio. €, da u. a. mittels eines Schenkungsvertrages die Kunstsammlung von Bömches übereignet wurde, vgl. dazu die Ausführungen im Textteil Kunstgegenstände.

Stand zu Beginn des Geschäftsjahres	489.717,43 Euro
Stand am Ende des Geschäftsjahres	1.319.631,43 Euro

¹⁰ Vgl. Sachkonto 233400 Sonderposten für Gebührenaussgleich Rettungsdienst.

6 Rückstellungen

Nach § 88 GO sind für dem Grunde oder der Höhe nach ungewisse Verbindlichkeiten, für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften oder laufenden Verfahren oder für bestimmte Aufwendungen *Rückstellungen* in angemessener Höhe zu bilden. Unter welchen Voraussetzungen im Einzelnen Rückstellungen zu bilden sind, regelt § 36 GemHVO. Folgende Kriterien gelten grundsätzlich für die Bildung von Rückstellungen beim *Oberbergischen Kreis*: Die Verpflichtungen müssen dem Grunde oder der Höhe nach zum Abschlussstichtag noch nicht genau bekannt sein. Es muss eine Verbindlichkeit bestehen oder wahrscheinlich künftig entstehen. Die zukünftige Inanspruchnahme wird voraussichtlich tatsächlich erfolgen. Die wirtschaftliche Ursache der Verbindlichkeit muss vor dem Abschlussstichtag liegen. Der zu leistende Betrag ist nicht geringfügig. Die Geringfügigkeitsgrenze für den *Oberbergischen Kreis* liegt in Anlehnung an die Haushaltssatzung (vgl. Einzelausweis von Investitionsmaßnahmen) bei 50.000 Euro.

Nach der derzeitigen Rechtslage dürfen Rückstellungen mit Ausnahme der Pensionsrückstellungen nicht abgezinst werden.¹¹ Bei der Ermittlung der Pensionsrückstellungen wurde der Berechnung ein Rechnungszins von fünf Prozent zu Grund gelegt. Die übrigen Rückstellungen (z. B. längerfristige Umweltschutzmaßnahmen) wurden nicht abgezinst. Rückstellungen werden, wie Schulden allgemein, zu ihrem (voraussichtlichem) Erfüllungsbetrag angesetzt. Hier wird vom *Oberbergischen Kreis* insbesondere der Grundsatz der Vorsicht berücksichtigt, aber nicht überbetont. Gleichzeitig wird jede Information einbezogen, die für die Rückstellungsbewertung geeignet erscheint. Anhand der vorliegenden (unsicheren) Datenstruktur wird im Einzelfall ein Wert ermittelt, der der künftigen (voraussichtlichen) Verpflichtung entspricht. Wegen der besonderen Bedeutung wurde am Ende des Abschnitts ein Rückstellungsspiegel eingefügt.

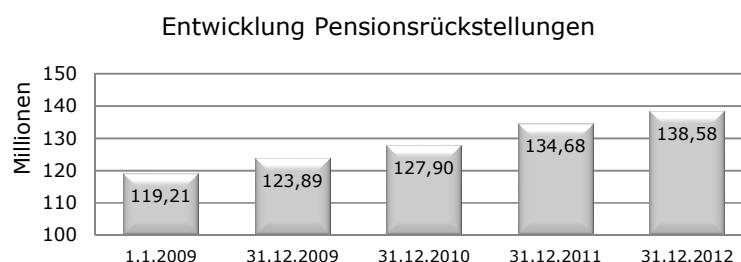
6.1 Pensionsrückstellungen

Nach § 36 I GemHVO sind Pensionsverpflichtungen nach den beamtenrechtlichen Vorschriften anzusetzen. Zu den *Pensionsrückstellungen* gehören bestehende Versorgungsansprüche sowie sämtliche Anwartschaften und andere fortgeltende Ansprüche nach dem Ausscheiden aus dem Dienst. Neben den Rückstellungen für Versorgungsanwartschaften sind somit auch Rückstellungen für Ansprüche auf Beihilfen gem. § 88 Landesbeamtengesetz zu bilden.¹² Die Pensionsrückstellungen dienen dazu, die Anwartschaften der Beamtinnen und Beamten auf eine zukünftige Versorgung, deren Höhe und genauer Fälligkeitszeitpunkt am Ende des laufenden Haushaltsjahres (Bilanzstichtag) noch ungewiss sind, als noch nicht erfüllte Verbindlichkeit des *Oberbergischen Kreises* anzusetzen. Aus dem derzeitigen Versorgungsrecht besteht gegenüber Angestellten und Arbeitern keine Verpflichtung zur Rückstellungsbildung. Die Nettobelastung zu den Pensions- und Beihilferückstellungen ergibt sich aus dem Unterschiedsbetrag zum jeweiligen Stichtag. In der Ergebnisrechnung werden Ertrag und Aufwand getrennt nachgewiesen (Bruttomethode).

¹¹ vgl. Handreichung, IM NRW, 4. Auflage, S. 1349

¹² vgl. Handreichung, IM NRW, 3. Auflage, S. 819

Mit der Bewertung der Pensionsrückstellungen nach dem versicherungsmathematischen Teilwertverfahren ist die *Rheinische Versorgungskasse* (RVK) in Köln beauftragt. Die RVK hat die Maßgaben des *Ministeriums für Inneres und Kommunales NRW* bei der Berechnung berücksichtigt. So wurde bei der Berechnung mit der Software der Heubeck AG ein Rechnungszins von fünf Prozent angesetzt. Als biometrische Rechnungsgrundlage dienten die Richttafeln von Klaus Heubeck. Aufgrund des Stichtagsprinzips wird vom Ansatz eines Trends für die Besoldung, d. h. erwartete zukünftige Entwicklung der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge, abgesehen. Auch die erwartete zukünftige Entwicklung der Versorgungsbezüge wird mit Null angesetzt. Die Bilanzposition ist in die Sachkonten *251100 Pensionsrückstellungen für Beschäftigte*, *252100 Pensionsrückstellungen für Versorgungsempfänger* und *254100 Rückstellungen für Beihilfen* untergliedert worden.



Insgesamt wurden zu Beginn des Geschäftsjahres rd. 134,68 Mio. Euro unter der Position *Pensionsrückstellungen* ausgewiesen. Zum Ende des Berichtsjahres ergibt sich ein Bilanzwert von 138,58 Mio. €. Dieser Wert beeinflusst maßgeblich die Bilanz. Indessen wurden Erstattungsanforderung gegen das Land (Stichwort: Kommunalisierung Umwelt- und Versorgungsverwaltung) aktiviert. Die Ausgleichsansprüche nach § 107 BeamtVG, welche sich ergeben, wenn ein Beamter während seiner aktiven Dienstzeit den Dienstherrn wechselt, sind unter den *Sonstigen Rückstellungen* zu bilanzieren. Wegen der besonderen Bedeutung der Positionen wird deren Entwicklung ergänzend tabellarisch abgebildet:

Bezeichnung	31.12.2010 Euro	31.12.2011 Euro	31.12.2012 Euro
<i>Pensionsrückstellungen für Beschäftigte/aktive Beamte</i>	55.374.669	59.959.410	61.151.411
<i>Pensionsrückstellungen für Versorgungsempfänger</i>	43.443.451	44.506.325	45.780.631
<i>Rückstellungen für Beihilfen</i>	29.086.710	30.217.686	31.650.242

6.2 Rückstellungen für Deponien und Altlasten

Für die Rekultivierung und Nachsorge von Deponien sind Rückstellungen in Höhe der zu erwartenden Gesamtkosten zum Zeitpunkt der Rekultivierungs- und Nachsorgemaßnahmen anzusetzen. Das gilt entsprechend für die Sanierung von Altlasten (§ 36 II GemHVO).¹³ *Rückstellungen für Deponien und Altlasten* sind für den *Oberbergischen Kreis* grundsätzlich nicht relevant, solange nicht besondere Kenntnisse nahe legen,

¹³ vgl. Handreichung, IM NRW, 3. Auflage, S. 819

vorhandene Altlasten sanieren zu müssen. Für zwei Maßnahmen wurden in den Vorjahren Rückstellungen gebildet.

Bei den beiden Rückstellungen handelt es sich um Sanierungsverpflichtungen, die aufgrund von verunreinigtem Grundwasser notwendig werden. Für die Sanierungsfälle auf dem Areal der *Fa. Textor* und auf dem Gelände der *Fa. Aqua control* wurden Kostenermittlungen durch das Umweltamt durchgeführt. Die Beträge sind in der Bilanz berücksichtigt, siehe Bilanzsachkonto *261100 Rückstellungen für Deponien und Altlasten*. Ein Anlass für eine neue Rückstellung im Berichtsjahr ist nicht gegeben.

Stand zu Beginn des Geschäftsjahres	143.499,78 Euro
Stand am Ende des Geschäftsjahres	108.207,20 Euro

6.3 Instandhaltungsrückstellungen

Unterlassene Instandhaltungen von Sachanlagen sind nach § 36 III GemHVO als *Instandhaltungsrückstellungen* zu bilanzieren, wenn deren Nachholung in einem überschaubaren Zeitraum hinreichend konkret beabsichtigt ist und wenn die vorgesehene Maßnahme am Bilanzstichtag einzeln bestimmt und wertmäßig beziffert wird. Abweichend vom Handelsrecht wurde in der Gemeindeordnung und Gemeindehaushaltsverordnung keine konkrete Zeitvorgabe zur Nachholung der unterlassenen Instandhaltung festgelegt. Instandhaltung liegt vor, wenn beispielsweise ein Gebäude in seinem Wesen nicht verändert oder erheblich verbessert wird. Instandhaltungen sind alle Maßnahmen, die dem Verfall des Anlageguts entgegenwirken (neuer Außenanstrich, Auswechseln der Bausubstanz, wie Fenster oder Dachpfannen). Auch hier gilt der Gesichtspunkt der Wesentlichkeit, d. h. für kleinere Schönheitsreparaturen wird keine Rückstellung gebildet.

Am 7.1.2011 hat sich von der Außenseite des Kreishauses zwischen dem 13. und 14. Stockwerk ein aus Glas bestehender Fassadenteil gelöst und ist auf das Dach des direkt angrenzenden Rundbaus gestürzt. Die gläsernen Fassadenteile des Kreishauses mussten vollständig abgebaut und ersetzt werden. Dafür wurde in 2011 eine Rückstellung gebildet. Die Fassadenplatten wurden in 2012 erneuert. Dabei wurde festgestellt, dass bei der Erstmontage der alten Fassade in den 90iger Jahren die Außenjalousien nicht den Bestandsplänen entsprechend montiert waren und eine Vielzahl der Anlagenteile nicht mit der neuen Fassade harmonierten. Ein weiteres Schadensbild ergab sich durch die Stillstandszeit von 1,5 Jahren in der Teile der Anlage verharzt/festgefahren sind, so dass die gesamte Jalousieanlage auszutauschen war. Im Berichtsjahr wurde dafür ergänzend zur Rückstellung Kreishausfassade eine Rückstellung über 240.000 € nach Kostenschätzung des Amtes für Immobilienwirtschaft gebildet.

<i>Bezeichnung</i>	31.12.2010 Euro	31.12.2011 Euro	31.12.2012 Euro
<i>Kreisstraße K11</i>	230.000,00	0,00	0,00
<i>Kreishausfassade</i>	0,00	544.000,00	0,00
<i>Kreishausfassade (Jalousien)</i>	0,00	0,00	240.000,00

6.4 Sonstige Rückstellungen

Unter der Position *sonstige Rückstellung* werden die Rückstellungen für andere ungewisse Verbindlichkeiten, z.B. Rückstellungen für Altersteilzeit, für nicht beanspruchten Urlaub, für Arbeitszeitguthaben, für Verpflichtungen gegenüber anderen Dienstherrn, aber auch Rückstellungen aus Lieferungen und Leistungen sowie für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften ausgewiesen.¹⁴

Im Zusammenhang mit der Bewertung der Pensionsrückstellungen hat die *Rheinische Versorgungskasse* auch die Erstattungsverpflichtungen nach § 107 BeamtVG berechnet. Die Ausgleichsansprüche nach § 107 BeamtVG, welche sich ergeben, wenn ein Beamter während seiner aktiven Dienstzeit den Dienstherrn wechselt, werden unter dem Sachkonto *282200 Erstattungsverpflichtung nach § 107 b (PensionsRst)* ausgewiesen.

Unter der Position *sonstige Rückstellung* sind *Rückstellungen für nicht in Anspruch genommenen Urlaub* und *für geleistete Überstunden* zu bilden, (vgl. Sachkonto 281100 und Sachkonto 282100). Der Jahresurlaubsanspruch der Beschäftigten stellt Aufwand der laufenden Periode dar. Soweit dieser erst im Folgejahr in Anspruch genommen wird, sind dafür Rückstellungen zu bilden. Das gleiche gilt, wenn der Ausgleich geleisteter Überstunden erst in der folgenden Periode erfolgt.

Der Bilanzwert für Altersteilzeitrückstellungen wird unter Sachkonto *285100 Rückstellung Inanspruchnahme Altersteilzeit* ausgewiesen. Alle Beschäftigten und Beamten aus dem Personenkreis haben sich ohne Ausnahme für das sog. Blockmodell entschieden. Dabei erwirbt die altersteilzeitberechtigte Person während der Beschäftigungsphase (bei halbem Nettoeinkommen) monatlich einen Anspruch für einen Monat Freistellung. In der Freistellungsphase werden die individuellen Rückstellungsbeträge (unter Berücksichtigungen von Kostensteigerungen) abgebaut. Erstattungsleistungen nach § 4 Altersteilzeitgesetz (AltTZG) werden berücksichtigt. Der Erstattungsanspruch nach § 4 Abs. 1 AltTZG besteht bei Wiederbesetzung des durch die Altersteilzeitvereinbarung freigewordenen Arbeitsplatzes. Bei der Bewertung der Rückstellung sind solche Erstattungsansprüche gegenzurechnen.

Im Berichtsjahr 2011 wurde eine Rückstellung für die vom Land NRW geforderte Kostenbeteiligung an den Einheitslasten nach dem Einheitslastenabrechnungsgesetz gebildet. Die Rückstellung wurde fortgeschrieben.

Im aktuellen Berichtsjahr wurden zwei neue Rückstellungen gebildet. Durch die Kommunalisierung des Rettungsdienstes gibt es Besonderheiten im Zusammenhang mit dem sog. Sanierungsgeld der Kirchlichen Zusatzversorgungskasse (KZVK). Anhand der Berechnung der Personalabteilung wurde eine Rückstellung über 21.000 € gebildet. Aufgrund eines Rundschreibens des Ministeriums für Arbeit, Integration und Soziales NRW ist bei der Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepaketes von einem Rückforderungsanspruch gegenüber dem Oberbergischen Kreis auszugehen. Es wurde eine Rückstellung von rd. 0,26 Mio. € gebildet.

¹⁴ vgl. Handreichung, IM NRW, 3. Auflage, S. 598ff.

In der nachfolgenden Tabelle sind alle Rückstellungen der letzten drei Berichtsjahre aufgelistet. Dem Anhang ist ergänzend ein *Rückstellungsspiegel* beigefügt.

Art der Rückstellung	31.12.2010 Euro	31.12.2011 Euro	31.12.2012 Euro
Pensionsrück. für Beschäftigte / Beamte	55.374.669	59.959.410	61.151.411
Pensionsrück. für Versorgungsempfänger	43.443.451	44.506.325	45.780.631
Rückstellungen für Beihilfe	29.086.710	30.217.686	31.650.242
Erstattungspflicht n. § 107 b (PensionsRSt)	1.106.664	1.714.573	1.667.134
Instandhaltungsrückstellungen	230.000	544.000	240.000
Sonstige Rst. für nicht genommenen Urlaub	1.029.034	1.202.352	1.615.238
Sonstige Rst. für geleistete Überstunden	424.474	579.399	902.027
Rückstellung Altersteilzeit	1.615.652	1.340.904	889.238
Rückstellung Differenzierte Abwassergebühr	119.737	82.700	0
Rückstellungen Deponien und Altlasten	166.834	143.500	108.207
Leistungsorientierte Entgeltbestandteile	162.474	77.586	0
Mehrarbeitsvergütung Feuerwehrbeamte	191.075	0	0
Rückst. Einheitslastenabrechnungsgesetz	0	293.341	518.341
Rückst. KZVK Rettungsdienst	0	0	21.000
Rückst. Leistungsausg. Bildung und Teilhabe	0	0	260.953
Summe aller Rückstellungen	132.950.773	140.661.776	144.804.423

7 Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten werden mit ihrem Rückzahlungsbetrag angesetzt. Im Unterschied zu den Rückstellungen steht bei Verbindlichkeiten die Höhe der Belastung eindeutig fest.

Der Verbindlichkeitspiegel weist den Stand und die Entwicklung der Verbindlichkeiten im Haushaltsjahr detailliert nach. Der Bilanzausweis der Verbindlichkeiten orientiert sich im Wesentlichen an den Arten der Verbindlichkeiten: Anleihen, Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen (von verbundenen Unternehmen, von Beteiligungen, von Sondervermögen, vom öffentlichen Bereich, vom privaten Kreditmarkt), Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung, Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen, Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen, Verbindlichkeiten aus Transferleistungen und Sonstige Verbindlichkeiten.¹⁵

7.1 Anleihen

Anleihen werden auch als Schuldverschreibungen, Obligationen, Rentenpapiere oder Bonds bezeichnet. Es sind festverzinsliche Wertpapiere, die ein Kreditverhältnis

¹⁵ vgl. § 47 Abs. 1 GemHVO

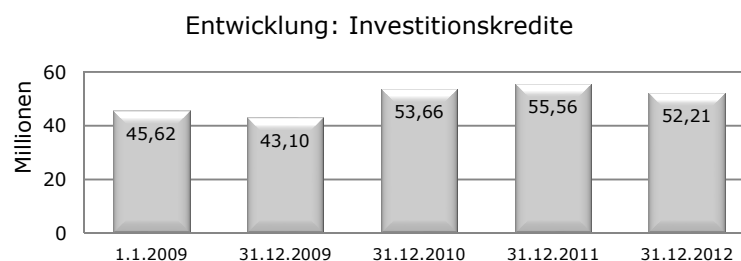
verbriefen.¹⁶ Der Oberbergische Kreis besitzt keine Verbindlichkeiten in Form von Anleihen.

7.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen

Kreditverbindlichkeiten werden mit ihrem Rückzahlungsbetrag passiviert. Aufgrund der generellen großen Bedeutung von Kreditmitteln im öffentlichen Bereich werden die Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen grundsätzlich weiter nach Kreditoren unterschieden.

Zum Ende des Berichtsjahres hat der Oberbergische Kreis aber nur noch Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen vom privatem Kreditmarkt. Die *Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen* von 52,21 Mio. € (Vorjahr: 55,56 Mio. €) stammen aus den investiven Ausgaben, die in erster Linie im Zusammenhang mit der Finanzierung der kreiseigenen Immobilien geleistet wurden. Im Berichtsjahr hat der Oberbergische Kreis keinen neuen Investitionskredite aufgenommen.

Der *Oberbergische Kreis* verfügt ausschließlich über Investitionskredite bei Kreditinstituten (z.B. NRW-Bank, Kreissparkasse Köln). Die jeweiligen Restbestände sind auf dem Bilanzkonto 321800 ausgewiesen. Die Entwicklung der Verbindlichkeiten richtet sich nach den Konditionen, der Restlaufzeiten im Einzelnen und den Tilgungen. Die langfristigen Kredite sind systematisch erfasst. Die Höhe zum Bilanzstichtag stimmt mit der Schuldenübersicht zum Jahresende überein.



Nach dem Krediterlass des Innenministeriums können die Gemeinden Zinsderivate zur Zinssicherung und zur Optimierung ihrer Zinslasten nutzen. Das Zinssicherungsgeschäft muss jedoch mit einem Grundgeschäft/Kreditvertrag verbunden sein (Konnexität). Hieraus abgeleitet ergibt sich aus bilanzrechtlicher Sicht eine Abweichung vom Grundsatz der Einzelbewertung, da Kreditvertrag und SWAP-Vertrag als Bewertungseinheit betrachtet werden. Der *Oberbergische Kreis* verfügt über 15 Derivatgeschäfte / Zinssicherungsswaps, die wie folgt aufgebaut sind:

- Eine SWAP-Vereinbarung (Zinstauschgeschäft) ist immer mit einem Investitionskredit (Grundgeschäft) verbunden (= Konnexität, keine isolierte Aufnahme von Derivaten),
- Darlehensvertrag und SWAP-Vertrag sind in gleiche Höhe und in gleicher Währung vereinbart (kein Wechselkursrisiko)
- Der Zinstausch erfolgt über den gleichen Zeitraum und zu gleichen Terminen
- Der Zinstausch erfolgt ausschließlich variabel gegen fest (Spekulationsverbot)

¹⁶ vgl. Handreichung, IM NRW, 3. Auflage, S. 679f.

- Grundvertrag und SWAP-Vertrag werden in einer Akte geführt
- Eine vorzeitige Auflösung der Bewertungseinheit ist nicht vorgesehen
- Neben dem vereinbarten Festzins mit Marge sieht die Vereinbarung keine weitere Zahlungsverpflichtung des OBK vor.

Der jeweilige Darlehensvertrag und die zugehörige SWAP-Vereinbarung bilden in allen Fällen eine Bewertungseinheit und weichen vom Grundsatz der Einzelbewertung nach § 44 Abs. 2 Nr. 2 GemHVO ab. Aus den Derivaten ergeben sich für den *Oberbergischen Kreis* außer dem vereinbarten Festzins mit Marge keine weiteren Zahlungsverpflichtungen oder sonstige Risiken, z.B. aus Zinsänderungen oder Währungsschwankungen. Daher erfolgt auch keine Bilanzierung von „Drohverlustrückstellungen aus Derivaten“.

Stand zu Beginn des Geschäftsjahres	55.562.066,94 Euro
Stand am Ende des Geschäftsjahres	52.214.537,40 Euro

7.3 Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung

Die zweite große Position in diesem Zusammenhang stellt die *Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung* in Höhe von 29,26 Mio. € (Vorjahr: 29,18 Mio. €) dar, davon 17,50 Mio. € (Vorjahr: 17,50 Mio. €) für Kassenkredite und 11,76 Mio. € (Vorjahr: 11,68 Mio. €) Tagesgeld. Zur rechtzeitigen Leistung seiner Auszahlungen kann der Oberbergische Kreis Kredite zur Liquiditätssicherung (bisher bekannt unter dem Begriff „Kassenkredite“) bis zu dem in der Haushaltssatzung festgesetzten Höchstbetrag aufnehmen, soweit dafür keine anderen Mittel zur Verfügung stehen. Die Bestände werden durch Kontoauszüge bestätigt.

Das Haushaltsjahr 2006 wies im Rechnungsergebnis einen Fehlbetrag von rd. 30,7 Mio. Euro aus, bedingt insbesondere durch die Umsetzung der SGB II / Hartz IV-Reform. In den Folgejahren konnte der Fehlbetrag bis zum Bilanzstichtag auf rd. 16 Mio. Euro gesenkt werden. Der verbleibende Altfehlbetrag (früher Abwicklung über kurzfristige Kassenkredite oder Tagesgelder) ist als *kurzfristige Verbindlichkeiten* in die Eröffnungsbilanz übernommen worden. Diese Altfehlbetragsforderung gegenüber den kreisangehörigen Kommunen sollte ursprünglich durch vier Raten im Zeitraum von 2009 bis 2012 beglichen werden. Durch die Einstellung der Verbindlichkeit (= Kassenkredite) verringert sich das Eigenkapital erheblich, eine entsprechende Forderung gegenüber den Kommunen wurde nicht eingestellt. Der Kreistag hat auf die Erhebung der Altfehlbetragsforderung verzichtet.

Stand zu Beginn des Geschäftsjahres	29.180.000,00 Euro
Stand am Ende des Geschäftsjahres	29.260.000,00 Euro

7.4 Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen

Nach der Gemeindehaushaltsverordnung sollen im Zusammenhang mit dem Verbindlichkeitspiegel alle Sachverhalte genannt werden, aus denen sich künftig erhebliche

finanzielle Verpflichtungen ergeben könnten.¹⁷ Unter anderem soll auch dargestellt werden, wie hoch die Belastungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften in den folgenden Jahren sein werden. *Kreditähnliche Rechtsgeschäfte* sind Zahlungsverpflichtungen, die wirtschaftlich einer Kreditverpflichtung gleichkommen. So kann sich eine Kommune langfristig verpflichten, ein Gebäude für einige Jahre anzumieten und nach Ablauf der Leasingdauer gegen Zahlung einer Restsumme in ihr Eigentum zu übernehmen (insbesondere Immobilien-Leasing).¹⁸

Auch die Zahlungsverpflichtungen, aus denen der Kommune wegen der gegenwärtigen Entgegennahme von Leistungen in späteren Jahren einmalige oder regelmäßige Ausgaben in erheblichem Maß entstehen können, zählen zu diesen kreditähnlichen Rechtsgeschäften. Beispiele sind Bausparverträge, die Übernahme von Bürgschaften, Erwerb von Grundstücken gegen Zahlung einer laufenden Rente, der Erwerb eines mit Grundpfandrechten belasteten Grundstücks oder die Annahme eines Erbbaurechts. Soweit es sich nicht um Geschäfte der laufenden Verwaltung handelt, bedürfen die kreditähnlichen Rechtsgeschäfte der Beschlussfassung durch den Kreistag und der Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde.¹⁹

Der *Oberbergische Kreis* hat keine Zinsswap- und Optionsgeschäfte getätigt, die hier oder unter der Position Drohverlustrückstellungen zu bilanzieren gewesen wären. Für den *Oberbergischen Kreis* sind allenfalls Bürgschaften und Leasingverträge von Bedeutung. Bei den derzeitigen Bürgschaften des Kreises handelt es sich um latente Verpflichtungen, die nicht realisiert sind und daher nicht in der Bilanz erscheinen.²⁰ Diese Haftungsverhältnisse können in der Zukunft Verpflichtungen auslösen. Für die Beurteilung der Lage der Körperschaft ist es aber ausreichend, wenn diese Bürgschaften im Anhang genannt werden.

Bei der Bilanzierung von Leasinggegenständen ist danach zu unterscheiden, wer das wirtschaftliche Eigentum an dem Vermögensgegenstand innehat. Ausschließlich der wirtschaftliche Eigentümer nimmt eine Bilanzierung vor. Finanzierungsleasingverträge in Form von Immobilien-Leasing oder Cross-Border-Leasing sind beim *Oberbergischen Kreis* nicht vorhanden. Im Bereich der Finanzierung der Noteinsatz- bzw. Rettungsfahrzeuge gibt es wenige Ausnahmen von sog. Spezialleasing bzw. Mietkaufverträgen. Der letzte Vertrag dieser Art lief in 2012 aus. Der Abschluss weiterer kreditähnlicher Rechtsgeschäfte ist nicht beabsichtigt, derzeit wird die direkte Kauflösung bevorzugt. Die aus dem Leasingvertrag resultierenden (alten) Verpflichtungen wurden in Vorjahren unter der Bilanzposition *Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen (Sachkonto 345100)* in Höhe des Tilgungsanteils passiviert.

Sonstige kreditähnliche Rechtsgeschäfte, die eine lang dauernde Belastung des kommunalen Haushalts bedeuten und die Leistungsfähigkeit berühren würden, liegen nicht vor. Geschäfte der laufenden Verwaltung, die wegen ihrer Regelmäßigkeit und Häufigkeit zu den herkömmlichen und üblichen Verwaltungsgeschäften gehören, sind keine kreditähnlichen Rechtsgeschäfte im Sinne der Gemeindeordnung und bedürfen

¹⁷ vgl. § 44 Abs. 1 GemHVO

¹⁸ vgl. Handreichung, IM NRW, 3. Auflage, S. 681

¹⁹ vgl. Kommentar, GPA NRW, 2010, § 86 GO, S. 4f.

²⁰ vgl. auch Haushaltsplan 2008, Oberbergischer Kreis, S. 651

grundsätzlich keiner Darstellung. Häufig handelt es sich nur um Miet- oder Leasinggeschäfte im engeren Sinne und betreffen das ADV-Equipment, Personenkraftwagen, Fahrzeuge des Rettungsdienstes, Multifunktionskopierer, einzelne Geräte der Hausdruckerei oder Systeme zur Überwachung des fließenden Verkehrs. Der überwiegende Teil der zuvor genannten Beispiele hat häufig eine Vertragsdauer von ein bis drei Jahren, zudem ist ein Eigentumsübergang i. d. R. vertraglich nicht festgelegt. Für die Wirtschaftlichkeit einer Entscheidung (Kaufen oder Mieten/Leasing) werden alle Vertragselemente berücksichtigt und bewertet. Die Finanzierung über Leasing kann eine sinnvolle Alternative zur Finanzierung über Kredite darstellen. Insgesamt handelt es sich bei den typischen Leasingverträgen nicht um Sachverhalte, aus denen künftig erhebliche finanzielle Verpflichtungen entstehen.

Stand zu Beginn des Geschäftsjahres	13.936,61 Euro
Stand am Ende des Geschäftsjahres	0,00 Euro

7.5 Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen

Bei den *Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen* handelt es sich i. d. R. um nach dem Bilanzstichtag eingegangene Rechnungen, welche sich eindeutig auf eine Leistung im Berichtsjahr beziehen. Typisches Beispiel: Die Abrechnung von Reinigungsleistungen im Gebäude einer Rettungswache geht erst im Folgejahr bei der Finanzbuchhaltung ein, die Leistung bezieht sich aber auf das Berichtsjahr.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Beteiligungsgesellschaften resultiert z. B. aus Kostenerstattungen gegenüber den Kreiskrankenhausgesellschaften und ihren Töchtern im Zusammenhang mit dem Rettungsdienst sowie der Kostenerstattung gegenüber der OVAG im Zusammenhang mit der Abrechnung der Schülerbeförderungskosten. Allein die Verbindlichkeiten gegenüber der OVAG betragen im Berichtsjahr rd. 1,33 Mio. € (Vorjahr: 0,17 Mio. €). Diese wurden allerdings kurz nach dem Jahreswechsel wieder ausgeglichen.

Bei den Verbindlichkeiten gegenüber dem Land handelt es sich z. B. um Verbindlichkeiten gegenüber dem Finanzamt. Die Lohn- und Kirchensteuer müssen an das Finanzamt bis zum 10. des Folgemonats abgeführt werden. Der gemeldete Betrag wird vom Finanzamt im Wege der Lastschrift abgebucht. Die Verbindlichkeiten gegenüber dem privaten Bereich resultieren aus Baukosten, die nach dem Stichtag abgerechnet wurden, sich aber auf das Berichtsjahr beziehen oder auch Kosten des Rettungsdienstes, die zum Stichtag an Krankenhausgesellschaften (die keine Beteiligungsgesellschaft sind) noch nicht erstattet wurden.

Stand zu Beginn des Geschäftsjahres	8.386.038,53 Euro
Stand am Ende des Geschäftsjahres	9.731.098,66 Euro

7.6 Verbindlichkeiten aus Transferleistungen

Verbindlichkeiten aus Transferleistungen werden nach Kreditoren unterteilt. Transferleistungen sind Leistungen im Sozialen Bereich, beispielsweise Sozialhilfe- oder Jugendhilfe-

leistungen. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen werden dann bilanziert, wenn die Kommune ihre rechtlichen Verpflichtungen zur Zahlung noch nicht erfüllt hat.²¹ Diese Einzelverbindlichkeiten wurden durch eine rechtzeitige bzw. fristgerechte Auszahlung an Leistungsempfänger vor dem Stichtag "verhindert" oder sind evtl. unter den sonstigen Verbindlichkeiten erfasst. Allerdings sind unter der Bilanzposition *Aktive Rechnungsabgrenzung* vor dem Bilanzstichtag geleistete Auszahlungen (auch Sozialhilfe, etc.) bilanziert worden, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach dem Bilanzstichtag darstellen.

7.7 Sonstige Verbindlichkeiten

Unter *sonstige Verbindlichkeiten* werden alle Verbindlichkeiten passiviert, die nicht unter die vorhergehenden Bilanzposten zuzuordnen waren. Auch bereits vereinnahmte zweckgebundene Mittel, soweit sie noch nicht für den vorgesehenen Zweck verwendet worden sind, werden hier angesetzt. Die daraus entstandenen Zahlungsvorgänge sind ergebnisneutral zu behandeln. Bis zum Abschluss der Maßnahme bzw. bis zur entsprechenden Verwendung der Zuwendung besteht grundsätzlich eine Rückzahlungspflicht gegenüber dem Zuwendungsgeber. Und damit eine Verbindlichkeit, die entsprechend in der Bilanz anzusetzen ist. Beispielhaft können hier noch nicht weitergeleitete Landeszuschüsse aus dem ÖPNV-Bereich genannt werden sowie Verbindlichkeiten aus Ersatzgeldern, durchlaufende Gelder für Lehrerfortbildung oder auch Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit der Bilanzierung der Unterhaltsvorschussleistungen.

Der Kreis hat zudem aufgrund und nach der zweckentsprechenden Verwendung der erhaltenen investiven Zuwendungen entsprechende Sonderposten in seiner Bilanz anzusetzen. Eine Besonderheit besteht bei einem mehrjährigen Vorgang der Anschaffung oder Herstellung eines Vermögensgegenstandes (wie es im Hoch- und Tiefbau üblich ist). Erst nach Fertigstellung und Aktivierung eines Gebäudes oder eines Straßenabschnitts dürfen die notwendigen Sonderposten gebildet werden. Zuvor sind diese investiven, zweckgebundenen Landeszuschüsse (einschließlich der Investitionspauschale) unter diesem Bilanzposten zu bilanzieren. Zum Stichtag wurden rd. 7,91 Mio. € (Vorjahr: 3,40 Mio. €) an investiven Zuwendungen als Verbindlichkeit passiviert, nähere Informationen können dem Kapitel 5.1 *Sonderposten für Zuwendungen* entnommen werden.

Im Berichtsjahr hat der Oberbergische Kreis Landeshaushaltsmittel verwaltet. Hierfür wurden alle getätigten Ein- und Auszahlungen von Landesgeldern über Bilanzkonten des Kreises abgewickelt. Zum Jahresschluss erfolgt ein Ausgleich zwischen den Bilanzkonten.

In Ausnahmefällen kann es sein, dass ein Debitorenkonto einen negativen Saldo aufweist (Habensaldo), d.h. der Oberbergische Kreis schuldet Geld zum Bilanzstichtag, der Geschäftspartner wird dann als *kreditorischer Debitor* bezeichnet. Gleichfalls kann durch Anzahlungen oder Gutschriften ein Kreditorenkonto einen Sollsaldo aufweisen. In diesem Fall spricht man von *debitorischen Kreditoren*. Im Rahmen der Abschlussarbeiten zu Debitoren und Kreditoren sind sog. Umgliederungen erforderlich. Zur Durchführung wurden die umzugliedernden Beträge pro Forderungs- bzw. Verbindlichkeitskonto

²¹ vgl. Handreichung, IM NRW, 3. Auflage, S. 681f.

ermittelt. Im Anschluss wurden die Beträge umgebucht. Durch die Umbuchung werden die Beträge der kreditorischen Debitoren unter den sonstigen Verbindlichkeiten (ab 2012) ausgewiesen.

Abschließend wird darauf hingewiesen, dass die Bilanzposition *Sonstigen Verbindlichkeiten* einen Schwebeposten in Höhe von 0,780 Mio. € enthält. Es handelt sich um einen Zahllauf, der im internen SAP-System am 27.12.2012 verbucht wurde, der aber auf dem Konto der Kreissparkasse erst am 02.01.2013 belastet wurde, siehe auch Informationen im Kapitel 2.4 *Liquide Mittel* entnommen.

Stand zu Beginn des Geschäftsjahres	5.213.252,45 Euro
Stand am Ende des Geschäftsjahres	10.211.508,56 Euro

8 Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Um das Jahresergebnis periodengenau festzustellen, sind unter der Bilanzposition *Passive Rechnungsabgrenzungsposten* vor dem Bilanzstichtag erhaltene Einzahlungen auszuweisen, soweit sie Ertrag für eine bestimmte Zeit nach diesem Tag darstellen. Rechnungsabgrenzungsposten in der Bilanz sind Korrekturposten, die dazu dienen, bestimmte Zahlungsgrößen periodengerecht aufzuteilen.²²

Unter dieser Position wurden z. B. die erhaltenen Landeszuwendungen passiviert, welche im Rahmen der ÖPNV-Förderung bzw. im Rahmen des Neubauprogramms von Kindergärten weitergeleitet worden sind, vgl. dazu das Kapitel *Aktive Rechnungsabgrenzungsposten*. Diese Posten beziehen sich auf die Zeit vor 2009 (also dem Umstieg auf NKF) und sind mit dem Hinweise "Altdaten" versehen. Die Positionen werden in den nächsten Jahren kontinuierlich bis Null aufgelöst.

Unter der Position "P-RAP Allgemein" sind überwiegend Landeszuschüsse passiviert, die noch vor dem 31.12. des Berichtsjahres auf das Konto des *Oberbergischen Kreises* eingezahlt worden sind, die aber ergebniswirksam dem Folgejahre zugeordnet werden (z. B. Landeszuschuss für Tageseinrichtungen für Kinder). Der letzte Rechnungsabgrenzungsposten in der unten aufgeführten Liste betrifft die sog. U3-Förderung, siehe dazu die Ausführungen im Kapitel *Aktive Rechnungsabgrenzungsposten*. Die Entwicklung des Postens wird tabellarisch dargestellt:

<i>P-RAP</i>	31.12.2010 Euro	31.12.2011 Euro	31.12.2012 Euro
P-RAP Allgemein	283.443,52	327.960,30	696.608,85
P-RAP ÖPNV (Altdaten)	2.100.557,00	1.545.171,00	1.073.188,00
P-RAP KiTa (Altdaten)	2.434.893,00	2.252.762,00	2.070.827,00
P-RAP U3-Ausbau	2.570.337,30	5.789.577,00	6.370.884,71
Summe	7.389.230,82	9.915.470,30	10.211.508,56

²² vgl. Handreichung, IM NRW, 3. Auflage, S. 693ff.; § 43 Abs. 5 GemHVO

Rückstellungsspiegel

Art der Rückstellung	01.01.2012 Euro	Zugang Euro	Abgang Euro	31.12.2012 Euro
Pensionsrückstellungen für Beschäftigte / Beamte	59.959.410,00	4.594.638,00	3.402.637,00	61.151.411,00
Pensionsrückstellungen für Versorgungsempfänger	44.506.325,00	3.582.770,00	2.308.464,00	45.780.631,00
Rückstellungen für Beihilfe	30.217.686,00	1.793.704,00	361.148,00	31.650.242,00
Erstattungspflicht nach § 107 b (PensionsRSt)	1.714.573,00	0,00	47.439,00	1.667.134,00
Instandhaltungsrückstellungen	544.000,00	240.000,00	544.000,00	240.000,00
Sonstige Rückstellungen für nicht genommenen Urlaub	1.202.351,92	412.885,79	0,00	1.615.237,71
Sonstige Rückstellungen für geleistete Überstunden	579.398,72	322.628,42	0,00	902.027,14
Rückstellung Altersteilzeit	1.340.904,00	506.498,00	958.164,00	889.238,00
Rückstellung Differenzierte Abwassergebühr	82.699,56	0,00	82.699,56	0,00
Rückstellungen Deponien und Altlasten	143.499,78	0,00	35.292,58	108.207,20
Leistungsorientierte Entgeltbestandteile	77.586,32	0,00	77.586,32	0,00
Rückst. Einheitslastenabrechnungsgesetz	293.341,21	225.000,00	0,00	518.341,21
Rückstellung KZVK Rettungsdienst	0,00	21.000,00	0,00	21.000,00
Rückst. Leistungsausg. Bildung und Teilhabe	0,00	260.952,76	0,00	260.952,76
Summe aller Rückstellungen	140.661.775,51	11.960.076,97	7.817.430,46	144.804.422,02

Anhang

Erläuterungen zur Gesamtergebnisrechnung ohne Berücksichtigung der Internen Leistungsverrechnung

Vorbemerkungen

Neben den Erläuterungen zu einzelnen Bilanzpositionen ist die sog. Ergebnisrechnung (vergleichbar mit der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB) von besonderer Bedeutung für den Jahresabschluss. Nachfolgend werden die wichtigsten Positionen erläutert, zunächst die Ertragslage und anschließend die Aufwandskonten. Mit diesen Erläuterungen wird der Zweck verfolgt, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der finanziellen Lage im Berichtsjahr zu vermitteln, insbesondere durch die qualitativen Informationen, die in dem Zahlenwerk der Ergebnisrechnung (bzw. der Finanzrechnung) nicht direkt oder gar nicht ersichtlich sind.

Die Hintergründe zu einzelnen Sachkonten werden verständlich dargestellt und erläutert. Dieser Teil des Anhangs enthält also die Information darüber, welche Sachverhalte das Gesamtergebnis im Berichtsjahr maßgeblich beeinflusst haben.

Die im Kontenrahmen verbindlich vorgeschriebenen Kontengruppen für die Erträge und Aufwendungen richten sich in Reihenfolge und Bezeichnung nach der Gliederung der Ergebnisrechnung.

Die Kontenklasse 4 (Erträge) beinhaltet die folgenden Kontengruppen.

Ertragsart	Sachkonto	Zeilen-Nr.
Steuern und ähnliche Abgaben	40er-Konto	1
Zuwendungen / allgemeine Umlagen	41er-Konto	2
Sonstige Transfererträge	42er-Konto	3
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	43er-Konto	4
Privatrechtliche Leistungsentgelte	44er-Konto	5
Kostenerstattungen, Umlagen	44er-Konto	6
Sonstige ordentliche Erträge	45er-Konto	7
Finanzerträge	46er-Konto	19
Außerordentliche Erträge	49er-Konto	23

Die Kontenklasse 5 (Aufwendungen) beinhaltet die folgenden Kontengruppen.

Aufwandsart	Sachkonto	Zeilen-Nr.
Personalaufwendungen	50er-Konto	11
Versorgungsaufwendungen	51er-Konto	12
Aufw. f. Sach- und Dienstleistungen	52er-Konto	13
Bilanzielle Abschreibungen	57er-Konto	14
Transferaufwendungen	53er-Konto	15
Sonstige ordentliche Aufwendungen	54er-Konto	16
Zinsen, sonstige Finanzaufwendungen	55er-Konto	20

Des Weiteren wird darauf hingewiesen, dass die Jahresrechnung nicht den Haushaltsplanansatz des Berichtsjahres sondern den sog. *fortgeschriebenen Planansatz* enthält. Dieser setzt sich aus dem Haushaltsplanansatz, den Ermächtigungsübertragungen sowie außer- bzw. überplanmäßigen Mitteln zusammen. Die Mehrausgaben werden den Kreistagsmitgliedern regelmäßig gemeldet, die Ermächtigungsübertragungen werden einmal im Jahr vorgelegt. Die Budget-Logik im Berichtsjahr wird unten abgebildet.

„Budget-Logik“ im NKF-System:

+ Haushaltsansatz (D5)
+ ggfs. Nachtragshaushalt
+ außer-/überplanmäßige Mittel (AM)
+ Ermächtigungsübertragungen (EU aus Vj.)
<hr/>
= <i>fortgeschriebener Ansatz</i>
<hr/>
+/- Wenigerausgaben/Mehrausgaben (SB)
+/- Mehreinnahmen/Mehrausgaben (MM)
<hr/>
= <i>Gesamt / aktueller Ansatz bzw. Budget (G)</i>
<hr/>

Inhaltsverzeichnis:

Ergebnisrechnung

1	Steuern	1
2	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	1
3	Sonstige Transfererträge.....	2
4	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte.....	3
5	Privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und -umlagen	4
6	Sonstige ordentliche Erträge.....	5
7	Finanzerträge und außerordentliche Erträge	6
8	Personalaufwendungen	6
9	Versorgungsaufwendungen	7
10	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	8
11	Transferaufwendungen	10
12	Sonstige ordentliche Aufwendungen	11
13	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen.....	13
14	Bilanzielle Abschreibungen	13
15	Außergewöhnliche Aufwendungen	14
16	Jahresergebnis	14

1 Steuern

Die Kontenklasse 4 beinhaltet die anfallenden Erträge, wobei unter Erträgen Vorgänge gefasst werden, die das Nettovermögen bzw. das Eigenkapital erhöhen. Die Ertragskonten der Kontenklasse 4 sind mit den Finanzpositionen der Kontenklasse 6 verknüpft. Die Ertragsseite ist grundsätzlich nach den Quellen und Ursachen des Ertrags strukturiert (z.B. Steuern und ähnliche Abgaben).

Die Kontenart 40 umfasst die Erträge aus der Jagdsteuer (SK 403400). Im Berichtsjahr wurden 62 Tsd. € (Vorjahr: 138 Tsd. €) ertragswirksam verbucht, weitere Steuereinnahmen hat der Oberbergische Kreis nicht.¹ Beim Konto 405200 *Zuweisung vom Land Wohngeldentlastung* handelt es sich um Zuweisungen des Landes aufgrund der Wohngeldreform, welche wiederum im Zusammenhang mit den Kosten der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II (Hartz IV) stehen. Der Kreis trägt die entsprechenden Unterkunfts- und Heizungskosten sowie die Wohnungsbeschaffungs- und Umzugskosten und einmalige Leistungen an Arbeitssuchende. Aufgrund finanzstatistischer Vorgaben ist diese Ausgleichsleistung unter dem o. g. Konto zu verbuchen und nicht etwa als Kostenerstattung, auch wenn es sich eindeutig nicht um Steuern handelt. Die Zuweisungen aus der Wohngeldentlastung belaufen sich auf 2,31 Mio. € (Vorjahr: 2,78 Mio. €).² Insgesamt ergibt sich für die Kontenklasse 40 ein geringerer Ertrag von rd. 0,52 Mio. € gegenüber dem Ansatz, was auf die reduzierten Landeszuweisungen zur Wohngeldentlastung zurückzuführen ist.

2 Zuwendungen und allgemeine Umlagen

Zuweisungen und Zuschüsse sind Finanzhilfen zur Erfüllung von Aufgaben des Empfängers, bei der die Rechtsgrundlage und die Höhe der anteiligen Kostendeckung oder eine Pauschalierung unerheblich sind. Während der Begriff Zuweisungen Übertragungen finanzieller Mittel innerhalb des öffentlichen Bereichs umfasst, sind Zuschüsse Übertragungen vom öffentlichen Bereich an den unternehmerischen und übrigen Bereich und umgekehrt. Bei den allgemeinen Umlagen wie der Kreisumlage handelt es sich um Zuweisungen, die ohne Zweckbindung an einen bestimmten Aufgabenbereich zur Deckung eines allgemeinen Finanzbedarfs aufgrund eines bestimmten Schlüssels geleistet werden. Zuweisungen und Zuschüsse werden unter dem Begriff Zuwendungen zusammengefasst.

Die Kontenart 411 umfasst Schlüsselzuweisungen. Schlüsselzuweisungen sind allgemeine Zuweisungen des Landes an die Städte und Gemeinden im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs. Sie werden nach einem gesetzlich festgelegten Schlüssel finanzkraftabhängig berechnet. Im Berichtsjahr wurden Schlüsselzuweisungen in einer Höhe von 30,15 Mio. € (Vorjahr: 26,43 Mio. €) vereinnahmt.³

Die Kontenart 414 beinhaltet Erträge aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke. Zweckgebundene Zuweisungen des Landes (bzw. über den Landschaftsverband

¹ SK: 403400.

² SK: 405200.

³ SK: 411100.

Rheinland) sind beispielsweise Zuweisungen zur Förderung des Verkehrs, für Aufgaben der Jugendhilfe oder für kulturelle Einrichtungen, im Berichtsjahr wurden Erträge aus Zuweisungen in Höhe von 20,69 Mio. € (Vorjahr: 19,23 Mio. €) verbucht.⁴ Diese Landeszuweisungen sind im Wesentlichen innerhalb der Produktgruppen *Berufskollegs, Kinder in Tageseinrichtungen/Tagespflege und ÖPNV* verbucht worden. Die Kontenart 414 beinhaltet auch die Erträge (ca. 1,07 Mio. €) aus der Auslösung von Rechnungsabgrenzungsposten.⁵ Nähere Informationen zu den aktiven und passiven Rechnungsabgrenzungsposten können dem Bericht Erläuterungen zur Bilanz entnommen werden.

Die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen werden unter der Kontenart 416 (ca. 1,42 Mio. €) erfasst. Diese Sonderposten sind erhaltene (historische) Zuwendungen, die im Rahmen einer Zweckbindung für investive Maßnahmen vom Zuwendungsgeber bewilligt und gezahlt wurden. Diese Zuwendungen werden hauptsächlich für die Anschaffung/Herstellung von Gegenständen des Anlagevermögens gewährt. Der Sonderposten dazu wird dann über die Restnutzungsdauer des zuwendungsfinanzierten Gegenstandes aufgelöst, die hieraus resultierenden jährlichen Erträge sind in dieser Kontenklasse zu buchen. Konkret sind unter dieser Kontenart hauptsächlich die Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen für den Bereich Kreisstraßeninfrastrukturvermögen und bebaute Grundstücke abgebildet. Nähere Informationen zu den Sonderposten können dem Bericht Erläuterungen zur Bilanz entnommen werden.

Die Kontenart 417 beinhaltet die Allgemeinen Umlagen. Bei den Allgemeinen Umlagen handelt es sich um Erträge aus Zuweisungen von den kreisangehörigen Städten und Gemeinden an den Oberbergischen Kreis, die ohne Zweckbindung an einen bestimmten Aufgabenbereich zur Deckung des allgemeinen Finanzbedarfs aufgrund eines bestimmten Schlüssels geleistet werden. Hierzu zählen u. a. die Kreisumlage und die Jugendamtsumlage. Im Berichtsjahr wurden 177,69 Mio. € (Vorjahr: 170,05 Mio. €) vereinnahmt.⁶ Der Hauptanteil mit 130,54 Mio. € (Vorjahr: 125,03 Mio. €) entfällt auf die Kreisumlage, gefolgt von der Jugendamtsumlage mit 40,0 Mio. € (Vorjahr: 38,75 Mio. €) und der Umlage für die Berufsschulen mit 6,61 Mio. € (Vorjahr: 5,66 Mio. €). Die Erträge aus *Zuwendungen und allgemeinen Umlagen* liegen insgesamt rd. 1,19 Mio. € über dem Planansatz.

3 Sonstige Transfererträge

Unter Transferleistungen im Bereich der öffentlichen Verwaltung werden Zahlungen verstanden, denen keine konkreten Gegenleistungen gegenüberstehen, soweit es sich nicht um eine Zuwendung handelt. Sie beruhen auf einseitigen Verwaltungsvorfällen, nicht auf einem Leistungsaustausch und werden im Rahmen des Finanzwesens sowohl als Transfererträge als auch als Transferaufwendungen erfasst.

Die Kontenarten 421 und 422 beinhalten den Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb und innerhalb von Einrichtungen. Hierbei handelt es sich z. B. um Kostenbeiträge und Aufwendungsersatz, übergeleitete Ansprüche gegen Unterhaltsverpflichtete sowie um

⁴ SK: 414200 und 414300.

⁵ SK: 414210.

⁶ SK: 417210 - 417250.

Kostenerstattungen durch Träger von sozialen Leistungen. Im Berichtsjahr wurden 6,07 Mio. € (Vorjahr: 4,52 Mio. €) ertragswirksam verbucht.⁷ Die Erträge stehen im engen Zusammenhang mit den Produktgruppen *Hilfen zur Gesundheit, bei Behinderungen und in anderen Lebenslagen, Hilfen bei Einkommensdefiziten* und *Individuelle Hilfen für junge Menschen und Familien*. Die Erträge aus den *sonstigen Transfererträgen* liegen insgesamt rd. 2,16 Mio. € über dem Planansatz.

4 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Gebühren sind öffentlich-rechtliche Geldleistungen, die als Gegenleistung für eine individuell zurechenbare öffentliche Leistung geschuldet werden. Sie dienen der Erzielung von Erträgen, um die Kosten der öffentlichen Leistung zu decken. Gebührenforderungen werden grundsätzlich mit Bescheidversendung eingebucht.

Die Kontenart 431 umfasst Verwaltungsgebühren. Diese Gebühren sind Entgelte für die Inanspruchnahme von öffentlichen Leistungen und Amtshandlungen. Sie werden auf das Konto 431100 gebucht. Hierzu zählen z. B. Genehmigungsgebühren, Gebühren für die Bauüberwachung oder Erlaubnisscheine. Im Berichtsjahr wurden 6,84 Mio. € (Vorjahr: 6,30 Mio. €) an Gebühren ertragswirksam verbucht. Davon entfallen alleine 3,26 Mio. € (Vorjahr: 3,32 Mio. €) auf die Produktgruppen *Fahr- und Beförderungserlaubnisse* und *Kfz-Angelegenheiten*, auf die Produktgruppe *Maßnahmen zur Bauaufsicht* entfallen ca. 1,22 Mio. € (Vorjahr: 0,95 Mio. €) und rd. 0,79 Mio. € (Vorjahr: 0,64 Mio. €) wurden in den Bereichen *Vermessung und Führung von Geobasisdaten* und *Geoinformationsdienste* verbucht.⁸

In der Kontenart 432 werden Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte ausgewiesen. Diese werden für die Benutzung von öffentlichen Einrichtungen und Anlagen und für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen erhoben. Der Oberbergische Kreis erhebt für den Einsatz des Rettungsdienstes, z.B. Erstversorgung, Behandlung und Untersuchung durch den Notarzt, Transport mit Rettungs- oder Krankentransportwagen, Gebühren nach Maßgabe der Gebührensatzung für den Rettungsdienst. Im Berichtsjahr wurden in der Produktgruppe *Rettungsdienst* unter dem Sachkonto 432100 rd. 15,52 Mio. € (Vorjahr: 8,77 Mio. €) ertragswirksam erhoben.⁹

Für die Inanspruchnahme von Angeboten der Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen werden nach Maßgabe einer Satzung öffentlich-rechtliche Beiträge (sog. Elternbeiträge) erhoben. Dabei haben die Eltern entsprechend ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit monatlich Beiträge zu den Jahresbetriebskosten für Kindertageseinrichtungen zu entrichten, im Berichtsjahr betrug die Höhe der geforderten Elternbeiträge 2,34 Mio. € (Vorjahr: 2,86 Mio. €).¹⁰

⁷ SK: 421100 - 422500.

⁸ Vgl. Produktgruppe 1.02.05, 1.02.06, 1.09.02, 1.09.03 und 1.10.01.

⁹ Vgl. Produktgruppe 1.02.11 oder SK 432100.

¹⁰ Vgl. Produktgruppe 1.06.01 oder SK 432901.

Für die Teilnahme an Veranstaltungen der Kreisvolkshochschule ist eine Gebühr zu entrichten. Näheres wird auch hier durch eine vom Kreistag beschlossene Gebührensatzung geregelt. Im Berichtsjahr wurden rd. 0,92 Mio. € an Hörergebühren erhoben.¹¹

Sonderposten für den Gebührenaussgleich sind für Kostenüberdeckungen der kostenrechnenden Einrichtungen, die am Ende des Kalkulationszeitraumes in den folgenden drei Jahren nach § 6 KAG ausgeglichen werden müssen, in die Bilanz einzustellen. Im Zusammenhang mit dem Ergebnis aus dem Gebührenhaushalt Rettungsdienst resultierte in der Vergangenheit (2009/2010) ein Ertrag (Auflösung Sonderposten) von rd. 2,27 Mio. €, vgl. dazu auch die Ausführungen in den Erläuterungen zur Bilanz. Die Kostenüberdeckung im Bereich Rettungsdienst (gegenüber dem Gebührenzahler) ist ein Grund für das positive Gesamtergebnis. Die Erträge aus den *öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten* liegen insgesamt rd. 3,14 Mio. € über dem Planansatz.

5 Privatrechtliche Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und -umlagen

Zur Kontenart 441 gehören z. B. Erträge aus der Vermietung und Verpachtung von Grundstücken, Wohn- und Geschäftsräumen oder Garagen. Weiter zählen die Verkaufserlöse dazu, u. a. Erlöse für landwirtschaftliche bzw. forstwirtschaftliche Erzeugnisse oder auch Erlöse aus dem Verkauf von Drucksachen aller Art sind hier zu buchen. Im Berichtsjahr wurden Erträge in Höhe von 0,81 Mio. € (Vorjahr: 0,76 Mio. €) in der Produktgruppe Wald-, Forst- und Landwirtschaft erzielt.¹² Die Erträge aus der Vermietung (ohne Nebenkosten) von Dienstwohnungen, Parkplätzen und der Verpachtung der Kantine belaufen sich auf rd. 0,30 Mio. € (Vorjahr: 0,36 Mio. €).¹³

Die Kontenart 442 umfasst Erträge aus Kostenerstattungen. Erträge aus Kostenerstattung sind solche, die vom Oberbergischen Kreis aus der Erbringung von Gütern und Dienstleistungen für eine andere Stelle, die diese vollständig oder anteilig erstattet, erwirtschaftet werden. Der Erstattung liegt i. d. R. ein auftragsähnliches Verhältnis zu Grunde. Beispielsweise erfolgt hier die Buchung von Verwaltungskostenerstattungen, die aus der Delegation von den örtlichen oder überörtlichen Trägern der Sozialhilfe obliegenden Aufgaben resultieren. Insgesamt wird bei der Kontierung zwischen verschiedenen Bereichen (Bund, Land, etc.) differenziert. Die Bundeserstattungen von 3,84 Mio. € (Vorjahr: 1,36 Mio. €) resultierten überwiegend aus den Erstattungen im Zusammenhang mit Grundsicherung im Alter.¹⁴ Im Berichtsjahr erfolgten Landeserstattungen in Angelegenheiten nach dem Unterhaltungsvorschussgesetz (rd. 0,64 Mio. €, Vorjahr: 0,68 Mio. €).¹⁵ Zudem erfolgten Landeserstattungen von 169 Tsd. € im Zusammenhang mit der Landtagswahl 2012. Die Erstattungen von Gemeinden betragen rd. 0,71 Mio. € (Vorjahr: 0,43 Mio. €),¹⁶ der Hauptanteil entfällt auf die Produktbereiche Soziale Leistungen und Grundstücks- und Gebäudemanagement (Abrechnung anteiliger Kosten bezüglich der Helen-Keller Schule mit dem LVR). Die Erstattungen vom sonstigen öffentlichen Bereich betreffen mit rd. 4,47 Mio. € (Vorjahr: 4,21 Mio. €) hauptsächlich das Produkt Grundsicherung im Alter.

¹¹ Vgl. Produktgruppe 1.04.02 oder SK 432902.

¹² Vgl. Produktgruppe 1.13.02.

¹³ Vgl. Produktgruppe 1.01.12 und Sachkonto 441100.

¹⁴ Sachkonto 442100, vgl. auch Produktgruppe 1.05.03.

¹⁵ Vgl. Produktgruppen 1.02.09, 1.06.03 und SK 442200.

¹⁶ Sachkonto 442300.

cherung für Arbeitssuchende.¹⁷ Die Bundesagentur für Arbeit erstattet die Verwaltungskosten für die Durchführung der SGB-II-Gesetzgebung.

Die Kontenart 443 umfasst Kostenerstattungen. So wurde z. B. die Umwelt- und Versorgungsverwaltung ab Januar 2008 weitgehend kommunalisiert und das Personal übergeleitet, dazu werden Verwaltungskosten (Personal- und Sachkosten) erstattet. Insgesamt wurden Kostenerstattungen in Höhe von 1,58 Mio. € (Vorjahr 4,34 Mio. €) ertragswirksam verbucht. Die Kontenart 444 umfasst sonstige (kostenmindernde) Erlöse sowie Zuschüsse zu Projekten von rd. 5,66 Mio. € (Vorjahr: 6,81 Mio. €), die sich über den Ergebnisplan verteilen, z. B. Erstattungen für Kreismitarbeiter bei der ARGE/Jobcenter.¹⁸ Von hoher finanzieller Bedeutung für das Rechnungsergebnis ist die in Kontenart 447 abgebildete aufgabenbezogene Leistungsbeteiligung (Stichwort Unterkunft und Heizung) in Höhe von 10,34 Mio. € (Vorjahr: 11,0 Mio. €).¹⁹ Hierbei handelt es sich um Ausgleichsleistungen des Bundes nach dem Sozialgesetzbuch. Die Erträge aus *Kostenerstattungen* sowie *privatrechtlichen Leistungsentgelten* liegen insgesamt rd. 0,46 Mio. € über dem Planansatz.

6 Sonstige ordentliche Erträge

Zu den sonstigen ordentlichen Erträgen gehören alle Erträge, die nicht einer anderen Kontengruppe zuzuordnen sind. Hierzu zählten bis zum Berichtsjahr 2012 z. B. Erträge aus dem Verkauf von Vermögensgegenständen des Anlagevermögens. Seit Einführung des NKF-Weiterentwicklungsgesetzes sind Erträge unmittelbar mit der Allgemeinen Rücklage zu verrechnen (§ 43 Abs. 3 GemHVO). Die Kontenart 452 umfasst weitere sonstige ordentliche Erträge. Auf das Konto 452110 „Bußgelder“ sind z. B. Erträge auf Grund von Ordnungsstrafen, Erträge aus Verwarnungs- und Bußgeldern oder Zwangsgeldern zu buchen. An Buß-, Zwangs- und Verwarnungsgeldern wurden im Berichtsjahr rd. 2,49 Mio. € (Vorjahr: 2,30 Mio. €) ertragswirksam verbucht, davon entfallen rd. 2,26 Mio. € (Vorjahr: 1,99 Mio. €) auf die Produktgruppe Verkehrsangelegenheiten.²⁰

Auf den Konten 452200 bis 452220 werden Säumniszuschläge und dgl. sowie Mahn- und Vollstreckungsgebühren ausgewiesen. Hierzu zählen z. B. Stundungs- oder Verzugszinsen sowie Beitreibungsgebühren, sofern diese nicht mit der Hauptforderung zu verbuchen sind. Der Säumniszuschlag ist in erster Linie ein Druckmittel, um den Steuerpflichtigen zur pünktlichen Zahlung anzuhalten. Er ist aber auch eine Gegenleistung für das Hinausschieben der Fälligkeit (Zinseffekt) und ein Ausgleich für den durch eine verspätete Zahlung angefallenen zusätzlichen Verwaltungsaufwand.

In der Kontenart 453 sind Erträge aus der Auflösung von sonstigen Bilanzposten verbucht worden, dazu gehört die jährliche Abwicklung von historischen Zuwendungen, die in der Bilanz als passive Rechnungsabgrenzungsposten abgebildet werden. Nähere Informationen können dem Bericht Erläuterungen zur Bilanz in den Abschnitten aktive und passive Rechnungsabgrenzungsposten entnommen werden.

¹⁷ Sachkonto 442500, vgl. auch Produktgruppe 1.05.03.

¹⁸ Kontenart 444, vgl. auch Produktgruppe 1.05.03 oder Kst. 200500.

¹⁹ Vgl. Produktgruppe 1.05.03 sowie SK 447100.

²⁰ SK: 452110-452130, vgl. auch Produktgruppe 1.02.04.

In der Kontenart 458 sind nicht-zahlungswirksame ordentliche Erträge zu erfassen. Hierzu zählen Erträge aus Zuschreibungen, Erträge aus der Auflösung oder Herabsetzung von Rückstellungen und sonstige nicht zahlungswirksame Erträge. Auf dem Konto 458300 werden z. B. Erträge aus der Auflösung der in den Kontengruppen 25-28 (Bilanzsachkonten) erläuterten Rückstellungsarten ausgewiesen. Rückstellungen sind aufzulösen, sobald der Grund zur Rückstellungsbildung entfällt. Dazu gehören z. B. Erträge aus der Auflösung von Pensionsrückstellungen (rd. 1,62 Mio. €, Vorjahr: 1,56 Mio. €).²¹ Nähere Informationen zu den Rückstellungen können dem Bericht Erläuterungen zur Bilanz oder dem Rückstellungsspiegel entnommen werden. Die Erträge aus *sonstigen ordentlichen Erträgen* liegen insgesamt rd. 0,42 Mio. € über dem Planansatz.

7 Finanzerträge und außerordentliche Erträge

Zu den Finanzerträgen zählen Zinserträge, Erträge aus Beteiligungen, z.B. Dividenden oder andere Gewinnanteile sowie sonstige Finanzerträge. Die Kontenart 461 umfasst Zinserträge. Hierunter sind z. B. Zinserträge aus Darlehen bzw. Ausleihungen aus Geldanlagen sowie aus dem Giro- und Kontokorrentverkehr zu verstehen. In der Kontenart 465 sind Gewinnanteile aus verbundenen Unternehmen und Beteiligungen auszuweisen. Die Kontenart 469 umfasst sonstige Finanzerträge.

Im Berichtsjahr wurden rd. 0,83 Mio. € (Vorjahr: 0,82 Mio. €) an Zinsen von Kreditinstituten verbucht.²² Dazu zählen Zinsen aus sog. SWAP-Verträgen (Zinstauschgeschäfte), nähere Informationen zu diesen Verträgen können den Erläuterungen zur Bilanz entnommen werden sowie dem Abschnitt Zinsaufwendungen in diesem Bericht. Zudem wurden Zinserträge im Zusammenhang mit dem vorhandenen "Kapitalstock Pensionsrücklage" (siehe Abschnitt Finanzanlagen in den Erläuterungen zur Bilanz) ertragswirksam verbucht. Ferner wurden im Berichtsjahr rd. 0,86 Mio. € (Vorjahr: 1,63 Mio. €) an Erträgen aus Gewinnanteilen aus Beteiligungen vereinnahmt,²³ die z. B. der Bergische Abfallwirtschaftsverband, die Betriebsgesellschaft Radio Berg oder die OVAG ausgeschüttet haben. Nähere Informationen zu den Beteiligungen können dem Beteiligungsbericht entnommen werden. Die Kontenart 491 umfasst die außerordentlichen Erträge. Diese beruhen auf seltenen und ungewöhnlichen Vorgängen von wesentlicher Bedeutung. Im Berichtsjahr sind keine Vorgänge angefallen, die im Anhang erläutert werden müssten. Die sog. Finanzerträge liegen insgesamt rd. 0,08 Mio. € über dem Planansatz.

8 Personalaufwendungen

Zu den *Personalaufwendungen* gehören alle anfallenden Aufwendungen für die Beamten und tariflich Beschäftigten sowie für weitere Personen, die auf Grund von Arbeitsverträgen beschäftigt werden. Dazu gehören in erster Linie die Bruttobeträge der Entgelte der Beschäftigten und der Bezüge der Beamten einschließlich des Urlaubs- und Weihnachtsgeldes. Im Rahmen der Perioden- und Jahresabschlussarbeiten erfolgt die Buchung der Aufwendungen für Pensionsrückstellungen, der Aufwendungen für Rückstellungen für

²¹ SK: 458310.

²² Vgl. Produktgruppe 1.16.02 oder Sachkonto 461800.

²³ Sachkonto 469100.

nicht in Anspruch genommenen Urlaub, nicht ausbezahlte Überstunden und Mehrarbeit oder Aufwendungen auf Grund von Dienstherrwechsel. Mangels aussagekräftiger Erfahrungen aus der Vergangenheit wurden keine Aufwendungen für Rückstellungen für Altersteilzeit und Überstunden geplant. Auch wurden Ansätze teilweise nach dem Nettoprinzip veranschlagt, dann aber nach der Bruttomethode verbucht, so dass ein Soll-Ist-Vergleich nur bedingt geeignet ist. Die Beiträge zur Versorgungskasse (RVK) wurden irrtümlich als Personalaufwand und nicht in der Kontenklasse Versorgungsaufwendungen geplant. Eine Korrektur ist im Rahmen der Jahresabschlussarbeitenerfolgt.

Die Personalaufwendungen (ohne Versorgungsaufwendungen) betragen 56,91 Mio. € (Vorjahr: 50,57 Mio. €).²⁴ Der gesamte Personalaufwand im weiteren Sinn (d.h. inkl. Versorgungsaufwand) beträgt 61,12 Mio. € (Vorjahr: 56,05 Mio. €).²⁵ Allerdings bleiben bei dieser Brutto-Betrachtung z. B. Erträge aus der Auflösung von Pensionsrückstellungen oder Personalkostenerstattungen unberücksichtigt. Von den Personal- und Versorgungsaufwendungen wurden zudem nur rd. 55,14 Mio. € (Vorjahr: 46,75 Mio. €) kassenwirksam, was an der speziellen Verbuchung von Rückstellungen liegt.²⁶ Die Aufwendungen für die Bezüge der Beamten und die Vergütungen der tariflichen Beschäftigten betragen 35,48 Mio. € (Vorjahr: 33,34 Mio. €).²⁷ Die Beiträge zu Versorgungskassen, Sozialversicherungsbeiträge und die Kosten der Beihilfe betragen 8,50 Mio. € (Vorjahr: 6,61 Mio. €).²⁸ Die Höhe aller Rückstellungsaufwendungen in der Kontenklasse Personalaufwendungen beträgt 7,00 Mio. € (Vorjahr: 9,33 Mio. €).²⁹

Die Zuführung zu den Pensionsrückstellungen liegen mit einer Nettobelastung von rd. 3,80 Mio. € (Vorjahr: 7,21 Mio. €) über den prognostizierten Angaben der RVK (Plan: 3,48 Mio. €/netto) und teilen sich auf die Kontenklassen Personal- und Versorgungsaufwendungen auf.³⁰ Die Auswirkungen (nur Aufwand, ohne Ertrag) aus der Berücksichtigung von Pensionsrückstellungen in beiden Kontenklassen betragen 5,63 Mio. € (Vorjahr: 9,23 Mio. €) im Berichtsjahr.³¹

Wie oben erläutert wurden die Auswirkungen der Pensionsrückstellungen im Haushaltsplan in einer Netto-Summe berücksichtigt. In diesem Ist-Bericht werden die Auswirkungen nach der Brutto-Methode dargestellt. Bei dieser Brutto-Betrachtung bleiben Erträge aus der Auflösung von Pensionsrückstellungen von rd. 1,83 Mio. € (bei der Betrachtung der Personalaufwendungen) und ein Mehraufwand von 0,31 Mio. € der Pensionsrückstellungen unberücksichtigt.³²

9 Versorgungsaufwendungen

Unter *Versorgungsaufwand* sind alle auf Arbeitgeberseite anfallenden Aufwendungen im Zusammenhang mit den ehemaligen Beschäftigten zu verstehen. Dazu gehören in erster

²⁴ SK: 501100 - 509100.

²⁵ SK: 501100 - 516100.

²⁶ Vgl. Finanzrechnung bzw. SAP-Finanzgruppe G11-100 und G11-110.

²⁷ SK: 501100 - 501240.

²⁸ SK: 502100 - 504100.

²⁹ SK: 505100 - 507300.

³⁰ SK: 504100, 505100, 512100, 515100, 507300, 516100, abzgl. Erstattung, SK: 444908 und 458310, vgl. auch Kst. 1006.

³¹ SK: 504100, 505100, 507300, 515100 und 516100, Kst. 1006.

³² SK: 444908 und 458310, vgl. auch Kst. 1006.

Linie die Bruttobeträge der Versorgungsaufwendungen der Beamten, der Beschäftigten bzw. ihrer Hinterbliebenen. Die Abwicklung der Auszahlungen von Pensionen erfolgt im Auftrag durch die Rheinische Versorgungskasse in Köln (RVK). Im Rahmen einer kassenwirksamen Umlage wurden im Berichtsjahr 4,73 Mio. € (Vorjahr: 4,68 Mio. €) an die RVK geleistet.³³

Unter der Kostenart Versorgungsaufwendungen werden auch die anteiligen Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen für die Versorgungsempfänger berücksichtigt, z. B. durch einen unterjährigen Übergang in den Ruhestand von Beamten (d. h. "Abgang" bei den Pensionsrückstellungen für Beschäftigte und "Zugang" bei den Versorgungsempfängern). Die Versorgungsaufwendungen im Zusammenhang mit den Pensionsrückstellungen betragen 0,61 Mio. € (Vorjahr: 0,80 Mio. €) und ergeben sich aus den Berechnungen der RVK, vgl. auch Ausführungen zur Bilanzposition Pensionsrückstellungen.³⁴

10 Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen umfassen alle Aufwendungen für empfangene Sach- und Dienstleistungen, die mit der Verwaltungstätigkeit des Oberbergischen Kreises wirtschaftlich zusammenhängen. Die Kontenart 522 und 523 umfasst insbesondere Aufwendungen (Erhaltungsaufwand) für die Unterhaltung der Grundstücke und eigener, gemieteter und gepachteter Gebäude, um diese in einem ordnungsgemäßen Zustand zu erhalten. Hauptmerkmal dieser Aufwendungen ist, dass sie durch die gewöhnliche Nutzung des Vermögensgegenstandes veranlasst werden. Zu den Aufwendungen für die Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen gehören Kosten für Energie, Reinigung, Sanierungsmaßnahmen und sonstige Bewirtschaftung (z.B. Bewachung). Ferner sind auch die Aufwendungen, die im Zusammenhang mit der Haltung der Fahrzeuge oder der Unterhaltung des sonstigen beweglichen Vermögens entstehen, diesen Kontenarten zuzuordnen. Hierunter fallen sämtliche Aufwendungen für die Unterhaltung und Instandsetzung der PKW oder der Spezialfahrzeuge (z. B. Rettungsdienst) und anderen Fahrzeuge. Beispiele sind in diesem Zusammenhang Pflege- und Inspektionskosten sowie Aufwendungen für Treibstoffe.

Die Kosten für Energie (Strom, Gas, etc.), Abwasser und Wasser belaufen sich auf rd. 1,98 Mio. € (Vorjahr: 1,80 Mio. €).³⁵ Die Kosten für Abfallentsorgung und Reinigungsdienste betragen rd. 1,09 Mio. € (Vorjahr: 1,05 Mio. €).³⁶ Die Kosten für Sanierungsmaßnahmen (insb. für Gebäude und Straßen) betragen rd. 4,40 Mio. € (Vorjahr: 5,34 Mio. €), davon entfallen rd. 1,04 Mio. € (Vorjahr: 0,72 Mio. €) auf den Produktbereich Verkehrsflächen (Kreisstraßen).³⁷ Der größte Teil der Gebäudesanierung betrifft die kreiseigenen Schulen, der Erhaltungsaufwand für Berufskollegs und Förderschulen beträgt rd. 2,21 Mio. € (Vorjahr: 1,59 Mio. €).³⁸ Neben den Sanierungsmaßnahmen im Produktbereich Verkehrsflächen fallen hier noch Unterhaltungsaufwendungen für die Kreisstraßen in Höhe von rd. 1,06 Mio. € (Vorjahr: 1,14 Mio. €) an, die vorwiegend durch

³³ SK: 512100, vgl. auch Kst. 1002, ggfs. auch Kst. 1006.

³⁴ SK: 515100 und 516100.

³⁵ SK: 522100-522400 und 522700-522900.

³⁶ SK: 523710-523730.

³⁷ SK: 523140, vgl. auch Produktgruppe 1.12.01.

³⁸ Vgl. Kst.: 10180, 11030-11060 und 12010-13050 sowie SK 523140.

den Landesbetrieb Straßenbau NRW durchgeführt werden.³⁹ Daneben entstehen noch Kosten der Grundstücksbewirtschaftung von rd. 0,16 Mio. € (Vorjahr: 0,18 Mio. €).⁴⁰ Die Aufwendungen, die im Zusammenhang mit der Haltung der Fahrzeuge entstehen, betragen rd. 0,58 Mio. € (Vorjahr: 0,57 Mio. €), der überwiegende Teil davon entfällt auf die Produktgruppe Rettungsdienst.⁴¹

Unter den Sachkonten 524100 bis 524400 werden besondere Verwaltungsaufwendungen erfasst, die dem Schulbereich zugeordnet werden. Hierzu zählen u. a. die Aufwendungen für Lernmittel nach dem Lernmittelfreiheitsgesetz und insbesondere die sog. Schülerförderungskosten von 2,50 Mio. € (Vorjahr: 2,55 Mio. €).⁴² Im Berichtsjahr wurden Erstattungen an Gemeinden sowie an sonstige öffentliche und übrige Bereiche von 10,84 Mio. € (Vorjahr: 10,17 Mio. €) geleistet.⁴³ Die Erstattungen an Gemeinden von 6,93 Mio. € (Vorjahr: 6,42 Mio. €) betreffen insbesondere die Produktgruppen *Unterstützung von Senioren* (0,65 Mio. €, Vorjahr: 0,63 Mio. €), *Hilfen bei Einkommensdefiziten* (4,47 Mio. €, Vorjahr: 4,13 Mio. €) und *Individuelle Hilfen für junge Menschen und Familien* (1,28 Mio. €, Vorjahr: 1,24 Mio. €).⁴⁴ Unter dem Sachkonto werden z. B. auch Kostenerstattungen im Rahmen von Wahlen und die Beteiligung an den Kosten der Kreis- und Stadtbücherei abgewickelt. Die Erstattungen an sonstige öffentliche Bereiche von 1,09 Mio. € (Vorjahr: 1,07 Mio. €) beziehen sich allein auf die Produktgruppe *Einkommensdefizite*.⁴⁵ Die Erstattungen an übrige Bereiche von 2,80 Mio. € (Vorjahr: 2,67 Mio. €) betreffen überwiegend die Produktgruppen *Unterstützung von Senioren* (0,36 Mio. €, Vorjahr: 0,31 Mio. €), *Hilfen zur Gesundheit, bei Behinderungen und in anderen Lebenslagen* (0,06 Mio. €, Vorjahr: 0,11 Mio. €), *Gesundheitshilfe* (0,29 Mio. €, Vorjahr 0,29 Mio. €) und *Kinder in Tageseinrichtungen/Tagespflege* (2,06 Mio. €, Vorjahr 1,93 Mio. €).⁴⁶ Bei der zuletzt genannten Position handelt es sich um Erstattungen aufgrund vertraglicher Leistungen für freie Kindergartenträger wie Elterinitiativen, Kirchengemeinden oder soziale Vereine.

Im Laufe der Jahre hat sich herausgestellt, dass es in einigen Bereichen sinnvoll für die Informationsgewinnung ist, mit separaten Sachkonten⁴⁷ zu arbeiten. Unter den Sachkonten 529901 bis 529906 werden beispielsweise Kostenerstattungen an die Krankenhäuser und andere Institutionen geleistet, um die Kosten von Notärzten und Rettungswachen abzurechnen, die Aufwendungen für diese Sach- und Dienstleistungen belaufen sich im Berichtsjahr auf rd. 1,82 Mio. € (Vorjahr: 7,21 Mio. €). Im Nachfolgenden werden einige separate Sachkonten mit finanziellen Auswirkungen von über 100.000 € genannt, eine kleinteilige Erläuterung aller Sachkonten würden den Rahmen sprengen und die Sicht auf die Hauptkostenblöcke verhindern: Rettungsdienst-Medizinischer Bedarf: 0,29 Mio. €, Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeuntersuchung: 0,39 Mio. €, Tierkörperbeseitigung nach TierNebG: 0,36 Mio. €, Förderprogramm Schulen: 0,16 Mio. €. Die *Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen* liegen insgesamt rd. 1,72 Mio. € unter dem Planansatz.

³⁹ Vgl. Produktgruppe 1.12.01 und SK 523200.

⁴⁰ Vgl. Produktgruppe 1.12.01 und SK 524908.

⁴¹ SK: 522500-522600 und 523400-523410.

⁴² Vgl. Produktgruppe 1.03.03 oder SK 524100.

⁴³ SK: 525300-525900.

⁴⁴ SK: 525300, vgl. auch Produktgruppen 1.05.01, 1.05.03 und 1.06.03.

⁴⁵ Vgl. Produktgruppe 1.05.03 oder SK 525500.

⁴⁶ SK 525900, vgl. auch Produktgruppen 1.05.01, 1.05.02, 1.07.03 und 1.06.01.

⁴⁷ Vgl. auch SK: 524901-524908, 526801-528908 und 529901-529938.

11 Transferaufwendungen

Unter Transferaufwendungen im Bereich der öffentlichen Verwaltung sind Aufwendungen zu verstehen, denen keine konkreten Gegenleistungen gegenüberstehen. Sie beruhen auf einseitigen Verwaltungsvorfällen, nicht auf einem Leistungsaustausch, und werden im Rahmen des Rechnungswesens als Transferaufwendungen erfasst. Beispiele für Transferaufwendungen sind die Leistungen der Sozialhilfe und der Jugendhilfe. Die Transferaufwendungen (alle 53er-Konten) stellen den größten Aufwandsposten in der Verwaltung dar.

Im Berichtsjahr sind insgesamt rd. 150,25 Mio. € (Vorjahr: 137,36 Mio. €) an Transferaufwendungen angefallen. Davon entfallen alleine 54,25 Mio. € (Vorjahr: 50,48 Mio. €) auf die Landschaftsumlage.⁴⁸ Hierunter sind Aufwendungen zu verstehen, die ohne Zweckbindung an einen bestimmten Aufgabenbereich zur Deckung eines allgemeinen Finanzbedarfs aufgrund eines bestimmten Schlüssels an den Landschaftsverband Rheinland geleistet werden.

Weitere Transferaufwendungen in Höhe von 30,09 Mio. € (Vorjahr: 27,91 Mio. €) entfallen auf die Produktgruppe *Förderung Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege*.⁴⁹ Neben den Kosten der Jugendhilfe (z. B. Kosten der Unterbringung in Tagespflege) und der Förderung von Schülerbetreuungsmaßnahmen werden hier insbesondere die Zuschüsse zu den Betriebskosten für freie Träger von Tageseinrichtungen für Kinder (SK 531900) abgewickelt. Unter Zuweisungen und Zuschüssen sind Finanzhilfen zur Erfüllung von Aufgaben des Empfängers zu verstehen. Weiter wurden im Berichtsjahr Transferaufwendungen von 21,03 Mio. € (Vorjahr: 20,26 Mio. €) in der Produktgruppe *Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien* geleistet.⁵⁰ Dazu gehören beispielsweise Zuschüssen zu den Kosten für Erziehungsberatungsstellen, Kosten der Heimerziehung und Hilfen für junge Volljährige, Kosten einer intensiven sozialpädagogischen Einzelbetreuung, Eingliederungshilfen für behinderte Kinder und Jugendliche und die Kosten des Vollzugs des Unterhaltsvorschussgesetzes.

Neben dem Jugendhilfebereich ist der Sozialhilfebereich einer der großen Aufgabenkreise in der Verwaltung mit erheblichen Aufwendungen von Transferleistungen. Sozialtransferaufwendungen bezeichnen alle sozialen Leistungen, die natürlichen Personen in Form individueller Hilfen gewährt werden. Auf die Produktgruppe *Hilfen zur Gesundheit, bei Behinderungen und in anderen Lebenslagen* entfallen 20,34 Mio. € (Vorjahr: 19,70 Mio. €) im Berichtsjahr.⁵¹ Die Transferaufwendungen für Zuschüsse an Verbände und Vereine zwecks Beratung nach dem Gewaltschutzgesetz oder Zuschüsse an Frauenhäuser betragen rd. 1,30 Mio. € (Vorjahr: 1,27 Mio. €).⁵² Die Sozialhilfeaufwendungen in diesem Bereich summieren sich auf 11,57 Mio. € (Vorjahr: 11,41 Mio. €).⁵³ Die Kosten für Pflengewohnngeld nach § 14 PFG NW betragen rd. 7,34 Mio. € (Vorjahr: 6,99 Mio. €).⁵⁴ Die Transferaufwendungen in der Produktgruppe *Hilfen bei Einkommensdefiziten* betragen rd. 15,37 Mio. € (Vorjahr: 14,63 Mio. €), davon entfallen wiederum 12,92 Mio. € (Vorjahr:

⁴⁸ SK: 537240.

⁴⁹ Vgl. Produktgruppe 1.06.01.

⁵⁰ Vgl. Produktgruppe 1.06.03.

⁵¹ Vgl. Produktgruppe 1.05.02.

⁵² Vgl. Produktgruppe 1.05.02, SK 531900.

⁵³ Vgl. Produktgruppe 1.05.02, SK: 533100,533200 und 533900.

⁵⁴ SK: 533920.

13,35 Mio. €) auf Sozialhilfe (Grundsicherungsleistungen und Hilfe zum Lebensunterhalt) sowie 0,53 Mio. € (Vorjahr: 0,54 Mio. €) für die *psychosoziale* Betreuung (Eingliederungsleistungen an Arbeitssuchende), 0,41 Mio. € (Vorjahr: 0,38 Mio. €) für die *Schuldnerberatung* und 1,51 Mio. € (Vorjahr 0,30 Mio. €) für Kosten von *Bildung und Teilhabe*.⁵⁵

Die Zuschüsse und sonstigen sozialen Leistungen in den Bereichen *Gesundheitsförderung* und *Gesundheitshilfe* betragen 1,33 Mio. € (Vorjahr: 1,29 Mio. €).⁵⁶ Dabei handelt es sich beispielsweise um Zuschüsse an Vereine zwecks Förderung und Betreuung von behinderten Kindern, Zuschüsse an Beratungsstellen (Schwangerschaftskonfliktberatung), Zuschüsse zur Betreuung von Suchtkranken sowie den Kosten der ambulanten Sprachheilfürsorge. Die Zuschüsse im Produktbereich Sportförderungen betragen 0,21 Mio. € (Vorjahr: 0,21 €).⁵⁷ Die Transferaufwendungen für die Produktgruppe *ÖPNV* betragen rd. 5,92 Mio. € (Vorjahr: 1,77 Mio. €), hier wird der Zuschuss für die *OVAG* abgewickelt und ab dem Berichtsjahr 2012 auch die Kosten der Ausbildungsverkehrspauschale.⁵⁸ Bei der Ausbildungsverkehrspauschale handelt es sich um die Weiterleitung von Landesmitteln nach dem neuen *ÖPNV-Gesetz* des Landes NRW. Einzelheiten zu den Beteiligungen des Kreises können dem Beteiligungsbericht entnommen werden. Die *Transferaufwendungen* liegen insgesamt rd. 2,33 Mio. € über dem Planansatz.

12 Sonstige ordentliche Aufwendungen

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen (aller 54er-Konten) umfassen alle weiteren Aufwendungen, die dem Ergebnis der gewöhnlichen Verwaltungstätigkeit hinzuzurechnen sind und den Kontengruppen 50 bis 53 nicht speziell zugeordnet werden können.

Die Kontenart 541 umfasst sonstige Personalnebenaufwendungen, die nicht den eigentlichen Personalaufwendungen im engeren Sinne zuzuordnen sind. Zu diesen Aufwendungen von 1,09 Mio. € (Vorjahr: 1,06 Mio. €) im Berichtsjahr zählen insbesondere die Kosten von Aus- und Fortbildungen, Reisekosten, Dienst- und Schutzkleidung (insb. Rettungsdienst). Die Kontenart 542 umfasst Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Rechten und Diensten. Hierzu gehören die mit ehrenamtlicher oder sonstiger Tätigkeit zusammenhängenden Aufwendungen und die Kosten für Mieten und Pachten. Die Miet- und Pachtaufwendungen für Gebäude, einzelne Diensträume und Grundstücke belaufen sich auf 1,45 Mio. € (Vorjahr: 1,36 Mio. €),⁵⁹ davon entfallen alleine 0,34 Mio. € (Vorjahr: 0,32 Mio. €) auf den Schulbereich⁶⁰ sowie 0,61 Mio. € (Vorjahr: 0,56 Mio. €) für die Anmietung der "ARGE-Standorte"⁶¹. Die Kosten für Leasing betragen 0,60 Mio. € (Vorjahr: 0,72 Mio. €), hervorgerufen insbesondere durch die Leasingaufwendungen für Fahrzeuge, Kopiergeräte und ADV-Anlagen.⁶²

⁵⁵ Vgl. Produktgruppe 1.05.03.

⁵⁶ Vgl. Produktgruppe 1.07.01 und 1.07.03.

⁵⁷ Vgl. Produktgruppe 1.08.01.

⁵⁸ Vgl. Produktgruppe 1.12.02.

⁵⁹ SK: 542100 und 542110.

⁶⁰ Siehe Kst. 11040 - 11060, 11090, 11120 - 11140 und 12025.

⁶¹ Siehe Kst. 11070, 11200 - 11310.

⁶² SK: 542200.

Die Aufwendungen für die sonstige Inanspruchnahme von Rechten und Diensten (SK 542900) stellt einen typischen Sammelposten dar. Hier sind die Aufwendungen zu verbuchen wie Dolmetscherkosten im Bereich Ausländerangelegenheiten, Kosten des Luftrettungsdienstes, die Anschaffung von Fotos und Fotorechten oder die Erstellung des Sozialberichtes. Die Aufwendungen für ehrenamtliche und sonstige Tätigkeiten belaufen sich auf 0,46 Mio. € (Vorjahr: 0,79 Mio. €),⁶³ hier sind hauptsächlich die Zuwendungen an die Kreistagsmitglieder und an die sachkundigen Bürger erfasst, im Berichtsjahr 2011 zudem die Kosten der Volkszählung "Zensus 2011". Die typischen Geschäftsaufwendungen der Verwaltung sind unter den Sachkonten 543100-543600 erfasst. Zu diesen Geschäftsaufwendungen von 1,10 Mio. € (Vorjahr: 1,16 Mio. €) im Berichtsjahr gehören Aufwendungen für Büromaterial, Telefon, Bücher, Zeitschriften sowie Porto und Versand. Ferner sind hier die Kosten für öffentliche Bekanntmachungen einzuordnen. Neben dem typischen Verbrauchsmaterial wie Papier, Toner oder Leuchtstoffröhren erfassen die Geschäftsaufwendungen aber auch spezielle Materialien Plaketten der Bundesdruckerei oder die Materialbeschaffung im Rahmen der Fleischbeschauung. Nach Aufstellung des ersten NKF-Haushaltes hat sich im Laufe der Bewirtschaftung herausgestellt, dass es in einigen Bereichen sinnvoll für die Informationsgewinnung ist, mit separaten Sachkonten⁶⁴ zu arbeiten. Dazu gehören beispielsweise die Zuwendungen an die Kreistagsfraktionen sowie Kostenbeiträge zum Tagesmütternetzwerk oder zur Biologischen Station. Auch die Aufwendungen an die *civitic* für die Verfahrensbereitstellung von ADV-Programmen wird über ein solches Zusatz-Sachkonto (hier SK 542901) abgewickelt. Die Aufwendungen für Versicherungen belaufen sich auf 0,79 Mio. € (Vorjahr: 0,78 Mio. €).⁶⁵ Die Verwaltung ist gegen typische Schadensfälle versichert, z. B. durch Gebäude- und KFZ-Versicherungen oder Unfall- und Haftpflichtversicherung. Die Beitragsaufwendungen⁶⁶ zu Verbänden und Vereinen betragen 0,37 Mio. € (Vorjahr: 0,36 Mio. €). Dazu zählen beispielsweise Beiträge an den Landkreistag, die Ausgleichsabgabe an den Aggerverband oder der Beitrag an den Verein Region Köln/Bonn.

Der größte Anteil der sonstigen ordentlichen Aufwendungen wird allerdings durch die Kosten der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II (Hartz IV) hervorgerufen. Die Unterkunfts- und Heizungskosten sowie die Wohnungsbeschaffungs- und Umzugskosten und einmalige Leistungen an Arbeitssuchende summieren sich auf 30,23 Mio. € (Vorjahr: 31,66 Mio. €) im Berichtsjahr. Aufgrund finanzstatistischer Vorgaben sind diese Kosten unter den Sachkonten 546200 bis 546220 zu verbuchen und nicht etwa als Transferaufwendungen.

Verfügun gsmittel bezeichnen Beträge, die dem Landrat zur Verfügung stehen. Wegen der rechtlichen Bedeutung wird unabhängig von der finanziellen Größenordnung auf die Verfügungsmittel des Landrates hingewiesen. Im Berichtsjahr entstanden Aufwendungen in Höhe von 10,3 Tsd. € (Vorjahr: 6,8 Tsd. €).⁶⁷ Die *sonstigen ordentlichen Aufwendungen* liegen insgesamt rd. 2,58 Mio. € unter dem Planansatz.

⁶³ SK: 542800.

⁶⁴ SK: 524901-524908, 526801-528908 und 529901-529938.

⁶⁵ SK: 544100-544200.

⁶⁶ SK: 544300.

⁶⁷ SK: 549100.

13 Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen

Zinsen sind der Preis für die Überlassung von Fremdkapital über einen festgelegten Zeitraum. Es handelt sich um Finanzaufwendungen, deren Höhe durch die Verbindlichkeiten in der Bilanz hervorgerufen wird. Die langfristigen Verbindlichkeiten zum Ende des Berichtsjahres belaufen sich auf 52,21 Mio. € (Vorjahr: 55,56 Mio. €). Die Kontenart 551 umfasst die dazu korrespondierenden Zinsaufwendungen sowie Zinsen für kurzfristige Kassenkredite. Beispiele sind insbesondere Zinsen für aufgenommene Kredite bei der Kreissparkasse Köln. Die gesamten Zinsaufwendungen betragen 3,13 Mio. € (Vorjahr: 3,21 Mio. Euro). Nähere Informationen zu einzelnen Krediten können der Schuldenübersicht entnommen werden, die jährlich aufgestellt wird. Die Aufwendungen für Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen liegen rd. 0,37 Mio. € unter dem Planansatz.

14 Bilanzielle Abschreibungen

Abschreibungen erfassen den Betrag des an Vermögensgegenständen eintretenden Werteverzehrs. Der Grund der Wertminderungen kann technischer (z.B. Abnutzung, Verschleiß), wirtschaftlicher (z.B. Fehlinvestition, technischer Fortschritt) oder rechtlicher Natur (z.B. Ablauf von Rechten, gesetzliche Änderungen) sein. Es sind planmäßige und außerplanmäßige Abschreibungen zu unterscheiden. Vermögensgegenstände des Anlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, müssen planmäßig abgeschrieben werden, wobei die Anschaffungs- oder Herstellungskosten bzw. der bilanzielle Zeitwert mit Hilfe einer bestimmten Abschreibungsmethode auf die Nutzungsdauer verteilt wird. In der Regel wird die lineare Abschreibungsmethode verwendet werden. In begründeten Ausnahmefällen ist auch eine abweichende Methode zulässig, deren Anwendung im Einzelfall im Anhang zu erläutern ist. Als Grundlage der Berechnung der Abschreibung dient die bekannt gegebene Abschreibungstabelle, die als Grundlage der Bestimmung der Nutzungsdauer unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse fungiert.

Im Berichtsjahr belaufen sich die bilanziellen Abschreibungen auf 8,01 Mio. € (Vorjahr: 8,21 Mio. €).⁶⁸ Die Buchung der außerplanmäßigen Abschreibungen erfolgt neben planmäßig anfallenden Abschreibungen. Voraussetzungen und Höhe außerplanmäßiger Abschreibungen werden im Einzelfall ermittelt, begründet und schriftlich festgehalten. In der Kontenart 573 bis 576 werden Abschreibungen auf bewegliche und unbewegliche Vermögensgegenstände verbucht. Der Hauptanteil der Abschreibungen von 7,91 Mio. € (Vorjahr: 7,98 Mio. €) steht im Zusammenhang mit dem Infrastrukturvermögen und den bebauten Grundstücken. Abschreibungen auf Finanzanlagen werden dagegen in der Kontenart 577 ausgewiesen. Bei Finanzanlagen ist zu berücksichtigen, dass hier keine planmäßige Abschreibung erfolgt. Diese Anlagengüter können lediglich außerplanmäßig abgeschrieben werden. Im Berichtsjahr gibt es keine Anhaltspunkte, die eine außerplanmäßige Abschreibung auf Finanzanlagen rechtfertigen könnten.

Die Kontenart 578 umfasst die Abschreibungen auf das Umlaufvermögen, insbesondere Abschreibungen auf Forderungen. Analog zum Handelsrecht gilt bei der Bewertung des Umlaufvermögens das strenge Niederstwertprinzip: Bei Vermögensgegenständen des

⁶⁸ SK: 572100 - 579100.

Umlaufvermögens sind Abschreibungen vorzunehmen, um diese mit dem niedrigeren Wert anzusetzen, der sich aus dem beizulegenden Wert am Abschlussstichtag ergibt. Die Aufwendungen für bilanzielle Abschreibungen liegen insgesamt rd. 1,05 Mio. € unter dem Planansatz.

15 Außergewöhnliche Aufwendungen

Aufwendungen, die außerhalb des ordentlichen Verwaltungsverlaufes anfallen, aber durch die Aufgabenerfüllung der Gemeinde verursacht wurden, werden als außerordentliche Aufwendungen bezeichnet. Außerordentliche Aufwendungen beruhen auf seltenen und ungewöhnlichen Vorgängen von wesentlicher Bedeutung. Beispiele für außerordentliche Aufwendungen können Naturkatastrophen und sonstige durch höhere Gewalt verursachte Unglücke sein. Aufwendungen aus Vermögensveräußerungen zählen nicht zu den außerordentlichen Aufwendungen. Die außerordentlichen Aufwendungen wirken sich zwar mindernd auf das Gesamtergebnis aus, haben aber keinen Einfluss auf die Ermittlung des ordentlichen Ergebnisses. In der Ergebnisrechnung werden die außerordentlichen Aufwendungen zusammen mit den außerordentlichen Erträgen im Posten „Außerordentliches Ergebnis“ ausgewiesen. Im Berichtsjahr haben sich keine Aufwendungen ergeben, die im außerordentlichen Bereich zu erfassen gewesen wären.

16 Jahresergebnis

Nach Abwägung zwischen Rücksichtnahmegebot und Umlageanspruch ist der Oberbergische Kreis mit dem Haushaltsplan 2011 erneut in die Haushaltssicherung (nach 1994-1998 sowie 2003-2008) getreten. Mit dem Haushalt 2012 schreibt der Oberbergische Kreis das angesichts der angespannten Haushaltslage seiner 13 kreisangehörigen Kommunen im Vorjahr aufgestellte Haushaltssicherungskonzept fort. Der Entwurf der Haushaltssatzung 2012 wurde in die Sitzung des Kreistages am 15.12.2011 eingebracht und am 22.03.2012 vom Kreistag beschlossen. Es handelt sich um den vierten NKF-Haushalt nach der Umstellung im Jahr 2009. Der Kreistag hat einen allgemeinen Kreisumlage-Hebesatz von 44,30 Prozent (Vorjahr: 45,38 Prozent) festgesetzt. Auf einen Zuschlag von 4 Mio. € zum Abbau der Altfehlbeträge aus dem bisherigen Haushaltssicherungskonzept wurde zugunsten der kreisangehörigen Kommunen erneut verzichtet. Der Haushaltsplan ist in Ertrag und Aufwand nicht ausgeglichen, vorgesehen waren Erträge von 293,98 Mio. € (Vorjahr: 293,15 Mio. €) und Aufwendungen von 297,81 (Vorjahr: 304,32 Mio. €). Der Fehlbetrag im Plan von 3,83 Mio. € hätte nur fiktiv durch Inanspruchnahme der *Allgemeinen Rücklage* gedeckt werden können. Mit Verfügung vom 13.08.2012 hat der Regierungspräsident Köln den Kreishaushalt 2012 und das aufgestellte Haushaltssicherungskonzept 2012 - 2014 genehmigt.

Im Berichtsjahr wird ein positives Jahresergebnis vorgelegt. Die Erträge summieren sich auf: 300.918.272,09 € (Vorjahr: 284.244.818,27 €). Die Aufwendungen summieren sich auf: 296.797.654,48 € (Vorjahr: 287.734.095,06 €). Das positive Jahresergebnis beträgt +4.120.617,61 € (Vorjahr/Fehlbetrag 2011: -3.489.276,79 €). Der kumulierte Fehlbetrag 2009 bis 2012 beläuft sich auf -10.831.477,40 €.

Anhang: Übersicht über die Bürgschaften

Bürgschaft gewährt für	Betrag	Bank	Art
Elterninitiative "Kleine Freunde" e.v., Hemmerholzer Weg 18, Morsbach	51.129 €	KSK Köln	Ausfallbürgschaft
Neubau des Kindergartens Engelskirchen-Schnellbach	Der OBK übernimmt als zuständiger örtlicher Träger der öffentl. Jugendhilfe für die Mietzahlungen aus dem Mietvertrag zw. der Bauunternehmung und der Johanniter Unfallhilfe e.V. die Bürgschaft. (siehe KT-Beschluss v. 18.03.2004)		
Neubau des Kindergartens Engelskirchen-Osberghausen	Der OBK übernimmt als zuständiger örtlicher Träger der öffentl. Jugendhilfe für die Mietzahlungen aus dem Mietvertrag zw. der Bauunternehmung und der Johanniter gGmbH die Bürgschaft. (siehe KT-Beschluss v. 22.09.2005)		
Übernahme einer Ausfallbürgschaft, Kreiskrankenhaus Waldbröl	Der OBK übernimmt als Gesellschafter des Klinikums Oberberg entsprechend seinem Gesellschafteranteil gemäß § 18 des Gesellschaftervertrages in Höhe von 95,7 % eine Ausfallbürgschaft für den von der Kreissparkasse Köln zu Verfügung gestellten Darlehensrahmen. Die Bürgschaft gilt zeitlich begrenzt für die Dauer bis zum 30.06.2025 (siehe KT-Beschluss v. 25.09.2008).		
Gemeinnützige Gesellschaft Das Bergische gGmbH	Der Rheinisch-Bergische Kreis, der Oberbergische Kreis und der Zweckverband Naturpark Bergisches Land übernehmen eine modifizierte Ausfallbürgschaft in Höhe von maximal 1.744.404 Euro für die durch das Land NRW gewährten Fördermittel. (Projekt Wege durch die Zeit).		

Gummersbach, 7. März 2014

gez.

Hagen Jobi
Landrat

gez.

Klaus Grootens
Kreiskämmerer

ANLAGE 6.1.5

Anlagenspiegel

Anlagevermögen	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Abschreibungen		Buchwert	
	Stand am 31.12. des Vorjahres	Zugänge im Haushaltsjahr	Abgänge im Haushalts- jahr	Umbu- chungen im Haushaltsjahr	Abschrei- bungen im Haushaltsjahr	Kumulierte Abschrei- bungen (auch aus Vorjahren)	am 31.12. des Haushalts- jahres	am 31.12. des Vorjahres
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		+	-	+/-	-	-		
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	926.337,05	300.276,07	0,00	40.633,31	219.433,38	647.067,43	620.179,00	498.703,00
2. Sachanlagen	273.739.016,39	13.875.203,48	006.923,51	-40.633,31	7.907.431,33	30.903.690,63	255.662.972,42	250.464.773,58
2.1. Unbebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	17.244.943,80	45.508,20	4.359,00	0,00	14.816,00	59.266,00	17.226.827,00	17.200.493,80
2.1.1. Grünflächen	799.608,38	0,00	0,00	0,00	13.900,00	55.600,00	744.008,38	757.908,38
2.1.2. Ackerland	34.991,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	34.991,00	34.991,00
2.1.3. Wald, Forsten	16.189.206,83	45.508,20	4.359,00	0,00	916,00	3.666,00	16.226.690,03	16.186.456,83
2.1.4. Sonstige unbebaute Grundstücke	221.137,59	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	221.137,59	221.137,59
2.2. Bebaute Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte	115.952.052,44	574.342,84	409.569,00	586.658,71	3.056.586,55	11.582.254,92	105.121.230,07	107.350.417,07
2.2.1. Kinder- und Jugendeinrichtungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.2.2. Schulen	66.455.847,32	0,00	0,00	0,00	1.959.176,00	7.288.792,25	59.167.055,07	61.126.231,07
2.2.3. Wohnbauten	623.337,00	0,00	0,00	0,00	9.041,00	36.166,00	587.171,00	596.212,00
2.2.4. Sonstige Dienst-, Geschäfts- und Betriebsgebäude	48.872.868,12	574.342,84	409.569,00	586.658,71	1.088.369,55	4.257.296,67	45.367.004,00	45.627.974,00
2.3. Infrastrukturvermögen	118.942.094,42	1.649.336,26	421.747,00	1.872.269,69	3.814.443,96	15.233.554,61	106.808.398,76	107.475.777,77
2.3.1. Grund und Boden des Infrastrukturvermögens	6.729.976,77	162.621,99	16.229,00	16.000,00	0,00	0,00	6.892.369,76	6.729.976,77
2.3.2. Brücken und Tunnel	8.559.536,00	0,00	0,00	0,00	287.481,00	1.205.476,00	7.354.060,00	7.641.541,00
2.3.3. Gleisanlagen mit Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.3.4. Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.3.5. Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen	103.652.581,65	1.486.714,27	405.518,00	1.856.269,69	3.526.962,96	14.028.078,61	92.561.969,00	93.104.260,00
2.3.6. Sonstige Bauten des Infrastrukturvermögens	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.4. Bauten auf fremdem Grund und Boden	1.379.799,93	30.891,71	0,00	1.425,29	44.785,00	178.333,93	1.233.783,00	1.246.251,00
2.5. Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	3.187.160,25	833.951,00	0,00	0,00	0,00	0,00	4.021.111,25	3.187.160,25
2.6. Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	2.582.556,78	1.113.791,37	162.483,74	122.077,38	460.853,75	1.049.790,79	2.606.151,00	1.843.920,00
2.7. Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.025.506,08	865.038,07	8.764,77	0,00	515.946,07	2.800.490,38	3.081.289,00	2.735.851,00
2.8. Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	9.424.902,69	8.762.344,03	0,00	-2.623.064,38	0,00	0,00	15.564.182,34	9.424.902,69
3. Finanzanlagen	46.256.226,90	9.104.095,30	602.800,00	0,00	0,00	0,00	52.757.522,20	46.256.226,90
3.1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.2. Beteiligungen	27.041.756,56	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	27.041.756,56	27.041.756,56
3.3. Sondervermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3.4. Wertpapiere des Anlagevermögens	19.214.470,34	9.104.095,30	602.800,00	0,00	0,00	0,00	25.715.765,64	19.214.470,34

Verbindlichkeitspiegel

Art der Verbindlichkeiten	mit einer Restlaufzeit von				Gesamtbetrag des Vorjahres EUR
	Gesamtbetrag des Haus- haltsjahres EUR	bis zu 1 Jahr EUR	1 bis 5 Jahre EUR	mehr als 5 Jahre EUR	
	EUR	EUR	EUR	EUR	
1. Anleihen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2. Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	52.214.537,40	70.119,81	9.726.881,22	42.417.536,37	55.562.066,94
2.1. von verbundenen Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.2. von Beteiligungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.3. von Sondervermögen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.4. vom öffentlichen Bereich	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.4.1. vom Bund	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.4.2. vom Land	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.4.3. von Gemeinden (GV)	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.4.4. von Zweckverbänden	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.4.5. vom sonstigen öffentlichen Bereich	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.4.6. von sonstigen öffentlichen Sonderrechnungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2.5. vom privaten Kreditmarkt	52.214.537,40	70.119,81	9.726.881,22	42.417.536,37	55.562.066,94
2.5.1. von Banken und Kreditinstituten	52.214.537,40	70.119,81	9.726.881,22	42.417.536,37	55.562.066,94
2.5.2. von übrigen Kreditgebern	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3. Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4. Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung	29.260.000,00	29.260.000,00	0,00	0,00	29.180.000,00
4.1. vom öffentlichen Bereich	29.260.000,00	29.260.000,00	0,00	0,00	29.180.000,00
4.2. vom privaten Kreditmarkt	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
5. Verbindlichkeiten aus Vorgängen, die Kreditaufnahmen wirtschaftlich gleichkommen	0,00	0,00	0,00	0,00	13.936,61
6. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	9.731.098,66	9.731.098,66	0,00	0,00	8.386.038,53
7. Verbindlichkeiten aus Transferleistungen	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
8. Sonstige Verbindlichkeiten	<u>10.500.814,78</u>	<u>10.500.814,78</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>5.213.252,45</u>
Summe aller Verbindlichkeiten	<u>101.706.450,84</u>	<u>49.562.033,25</u>	<u>9.726.881,22</u>	<u>42.417.536,37</u>	<u>98.355.294,53</u>

Forderungsspiegel

Art der Forderungen	mit einer Restlaufzeit von				Gesamtbetrag des Vorjahres EUR
	Gesamtbetrag des Haus- haltsjahres EUR	bis zu 1 Jahr EUR	1 bis 5 Jahre EUR	mehr als 5 Jahre EUR	
	1	2	3	4	
1. Öffentlich-rechtliche Forderungen und Forderungen aus Transferleistungen	9.306.076,35	9.098.035,60	207.400,15	640,60	8.390.617,88
1.1. Gebühren	3.836.882,14	3.836.876,46	0,00	5,68	2.021.449,92
1.2. Steuern	4.827,40	4.827,40	0,00	0,00	9.263,87
1.3. Forderungen aus Transferleistungen	866.299,87	864.403,44	1.261,51	634,92	1.950.912,27
1.4. Sonstige öffentlich-rechtliche Forderungen	4.598.066,94	4.391.928,30	206.138,64	0,00	4.408.991,82
2. Privatrechtliche Forderungen	2.137.395,86	2.137.295,86	0,00	100,00	2.660.561,95
2.1. Privatrechtliche Forderungen gegenüber dem privaten Bereich	1.954.700,74	1.954.600,74	0,00	100,00	1.854.104,91
2.2. Privatrechtliche Forderungen gegenüber dem öffentlichen Bereich	182.215,82	182.215,82	0,00	0,00	744.358,29
2.3. Privatrechtliche Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0,00	0,00	0,00	0,00	744,75
2.4. Privatrechtliche Forderungen gegen Beteiligungen	479,30	479,30	0,00	0,00	61.354,00
3. Sonstige Vermögensgegenstände	<u>931.151,98</u>	<u>931.151,98</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>419.876,04</u>
Summe aller Forderungen	<u>12.374.624,19</u>	<u>12.166.483,44</u>	<u>207.400,15</u>	<u>740,60</u>	<u>11.471.055,87</u>

Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Bilanz zum 31. Dezember 2012
AKTIVSEITE

	31.12.2012	Vorjahr
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
Anlagevermögen	309.040.673,62	297.219.703,48
	<hr/>	<hr/>

Eine von den Anschaffungs- und Herstellungskosten ausgehende Darstellung der Entwicklung der einzelnen Bilanzposten des Anlagevermögens enthält der Anlagenspiegel (Anlage 6.1.5).

	31.12.2012	Vorjahr
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
Sachanlagen	255.662.972,42	250.464.773,58
	<hr/>	<hr/>

Die Verwaltung erhebt derzeit generell keine Daten zur Erfassung von sogenannten "aktivierten Eigenleistungen" im Sinne der §§ 38, 2 GemHVO NRW.

Als aktivierte Eigenleistungen sind im Ergebnisplan bzw. in der Ergebnisrechnung Erträge zu veranschlagen bzw. zu verbuchen, wenn aus der Herstellung von aktivierungsfähigen Vermögensgegenständen durch eigene Leistungen der Verwaltung Aufwendungen entstanden und dem Kreis zurechenbar sind, z. B. für Material und/oder den Einsatz von Personal (Eigenleistungen).

Aus Sicht der Rechnungsprüfung ist es fraglich, dass keine aktivierbaren Eigenleistungen im Berichtsjahr erbracht worden sind. Eine nachträgliche Erfassung erscheint zudem nicht möglich zu sein. Die Verwaltung sollte spätestens für das Haushaltsjahr 2014 eine sachgerechte Erfassung aller "aktivierbaren Eigenleistungen" vornehmen, soweit solche Leistungen erbracht werden. Auf die Ausführungen im Prüfbericht zum Jahresabschluss 2011 wird hingewiesen.

Im Prüfbericht zum Jahresabschluss 2011 wurde darauf hingewiesen, dass im Sinne eines rechnungslegungsbezogenen Internen Kontrollsystems geeignete Maßnahmen zu treffen sind, die sicherstellen, dass die Zuordnung von Kosten maßnahmengenaу erfolgt. Erläutert wurde der Hinweis dahingehend, dass eine korrekte Zuordnung von Rechnungen auf einzelne Baumaßnahmen und entsprechende Kontierungen sowie Verbuchungen unverzichtbar ist. Diesbezüglich sollten die Fachämter, die Finanzbuchhaltung und die Anlagenbuchhaltung beteiligt werden.

Im Rahmen der Prüfung des Jahresabschlusses 2012 wurde ebenfalls festgestellt, dass die erforderlichen Maßnahmen bislang nicht umgesetzt wurden. Dies wird dem Umstand der zeitlich zügigen Aufarbeitung von Jahresabschlüssen geschuldet sein. Darüber hinaus war es aufgrund der an einigen Stellen ungenügenden Dokumentation der getätigten Jahresabschlussarbeiten nicht möglich, alle im Rahmen des risikoorientierten Prüfungsansatzes ausgewählten Maßnahmen im Prüfungszeitraum abschließend zu betrachten. Ein wiederholtes Aufgreifen der Thematik im Rahmen der folgenden Jahresabschlussprüfung wird hierdurch erforderlich.

Es wird der Verwaltung empfohlen, entsprechende Regelungen hinsichtlich der Informationsflüsse zwischen der Kämmerei und den zuständigen Fachämtern schriftlich zu fixieren und umzusetzen. Dabei sind auch verbindliche Regelungen zur Abgrenzung von investiven Herstellungskosten und konsumtiven Aufwendungen zu treffen.

	31.12.2012	Vorjahr
	EUR	EUR
Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen	92.561.969,00	93.104.260,00

Unter bestimmten Voraussetzungen sind einzelne Sanierungsmaßnahmen an kreiseigenen Straßen investiv zu verbuchen und als Herstellungskosten zu aktivieren, so dass sich hierdurch die Restnutzungsdauer der jeweiligen Straßen verlängert und in der Anlagenbuchhaltung entsprechend anzupassen ist.

Im Rahmen dieser Prüfung wurde festgestellt, dass die derzeitige technische Umsetzung der Anpassungen im SAP-System zu fehlerhaften Berechnungen der Abschreibungsbeträge führt. Dem Zweckverband Civitec ist die Problematik bekannt und er arbeitet derzeit an einer technischen Lösung. Bis zu deren Einsatz wurde zwischen der Rechnungsprüfung und der Verwaltung ein Buchungsverfahren abgestimmt, das die korrekte Berechnung von Abschreibungsbeträgen sicherstellt.

Für das Haushaltsjahr 2012 wurden buchhalterische Korrekturen im Rahmen der Prüfung vorgenommen, für entsprechende Sachverhalte der Jahre 2009-2011 erfolgt aus zeitlichen Gründen eine Aufarbeitung bis zur Aufstellung des nächsten Jahresabschlusses.

	31.12.2012	Vorjahr
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
Kunstgegenstände, Kulturdenkmäler	4.021.111,25	3.187.160,25
	<hr/>	<hr/>

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2012	Vorjahr
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
Kunstgegenstände	4.021.108,25	3.187.157,25
Sonstige Kulturdenk.	<u>3,00</u>	<u>3,00</u>
	<hr/>	<hr/>
	4.021.111,25	3.187.160,25
	<hr/>	<hr/>

Der veränderte Wertansatz der Kunstgegenstände beruht in erster Linie auf einer Schenkung von Werken des Künstlers Friedrich von Bömches durch den Förderverein Schloss Homburg e. V. im Berichtsjahr. Der Wert der übertragenen Kunstgegenstände wurde fachmännisch auf rd. 823 T€ geschätzt.

Auf die Erläuterungen zur Bilanzposition "Sonderposten" wird verwiesen.

Die übrige Veränderung von rd. 11 T€ ergibt sich durch sonstige Ankäufe und Schenkungen von Kunstobjekten.

	31.12.2012	Vorjahr
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
Maschinen und technische Anlagen, Fahrzeuge	2.606.151,00	1.843.920,00
	<hr/>	<hr/>

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2012	Vorjahr
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
Technische Anlagen	475.606,00	514.701,00
Fahrzeuge	<u>2.130.545,00</u>	<u>1.329.219,00</u>
	2.606.151,00	1.843.920,00
	<hr/>	<hr/>

Der Bilanzposten hat sich im Vergleich zum Vorjahr um insgesamt rd. + 762 T€ verändert. Maßgeblich hierfür sind in erster Linie Zugänge im Bereich der Fahrzeuge in Höhe von rd. 1,2 Mio. €, welche hauptsächlich dem Bereich des Rettungsdienstes zuzuordnen sind. Diesbezügliche Abgänge und Abschreibungen belaufen sich im Berichtsjahr auf insgesamt rd. 434 T€.

	31.12.2012	Vorjahr
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
Geleistete Anzahlungen, Anlagen im Bau	15.564.182,34	9.424.902,69
	<hr/>	<hr/>

Als "Anlagen im Bau" werden laufende Baumaßnahmen in der Bilanz ausgewiesen, die vor dem 31.12.2012 begonnen, aber bis zum Abschluss des Berichtsjahres noch nicht beendet worden sind. Im laufenden Jahr 2012 fertig gestellte und in Betrieb genommene Maßnahmen, die zum 31.12.2011 in dieser Bilanzposition erfasst waren, sind entsprechend umgebucht worden.

In Bezug auf eine vollständige Darstellung der bestehenden Anlagen im Bau zum Bilanzstichtag wird auf die Erläuterungen im Anhang zum Jahresabschluss verwiesen.

Im Rahmen der Prüfung wurden folgende drei Anlagen im Bau bzw. deren Umbuchung auf fertige Anlagen risikoorientiert geprüft:

- Ausbau Kreisstraße K45
- Baumaßnahme Berufskolleg Dieringhausen
- Baumaßnahmen Erweiterung Brandschutzzentrum.

Ausbau K45

Seit dem Jahresabschluss 2009 werden Anlagen im Bau für die Baumaßnahme der Kreisstraße 45 gebildet und fortgeschrieben. Der Bestand an Anlagen im Bau betrug zum Stichtag 31.12.2011 rund 1,6 Mio. €. Im August 2012 konnte die gesamte Maßnahme abgeschlossen werden und es erfolgte eine entsprechende Umbuchung zu den fertigen Anlagen. Darüber hinaus wurden weitere Herstellungskosten aus dem Berichtsjahr aktiviert. Die Aktivierungen teilen sich auf die Bilanzpositionen "Grund und Boden des Infrastrukturvermögens" und "Straßen, Wege, Plätze" auf. Zum Zeitpunkt der Aktivierung hatte die neue Straße K45 einen Wert von rund 2,1 Mio. €.

Entsprechend § 2 StrWG NRW wurde ein ebenfalls neu errichteter begleitender Rad- und Gehweg zusammen mit der K45 aktiviert; die Abschreibung erfolgt über 50 Jahre entsprechend der Nutzungsdauer der Straße.

Hinsichtlich der Berechnung der Abschreibungshöhe wird auf die Erläuterungen zur Bilanzposition "Straßennetz mit Wegen, Plätzen und Verkehrslenkungsanlagen" verwiesen.

Da die Baumaßnahme mit einer Zuwendung des Landes in Höhe von rund 1,2 Mio. € gefördert wurde, ist in dieser Höhe ein Sonderposten gebildet worden, welcher über den Zeitraum der Nutzung der Straße entsprechend ertragswirksam aufzulösen ist.

Berufskolleg Dieringhausen

Unter der Baumaßnahme am Berufskolleg Dieringhausen werden ein Erweiterungsneubau, eine Aufstockung des bestehenden Gebäudes und eine Fassadensanierung erfasst.

Die Maßnahme wird bereits seit dem Jahresabschluss 2009 als Anlage im Bau geführt. Die Bauarbeiten werden über das Jahr 2012 weiterhin fortgeführt, da die Fertigstellung und Aktivierung der Gebäude erst im Jahr 2013 erfolgt.

Alle drei Einzelmaßnahmen werden innerhalb des SAP-Systems auf einem Buchungselement geführt, wodurch eine Zuordnung der angefallenen Kosten auf die einzelnen Gebäude nicht möglich ist. Während des kurzen Prüfzeitraums konnten vom zuständigen Fachamt keine ausreichend prüffähigen Unterlagen zur Verfügung gestellt werden, mit Hilfe derer eine entsprechende Kostenaufteilung möglich gewesen wäre. Gleiches betrifft auch die Abgrenzung von konsumtiven und investiven Teilmaßnahmen.

Im Rahmen der Aufstellung des Jahresabschlusses 2013 ist die gesamte Maßnahme aufzuarbeiten, da durch die beschriebenen Umstände ein erneutes Aufgreifen der Maßnahme erforderlich ist.

Brandschutzzentrum

Die ebenfalls seit dem Jahresabschluss 2009 als Anlage im Bau geführte Baumaßnahme am Brandschutzzentrum beinhaltet eine Erweiterung des bestehenden Leitstellengebäudes zu einem Notfallzentrum mit Stabsgebäude. Eine Containerhalle wurde bereits im Jahresabschluss 2011 fertig gestellt und aktiviert, im Jahr 2012 folgte die Fertigstellung des Stabsgebäudes, welches mit einem Wert von rd. 1,1 Mio. € aktiviert worden ist. Die Bauarbeiten am bestehenden Leitstellengebäude sind ebenfalls beendet worden und führen zu einer Werterhöhung von rund 101 T€.

Beide aktivierten Werte konnten während des Prüfzeitraums nicht nachgewiesen werden, da auch bei dieser Baumaßnahme mehrere Einzelmaßnahmen auf einem Buchungsobjekt im SAP-System zusammengefasst worden sind. Ein differenzierter Ausweis der Herstellungskosten je Gebäude war auf dieser Grundlage nicht möglich.

Hinsichtlich der Aufarbeitung im Rahmen der Aufstellung des nächsten Jahresabschlusses wird vollumfänglich auf die Ausführungen zum Berufskolleg Dieringhausen (siehe oben) verwiesen. Zudem wird darauf hingewiesen, dass zum Jahresabschluss 2013 ggf. Wertanpassungen an den bereits aktivierten Gebäuden vorzunehmen sein werden.

	31.12.2012	Vorjahr
	EUR	EUR
Finanzanlagen	52.757.522,20	46.256.226,90

	31.12.2012	Vorjahr
	EUR	EUR
Wertpapiere des Anlagevermögens	25.715.765,64	19.214.470,34

Der OBK unterhält zwei Finanzanlagen im Bereich der Sonstigen Wertpapiere des Anlagevermögens. Zum einen handelt es sich um den Kapitalstock Pensionsrückstellungen und zum anderen um einen RVK Versorgungsrücklagefonds.

Kapitalstock Pensionsrückstellungen

Im Jahr 2012 wurden dem Kapitalstock keine Beträge zugeführt, da der Kreis aufgrund der Zinsentwicklung für Wertpapiere die Anlage im KVR-Fonds präferierte. Ein Hypothekendarlehen im Wert von über 2,6 Mio. € nominal wurde im Jahr 2012 fällig und ausbezahlt.

KVR-Fonds

Der Kurswert des KVR-Fonds der Rheinischen Versorgungskasse Köln (RVK) betrug ausweislich der Abrechnung der RVK zum 31.12.2012 insgesamt rd 3.576 T€ und ist damit verglichen mit dem Vorjahreswert um 6,69 %-Punkte gestiegen. In Höhe von ca. 205 T€ wurden im Berichtsjahr neue Fondsanteile erworben. Aufgrund des Realisationsprinzips, welches den bilanziellen Ansatz von nicht realisierten Gewinnen ausschließt, werden in der Bilanz nur rd. 3.063 T€ ausgewiesen.

In Ausführung des Kreistagsbeschlusses zur Bildung einer Pensionsrücklage beabsichtigte die Verwaltung zum Abschlussstichtag, weitere Anteile am RVK-Fonds in Höhe von ca. 8,9 Mio. € zu erwerben, welche die in 2012 zur Auszahlung gelangten 2,6 Mio. € einschließen (siehe oben "Kapitalstock Pensionsrückstellungen"). Da der Fonds nur einmal monatlich Anteile kaufen kann, wurde der Zahlbetrag des Kreises durch die RVK bis zum nächstmöglichen Kauftermin auf einem Tagesgeldkonto der Landesbank Baden - Württemberg angelegt. Bis zum Erwerb von Fondsanteilen verbleibt dieses Guthaben auf dem genannten Tagesgeldkonto, wird jedoch bilanziell unter den "Wertpapieren des Anlagevermögens" ausgewiesen.

	31.12.2012	Vorjahr
	EUR	EUR
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren	660.946,70	21.694,61
	<hr/>	<hr/>
	31.12.2012	Vorjahr
	EUR	EUR
Unfertige Maßnahmen im UV	636.236,67	0,00
Sonstige Vorräte	<u>24.710,03</u>	<u>21.694,61</u>
	<hr/>	<hr/>
	660.946,70	21.694,61

Unter der Position "Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren" (unfertige Maßnahmen im Umlaufvermögen) werden erstmalig seit der Umstellung auf das Neue Kommunale Finanzmanagement noch nicht veräußerte Grundstücke aus einem fiduziarischen Treuhandverhältnis bilanziert, welches ausweislich vorliegender Verträge zwischen dem Oberbergischen Kreis und der Oberbergischen Aufbau GmbH (OAG) besteht. Aufgrund einer vorliegenden Bescheinigung der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft DHPG Dr. Harzem & Partner KG vom 24.02.2014 bestehen hieraus bislang unveräußerte Grundstücke im Wert von rd. 636 T€. Da bei Treuhandverhältnissen die Wirtschaftsgüter dem Treuhandgeber zuzurechnen sind, hätte der Kreis sowohl das Treuhandvermögen als auch damit im Zusammenhang stehende Treuhandverbindlichkeiten bereits in dessen Eröffnungsbilanz ausweisen müssen.

Aus §§ 92 Abs. 7 GO NRW, 57 GemHVO NRW und den diesbezüglichen Ausführungen in der Handreichung zum NKF für Kommunen (5. Auflage) des Ministeriums für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein - Westfalen ergibt sich, dass letztmals im Jahresabschluss 2012 Wertänderungen aus in der Eröffnungsbilanz fälschlicherweise nicht angesetzten Vermögensgegenständen, Sonderposten oder Schulden ergebnisneutral mit der allgemeinen Rücklage verrechnet werden können. Unter Berücksichtigung einer hierdurch notwendigen Anpassung der Höhe der Ausgleichsrücklage ergibt sich insgesamt eine Veränderung des Eigenkapitals.

	31.12.2012	Vorjahr
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
Privatrechtliche Forderungen	2.137.395,86	2.660.561,95
	<hr/>	<hr/>

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2012	Vorjahr
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
Privatrechtliche Forderungen gegenüber dem		
privaten Bereich		
Priv.F. priv.B.-PSCD	61.679,49	65.827,84
Priv. Ford. pri.B(K)	3.137,54	6.892,05
Unterhaltsforderungen UVG-		
Zweifelhaftstellung	0,00	5.398.065,07
Unterhaltsford. UVG	1.919.843,71	1.799.355,02
Unterh. UVG-Zweifelh	5.759.531,12	0,00
(PWB privatr. Ford.)	<u>-5.789.491,12</u>	<u>-5.416.035,07</u>
	<u>1.954.700,74</u>	<u>1.854.104,91</u>
Privatrechtliche Forderungen gegenüber dem		
öffentlichen Bereich		
Priv.F. Bund-PSCD	1.020,92	9.103,40
Priv.F. Land-PSCD	1.473,00	170.139,93
Priv.F. Gem.-PSCD	68.594,93	520.541,99
Priv. Ford. GemGV(K)	430,00	2.315,00
Priv.F. Zweckv.-PSCD	0,00	40.223,00
Übertrag	2.026.219,59	2.596.428,23

ANLAGE 6.2.1

	31.12.2012	Vorjahr
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
Übertrag	2.026.219,59	2.596.428,23
Priv.F. so.ö.B.-PSCD	110.386,97	2.000,97
Priv. Ford. s.ö.B(K)	<u>310,00</u>	<u>34,00</u>
	<u>182.215,82</u>	<u>744.358,29</u>
Privatrechtliche Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0,00	744,75
Privatrechtliche Forderungen gegen Beteiligungen	<u>479,30</u>	<u>61.354,00</u>
	<u>2.137.395,86</u>	<u>2.660.561,95</u>

Im Bereich der privatrechtlichen Forderungen gegenüber dem privaten Bereich waren insbesondere die Unterhaltsforderungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) Prüfungsgegenstand, da diese betragsmäßig den größten Anteil an den Forderungen insgesamt ausmachen.

Die durchgeführte Abstimmung zwischen den Daten aus der Fachsoftware "Info 51" und denen aus dem SAP-System sowie die daraus resultierende Fortschreibung des Bilanzansatzes erfolgten korrekt. Um sicherzustellen, dass auch für zukünftige Jahresabschlüsse eine einwandfreie Fortschreibung gewährleistet werden kann, wird der Verwaltung empfohlen, unter Einbindung des Fachamtes konkrete jährlich wiederkehrende Abläufe in Form von schriftlichen Regelungen zu fixieren.

	31.12.2012	Vorjahr
	EUR	EUR
Liquide Mittel	3.360.603,57	196.728,88

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2012	Vorjahr
	EUR	EUR
KSK1 Bestand	922.898,92	31.507,36
KSK1 Rückl. Last.	0,00	-189,00
KSK1 Rückl. Überw.	0,00	189,00
VBA1 Bestand	94.135,90	35.215,56
PBA1 Bestand	110.652,67	94.568,14
PBA1 Geldeingang	0,00	-3,30
PBA1 Geldausgang	0,00	3,30
SPK1 Bestand	33.032,46	13.001,65
SPK1 Scheckausgan	7.969,00	300,00
SPK1 Geldeingang	-94.392,40	-27.800,00
SPK1 Geldausgang	86.423,40	27.500,00
DBB1 Bestand	20.172,30	20.172,30
VBA2 Bestand	16.820,82	180,45
KSK3 Bestand	121,18	107,01
Sparbücher SPK	0,51	0,51
Treuhandvermögen OAG	2.160.768,81	0,00
Bankenclearing	0,00	55,67
Klärungsliste	-465,00	-917,87
Klärungsliste (K)	465,00	917,87
Barkasse	2.000,00	1.920,23
	<u>3.360.603,57</u>	<u>196.728,88</u>

Die liquiden Mittel des Kreises steigen von rd. 197 T€ im Vorjahr auf rd. 419 T€ zum Abschlussstichtag an. Anhand des Bilanzpostens der liquiden Mittel ist der aktuelle Gesamtbetrag nicht direkt ersichtlich.

Dies ist einerseits durch einen sogenannten Schwebeposten in Höhe von rd. 781 T€ bedingt. Es handelt sich hierbei um einen vor dem Abschlussstichtag im SAP-System verbuchten Zahllauf, welcher auf dem Konto der Kreissparkasse Köln erst zu Beginn des neuen Haushaltsjahres belastet worden ist und zugleich passivisch als sonstige Verbindlichkeit in der Bilanz ausgewiesen wird.

Andererseits werden unter den liquiden Mitteln erstmalig seit der Umstellung auf das Neue Kommunale Finanzmanagement Finanzierungsmittel aus einem fiduziarischen Treuhandverhältnis zwischen dem Oberbergischen Kreis und der Oberbergischen Aufbau GmbH (OAG) in Höhe von über 2,16 Mio. € ausgewiesen. Auf die diesbezüglichen Ausführungen unter der Position "Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren" wird verwiesen.

Die Salden der oben aufgeführten Konten wurden anhand von Banksaldenbestätigungen abgestimmt.

	31.12.2012 EUR	Vorjahr EUR
Aktive Rechnungsabgrenzung	20.894.548,01	21.851.074,79
	31.12.2012 EUR	Vorjahr EUR
Sonstige aktive RAP	8.114.257,57	9.289.437,38
A-RAP ÖPNV	1.075.161,00	1.548.307,00
A-RAP Kita	3.881.723,00	4.251.896,00
A-RAP U3 Ausbau 2009	7.546.719,10	6.469.791,00
A-RAP WLS Bad	276.687,34	291.643,41
	20.894.548,01	21.851.074,79

Unter der "Aktiven Rechnungsabgrenzung" (ARAP) werden Sachverhalte erfasst, die im laufenden Haushaltsjahr zu Auszahlungen führen, aber erst in den folgenden Haushaltsjahren Aufwand darstellen. § 43 Abs. 2 GemHVO ergänzt darüber hinaus, dass auch geleistete Zuwendungen für Vermögensgegenstände als Rechnungsabgrenzungsposten zu aktivieren sind, wenn diese geleistete Zuwendung mit einer mehrjährigen, zeitbezogenen Gegenleistungsverpflichtung verbunden ist. Dieser abgegrenzte Zuwendungsbetrag ist entsprechend der zeitlichen Erfüllung der Gegenleistungsverpflichtung aufwandswirksam aufzulösen.

Unter Berücksichtigung ungeklärter Punkte aus vorangegangenen Jahresabschlussprüfungen wurde insbesondere die Abgrenzung der Förderungszahlungen für den sogenannten "U 3 - Ausbau" im Rahmen der Prüfung einzelfallbezogen aufgearbeitet. Auf die diesbezüglichen Erläuterungen im Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2011 sowie zur Bilanzposition "Passive Rechnungsabgrenzung" wird hingewiesen.

PASSIVSEITE

	31.12.2012	Vorjahr
	EUR	EUR
Eigenkapital	45.140.204,17	38.623.479,79

Im Rahmen einer zulässigen Korrektur der Eröffnungsbilanz gemäß § 57 GemHVO NRW hat sich das Eigenkapital des Oberbergischen Kreises insgesamt um rd. 2,8 Mio. € erhöht. Der Betrag, welcher sich auf die Allgemeine Rücklage (rd. + 1,9 Mio. €) und die Ausgleichsrücklage (rd. + 932 T€) verteilt, resultiert aus dem Kreis zurechenbaren Treuhandvermögen. Auf die Ausführungen zu den Bilanzpositionen "Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, Waren" sowie "Liquide Mittel" wird verwiesen.

	31.12.2012	Vorjahr
	EUR	EUR
Allgemeine Rücklage	37.180.821,48	35.717.049,87

Seit Einführung des Ersten NKF-Weiterentwicklungsgesetzes sind Erträge und Aufwendungen aus dem Abgang und der Veräußerung von Vermögensgegenständen entsprechend § 43 Abs. 3 GemHVO NRW unmittelbar mit der Allgemeinen Rücklage zu verrechnen.

Verluste aus dem Abgang von Vermögensgegenständen beliefen sich im Berichtsjahr auf rund 460 T€. Hiervon resultieren 372 T€ aus der Abstufung der Kreisstraße "K 44" in eine Gemeindestraße.

Erträge aus der Veräußerung von Vermögensgegenständen ergaben sich in Höhe von rund 59 T€, so dass sich die Allgemeine Rücklage im Saldo um 401 T€ verringert.

Die notwendigen Verrechnungen mit der Allgemeinen Rücklage wurden im Rahmen der Prüfung vorgenommen. Auf die Darstellung in der Ergebnisrechnung sowie die Erläuterungen im Anhang wird verwiesen.

	31.12.2012	Vorjahr
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
Sonderposten	44.468.607,50	43.204.237,50
	<hr/>	<hr/>
	31.12.2012	Vorjahr
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
I. Sonderposten für Zuwendungen	43.149.179,07	42.714.520,07
II. Sonstige Sonderposten	<u>1.319.631,43</u>	<u>489.717,43</u>
Stand am 31.12.2012	<u>44.468.810,50</u>	<u>43.204.237,50</u>
	<hr/>	<hr/>
	31.12.2012	Vorjahr
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
Sonderposten für Zuwendungen	43.149.179,07	42.714.520,07
	<hr/>	<hr/>

Im Zusammenhang mit der Bildung von "Sonderposten für Zuwendungen" wird auf die Erläuterungen zur Bilanzposition "Anlagen im Bau" verwiesen.

Mit Abschluss der Straßenbaumaßnahme K45 wurde ein Sonderposten von rund 1,2 Mio. € gebildet. Im Zusammenhang mit der Fertigstellung weiterer Einzelmaßnahmen sind weitere 678 T€ in diesen Sonderposten eingestellt worden. Sonstige Veränderungen zu Vorjahren ergeben sich aus der ertragswirksamen Auflösung der Sonderposten.

Die Entwicklung des Sonderpostens im Hinblick auf Einzelmaßnahmen wird im Anhang zum Jahresabschluss dargestellt.

	31.12.2012	Vorjahr
	EUR	EUR
Sonstige Sonderposten	1.319.631,43	489.717,43

Gemäß § 43 Abs. 5 GemHVO sind für erhaltene und zweckentsprechend verwendete Zuwendungen und Beiträge für Investitionen Sonderposten zu bilden und entsprechend der Abnutzung des geförderten Vermögensgegenstandes aufzulösen.

Da Schenkungen bilanziell als "Sonstige Sonderposten" auszuweisen sind, wurde in Höhe des Wertes der Sammlung Bömches ein Sonderposten gebildet (vgl. Erläuterungen zu "Kunstgegenständen, Kulturdenkmäler").

Für die aus Fördermitteln der Kulturstiftung Oberberg der Kreissparkasse Köln aufgebaute und fortlaufend erweiterte Kunstsammlung Oberberg wird zum Abschlussstichtag ebenfalls ein Sonstiger Sonderposten bilanziert. Hinsichtlich der Frage, ob die Finanzmittel der Stiftung rechtlich betrachtet als Geldschenkung oder als Zuwendung, verbunden damit wäre ein Ausweis unter den "Sonderposten für Zuwendungen", einzuordnen sind, konnte bis zum Prüfungsende zwischen Verwaltung und Rechnungsprüfung kein Konsens herbeigeführt werden. Verbunden hiermit ist auch die Frage der bisherigen haushalterischen Behandlung der Finanzmittel als sogenannte durchlaufende Gelder. Es wurde mit der Verwaltung abgestimmt, die beschriebene Thematik im Rahmen der Aufstellung des folgenden Jahresabschlusses aufzuarbeiten.

	31.12.2012	Vorjahr
	EUR	EUR
Pensionsrückstellungen	138.582.284,00	134.683.421,00

Die versicherungsmathematische Bewertung von Pensions- und Beihilfeverpflichtungen wird durch die Rheinische Versorgungskasse Köln (RVK) im Teilwertverfahren ermittelt und dem Oberbergischen Kreis jährlich in Form eines Pensionsgutachtens zur Verfügung gestellt.

Die Bewertung erfolgte mit dem durch § 36 Abs. 1 Gemeindehaushaltsverordnung NRW vorgegebenen Rechnungszins von 5,0 % auf Basis der Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck.

Die Veränderungen der Bilanzposition beruhen allein auf Veränderungen im Personalstamm der Kreisverwaltung durch beispielsweise Besoldungserhöhungen, Beförderungen, Familienstandsänderungen etc.. Zum Abschlussstichtag werden Rückstellungen für 418 aktive Beamte und 143 Versorgungsempfänger ausgewiesen.

	31.12.2012	Vorjahr
	EUR	EUR
Instandhaltungsrückstellungen	240.000,00	544.000,00

Gemäß § 36 Abs. 3 GemHVO NRW sind für unterlassene Instandhaltung von Sachanlagen Rückstellungen anzusetzen, wenn die Nachholung der Instandhaltung hinreichend konkret beabsichtigt ist und als bisher unterlassen bewertet werden muss. Die vorgesehenen Maßnahmen müssen am Abschlussstichtag einzeln bestimmt und wertmäßig beziffert sein.

Im Jahr 2012 wurde eine Instandhaltungsrückstellung in Höhe von 240 T€ für die Instandsetzung der Jalousien des Kreishauses erfasst. Im Januar 2011 hatte sich eine Glasfasadenplatte aus ihrer Verankerung gelöst und das Glasdach des Kreishausfoyers und des Haupteingangs beschädigt. Auf der Grundlage eines Gutachtens waren die gesamten Fassadenplatten auszutauschen. In Folge dieses Schadens und des sich anschließenden Austausches der Fassadenplatten im Jahr 2012 ergab sich zusätzlich ein vollständiger Tausch aller Jalousien.

Die vorhandene Rückstellung aus dem Jahr 2011 bzgl. der Fassadensanierung wurde im Berichtsjahr vollumfänglich in Anspruch genommen.

Das Thema Instandhaltungsrückstellungen war bereits Thema der Management - Letter sowie Prüfberichte der Vorjahre und bedarf weiterhin einer gründlichen Aufarbeitung. Im Jahresabschluss 2014 wird die Instandhaltungsrückstellung schwerpunktmäßig geprüft werden, da mit der Verwaltung Einvernehmen darüber besteht, dass die diesbezüglichen Verwaltungsprozesse und -entscheidungen zu optimieren und ggf. anzupassen sind. Auf die Ausführungen im Prüfbericht 2011 wird verwiesen.

	31.12.2012	Vorjahr
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
Sonstige Rückstellungen	5.873.930,82	5.290.854,73

Der **Posten** hat sich im Berichtsjahr wie folgt **entwickelt**:

	Vorjahr	31.12.2012
	<u>EUR</u>	<u>EUR</u>
Rückst. für Urlaub	1.202.351,92	1.615.237,71
Rückst. für Überst.	579.398,72	902.027,14
Rückst. nach §107b	1.714.573,00	1.667.134,00
Rück. Inans. Alt.tz.	1.340.904,00	889.238,00
Leistungsentgelt	77.586,32	0,00
RSt Abwassergebühr	82.699,56	0,00
RSt Einheitslasten	293.341,21	518.341,21
RSt KZVK Rettungsd.	0,00	21.000,00
RSt Lstgausgaben BuT	<u>0,00</u>	<u>260.952,76</u>
	<u>5.290.854,73</u>	<u>5.873.930,82</u>

§ 36 Abs. 4 GemHVO NRW sieht vor, dass für Verpflichtungen, die dem Grunde oder der Höhe nach zum Abschlussstichtag noch nicht genau bekannt sind, Rückstellungen angesetzt werden müssen, sofern der zu leistende Betrag nicht geringfügig ist. Es muss wahrscheinlich sein, dass eine Verbindlichkeit zukünftig entsteht, die wirtschaftliche Ursache vor dem Abschlussstichtag liegt und die zukünftige Inanspruchnahme voraussichtlich erfolgen wird.

Die Rückstellungen für Überstunden und Urlaub sind im Vergleich zum Vorjahr um knapp 736 T€ angestiegen. Es handelt sich hierbei um die in Euro bewerteten Ansprüche der Bediensteten gegen den Dienstherrn, welche aus zum Abschlussstichtag nicht in Anspruch genommenen Urlaubstagen und bestehenden Arbeitszeitguthaben resultieren.

Der ungewöhnlich starke Anstieg im Berichtsjahr hängt ursächlich mit der Rekommunalisierung des Rettungsdienstes zusammen, durch den sich der Personalbestand der Verwaltung in 2012 um ca. 160 Mitarbeiter erweitert hat.

Erstmals im Jahresabschluss 2012 werden die im Folgenden beschriebenen Rückstellungen ausgewiesen:

Durch die Kommunalisierung des Rettungsdienstes sind Beschäftigte des Oberbergischen Kreises durch eine partielle Mitgliedschaft nicht bei der Rheinischen Versorgungskasse (RZVK), sondern bei der Kirchlichen Zusatzversorgungskasse (KZVK) versichert. Diese erhebt entgegen der RZVK einmal jährlich rückwirkend für das Vorjahr ein sogenanntes "Sanierungsgeld". Da zurzeit die grundsätzliche Frage der Rechtmäßigkeit der Erhebung von "Sanierungsgeldern" gerichtlich überprüft wird, verzichtet die KZVK bis zu einer endgültigen Entscheidung auf eine Erhebung. Es wurde eine Rückstellung in Höhe einer möglichen Nachforderung gegen den Oberbergischen Kreis in Höhe von 21 T€ bilanziert.

Das Land NRW und der Bund werden möglicherweise Rückforderungsansprüche aufgrund nicht vollumfänglich verwendeter Mittel aus dem sogenannten Bildungs- und Teilhabepaket gegen den Oberbergischen Kreis geltend machen. Da zwischen dem Bund und dem Land NRW hinsichtlich der Rückforderung unterschiedliche Rechtsauffassungen bestehen, war zum Abschlussstichtag noch kein Rückforderungsbescheid ergangen. Auf der Grundlage des Sachverhalts wird in der Bilanz eine Rückstellung in Höhe von rd. 261 T€ ausgewiesen.

	31.12.2012	Vorjahr
	EUR	EUR
Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	52.214.537,40	55.562.066,94

Im Berichtsjahr wurden keine neuen Investitionskredite aufgenommen sondern ausschließlich bestehende Darlehensverträge weiter getilgt. Die gesamte Tilgungsleistung im Berichtsjahr beläuft sich auf über 3,3 Mio. €.

	31.12.2012	Vorjahr
	EUR	EUR
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	9.731.098,66	8.386.038,53

Der **Bestand** setzt sich zum Bilanzstichtag wie folgt zusammen:

	31.12.2012	Vorjahr
	EUR	EUR
Verb. LL ver.U.-PSCD	1.333.698,17	188.132,12
Verb. LuL ver.U (K)	-1.333.698,17	20.930,50
Verb. LL Bet.-PSCD	43.815,99	344.768,11
Verb. LuL BTeil (K)	1.356.000,23	0,00
Verb. LL Bund-PSCD	106.431,37	129.369,70
Verb. LuL Bund (K)	1.000,00	0,00
Verb. LL Land-PSCD	858.800,10	840.807,18
Verb. LuL Land (K)	80.717,46	2.430,01
Verb. LL Gem.-PSCD	-2.067.953,46	-1.819.586,58
Verb. LuL GemGV (K)	2.853.659,64	2.776.282,74
Verb. LL Zwe.-PSCD	94.771,94	68.442,95
Verb. LL s.ö.B.-PSCD	278.319,80	201.420,12
Verb. LuL s.ö.B (K)	2.866,07	1.130,50
Verb. LL pri.B.-PSCD	3.990.879,52	2.798.872,76
Verb. LuL pri.B (K)	<u>2.131.790,00</u>	<u>2.833.038,42</u>
	<u>9.731.098,66</u>	<u>8.386.038,53</u>

Aufgrund des Saldierungsverbots sind Kreditoren mit Überzahlungen (debitorische Kreditoren) im Rahmen der Aufstellung des Jahresabschlusses zu den Forderungen umzugliedern und stellen damit für den Oberbergischen Kreis Guthaben dar.

Im Rahmen der Aufstellung des Jahresabschlusses wurden alle erforderlichen Umgliederungen vorgenommen, so dass nunmehr Überzahlungen bei Kreditoren unter den "Sonstigen Vermögensgegenständen" und Guthaben der Debitoren gegenüber dem Oberbergischen Kreis unter den "Sonstigen Verbindlichkeiten" ausgewiesen werden.

Auf die Ausführungen im Anhang sowie im Prüfungsbericht zum Jahresabschluss 2011 wird verwiesen.

	31.12.2012	Vorjahr
	EUR	EUR
Sonstige Verbindlichkeiten	10.500.814,78	5.213.252,45

Der Bilanzposten "Sonstige Verbindlichkeiten" erhöht sich im Vergleich zum Vorjahr um rund 5,3 Mio. €.

Die wesentlichsten Veränderungen ergeben sich aufgrund zu passivierender Zuwendungen zu Baumaßnahmen, die zum Bilanzstichtag noch nicht abgeschlossen wurden und daher in Höhe der Zuwendungen noch kein Sonderposten auszuweisen ist. In diesem Zusammenhang ergibt sich im Berichtsjahr zur Baumaßnahme des Regionale2010-Projektes "Erweiterung Schloss Homburg" eine Erhöhung um ca. 4,7 Mio. € auf nunmehr rd. 6,5 Mio. €.

Dem Anhang zum Jahresabschluss ist eine Darstellung der Veränderungen bei jeder Einzelmaßnahme zu entnehmen.

Durch die Passivierung der Investitionspauschale 2012 bei den Verbindlichkeiten ergibt sich eine weitere Erhöhung um 703 T€.

Unter den "Sonstigen Verbindlichkeiten" wird darüber hinaus ein Schwebeposten in Höhe von rund 781 T€ ausgewiesen. Auf die Darstellungen zum Bilanzposten "Liquide Mittel" und auf die diesbezüglichen Ausführungen im Anhang zum Jahresabschluss wird verwiesen.

Zudem besteht die in den Prüfberichten und Management-Lettern der Vorjahre bereits dargestellte buchhalterische Problematik hinsichtlich der Abrechnung der Sozialhilfezahlungen mit dem Landschaftsverband Rheinland weiterhin, so dass eine Verbindlichkeit über 271 T€ ausgewiesen wird. Es ist erforderlich, eine Klärung des Sachverhalts im Rahmen der Aufstellung des Jahresabschlusses 2013 vorzunehmen.

	31.12.2012	Vorjahr
	EUR	EUR
Passive Rechnungsabgrenzung	10.211.508,56	9.915.470,30
	<hr/>	<hr/>
	31.12.2012	Vorjahr
	EUR	EUR
Sonstige passive RAP	696.608,85	327.960,30
P-RAP ÖPNV	1.073.188,00	1.545.171,00
P-RAP Kita	2.070.827,00	2.252.762,00
P-RAP U3 Ausbau 2009	<u>6.370.884,71</u>	<u>5.789.577,00</u>
	<hr/>	<hr/>
	10.211.508,56	9.915.470,30

Die "Passive Rechnungsabgrenzung" beinhaltet Sachverhalte, die im laufenden Haushaltsjahr zu Einzahlungen führen, aber erst in folgenden Haushaltsjahren Ertrag darstellen. Aufgrund ungeklärter Punkte aus vorangegangener Jahresabschlussprüfungen wurde insbesondere die passive Abgrenzung der Landeszuwendungen geprüft, welche der Oberbergische Kreis für den sogenannten "U 3 - Ausbau" von Kindertagesstätten erhält. Im Rahmen der Prüfung erfolgte eine Aufarbeitung sowie die Vornahme notwendiger Korrekturen. Auf die diesbezüglichen Ausführungen im Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses 2011 und die Erläuterungen zur "Aktiven Rechnungsabgrenzung" wird verwiesen.

Aufgliederungen und Erläuterungen der Posten der Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr vom 1. Januar 2012 bis 31. Dezember 2012

	Haushaltsplan	fortge- schriebener Ansatz	Ergebnis EUR	Vorjahr EUR
Zuwendungen und allgemeine Umlagen	230.037.929,00	230.037.929,00	231.232.803,49	218.041.514,11
			2012 EUR	Vorjahr EUR
Schlüsselzuw. v.Land			30.148.582,00	26.433.133,00
Allg. Zuw. vom Bund			3.090,00	900,00
Zuw. vom Land			20.291.916,15	18.841.176,53
Zuw. vom Land-RAP			1.068.773,29	912.157,30
Zuw. von Gem.			397.067,73	387.476,64
Zuw. von Zweckv.			5.000,00	0,00
Zuw. vom söB.			43.518,59	25.344,25
Zusch. von so. öSoRe			1.500,00	40.500,00
Zusch. von priv.Unt.			2.500,00	0,00
Zusch. von übr.B.			165.000,00	475,81
Aufl. Zu. Land-Z.			1.415.270,73	1.349.496,58
Aufl. Zu. G.,GV-Z.			2.800,00	2.333,00
Kreisumlage			130.539.786,00	125.032.928,00
Jugendamtsumlage			39.995.906,00	38.750.820,00
Uml. Berufsschulw.			6.605.579,00	5.659.739,00
Uml. Kreisvolkshoch.			546.514,00	605.034,00
			231.232.803,49	218.041.514,11

Die Erträge im Bereich der "Zuwendungen und allgemeinen Umlagen" sind verglichen mit dem Vorjahr um rd. 13,2 Mio. € angestiegen und stellen innerhalb der ordentlichen Erträge und für den Oberbergischen Kreis insgesamt den größten Ertragsposten dar. Im Detail ergibt sich der vorher genannte Veränderungsbetrag im Wesentlichen durch die Kreisumlage (rd. + 5,5 Mio. €) und die Schlüsselzuweisungen vom Land (rd. + 3,7 Mio. €).

	<u>Haushaltsplan</u>	<u>fortge- schriebener Ansatz</u>	<u>Ergebnis EUR</u>	<u>Vorjahr EUR</u>
Sonstige Transfererträge	3.912.850,00	3.912.850,00	6.073.473,73	5.737.774,66

Unter den "sonstigen Transfererträgen" finden sich die Erträge aus Forderungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG) in einer Gesamthöhe von rd. 1,1 Mio. €. Auf die Ausführungen im Erläuterungsteil der Posten der Bilanz wird verwiesen.

	<u>Haushaltsplan</u>	<u>fortge- schriebener Ansatz</u>	<u>Ergebnis EUR</u>	<u>Vorjahr EUR</u>
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	22.524.564,00	22.524.564,00	25.664.708,89	18.917.578,75

Das Ist-Ergebnis der "öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte" ist insbesondere auf die erhobenen Gebühren im Bereich des Rettungsdienstes zurückzuführen, welche um rd. 6,7 Mio. € gestiegen sind. Aufgrund von erwirtschafteten Fehlbeträgen innerhalb dieses kostenrechnenden Bereichs bis zum Ende des Kalkulationszeitraums 2011 hat der Kreistag in seiner Sitzung am 15.12.2011 eine Anhebung der Gebührensätze beschlossen, um die entstandenen Verluste in der Zukunft abzubauen.

	<u>Haushaltsplan</u>	<u>fortge- schriebener Ansatz</u>	<u>Ergebnis EUR</u>	<u>Vorjahr EUR</u>
Personalaufwendungen	58.745.585,00	58.897.430,00	56.910.977,62	50.574.810,68

	<u>2012 EUR</u>	<u>Vorjahr EUR</u>
Bezüge Beamte	14.807.867,87	14.327.687,99
Leistungsz. Beamte	917,76	1.318,23
Übertrag	14.808.785,63	14.329.006,22

ANLAGE 6.2.2

	2012	Vorjahr
	EUR	EUR
Übertrag	14.808.785,63	14.329.006,22
Überstunden Beamte	1.654,27	14.121,53
Jahressond. Beamte	397.315,08	386.353,71
Vergütungen tarif.B.	18.707.035,76	17.078.061,03
Leistungsz. tarif.B.	237.802,88	294.235,14
Überstunden tarif.B.	33.592,99	37.329,09
Jahressond. tarif.B.	1.296.385,19	1.203.945,55
Vergütungen so. B.	4.888.906,91	259.524,67
Vergütungen ger. B.	893.427,43	907.284,79
Vergütungen auß. B.	38.382,04	36.424,95
Beitr. Vers. Beamte	0,00	118,00
Beitr. Vers. tarif.B	1.609.209,70	1.460.995,63
Beitr. Vers. so. B.	295.729,53	0,00
Sozialv. tarif. B.	4.036.264,67	3.739.714,53
Sozialv. so. Besch.	854.295,59	12.553,57
Beihilfen Beamte	1.708.079,45	1.401.402,27
Zuf. Pensionsrückst.	4.682.697,00	7.097.901,00
Rück. Inans. Alt.tz.	112.500,00	219.080,00
Rückst. Urlaub	412.885,79	173.318,38
Rückst. Überstunden	322.628,42	154.924,50
Rückst. Beihilfe	1.469.844,00	1.684.702,00
Pauschal. Lohnsteuer	<u>103.555,29</u>	<u>83.814,12</u>
	<u>56.910.977,62</u>	<u>50.574.810,68</u>

Durch die vom Kreistag beschlossene Rekommunalisierung des Rettungsdienstes wurde der Personalbestand der Kreisverwaltung im Berichtsjahr bereits um ca. 160 Mitarbeiter erweitert, deren Vergütung im ersten Jahr der Beschäftigung buchhalterisch als "Vergütung sonstiger Beschäftigter" (siehe Tabelle oben) erfasst worden ist.

Hierdurch sind die Personalaufwendungen, welche sich zum Abschlussstichtag insgesamt auf rd. 57 Mio. € belaufen, um rd. 4,6 Mio. € angestiegen. Es wird an dieser Stelle auf die Ausführungen zu den "öffentlich - rechtlichen Leistungsentgelten" und die Refinanzierung von Personalaufwendungen in kostenrechnenden Einrichtungen über die Festsetzung von Gebühren hingewiesen.

	Haushaltsplan	fortge- schriebener Ansatz	Ergebnis EUR	Vorjahr EUR
Transferaufwendungen	147.917.249,00	150.555.595,00	150.250.378,04	137.356.291,02

Die "Transferaufwendungen" machen zum Abschlussstichtag mit über 150 Mio. € mehr als 51 % der ordentlichen Aufwendungen aus und sind zudem im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 12,9 Mio. € gestiegen. Sie stellen damit die betragsmäßig größte Belastung des Jahresergebnisses dar.

Der o. g. Veränderungsbetrag ergibt sich hauptsächlich aus einem Anstieg der sogenannten Ausbildungsverkehrspauschale (rd. + 3,4 Mio. €) sowie der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem Sozialgesetzbuch II (rd. + 1,1 Mio. €).

Die erwähnte Ausbildungsverkehrspauschale basiert auf dem Gesetz über den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNVG) NRW, nach dem der Kreis Fördermittel für die Beförderung von Auszubildenden mit Zeitfahrausweisen im Omnibusverkehr erhält. Diese Fördermittel werden durch den Oberbergischen Kreis an antragsberechtigte Verkehrsunternehmen weitergeleitet. Erst Ende des Jahres 2011 hat der Kreistag Regelungen hinsichtlich des Antragsverfahrens beschlossen, so dass in 2012 auch die für das Vorjahr erhaltenen Fördermittel zur Auszahlung gekommen sind.

Am 01.04.2011 ist das Gesetz zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des Zweiten und Zwölften Buches Sozialgesetzbuch in Kraft getreten, welches auch das sogenannte Bildungs- und Teilhabepaket beinhaltet. Aufgrund der Umsetzungs- und Einführungsphase in 2011 werden die hierdurch entstehenden Aufwendungen erst im Berichtsjahr vollständig ergebniswirksam.

	Haushaltsplan	fortge- schriebener Ansatz	Ergebnis EUR	Vorjahr EUR
Finanzerträge	1.611.000,00	1.611.000,00	1.688.575,41	2.831.251,95
			2012 EUR	Vorjahr EUR
Zinsen v. Kreditins.			827.058,16	819.152,66
Ertr. Gewinn Beteil.			860.396,07	1.627.583,48
Ertr. Wertpapiere AV			1.121,18	592,33
And. so. Finanzertr.			0,00	383.923,48
			1.688.575,41	2.831.251,95

Die Finanzerträge, welche sich insgesamt um rd. 1.143 T€ verschlechtert haben, werden maßgeblich durch die Beteiligungen des Oberbergischen Kreises am Bergischen Afallwirtschaftsverband (BAV; rd. - 511 T€) sowie an der Oberbergischen Verkehrsgesellschaft AG (OVAG; -265 T€) beeinflusst. Die aus diesen Beteiligungen an den Kreis zufließenden Ausschüttungen erfolgen jeweils zeitverzögert auf der Basis der Gesellschaftsergebnisse des abgelaufenen Geschäftsjahres. Die Zahlung des BAV fiel im Berichtsjahr um rd. 511 T€ geringer aus als in 2011, da auch das zugrundeliegende Ergebnis des Jahres 2011 um rd. - 1,7 Mio. € geringer als im Vorjahr ausgefallen ist.

	Haushaltsplan	fortge- schriebener Ansatz	Ergebnis EUR	Vorjahr EUR
Jahresergebnis	-3.828.896,00	-9.854.360,00	4.120.617,61	-3.489.276,79

ANLAGE 6.2.2

Das erwirtschaftete Jahresergebnis des Oberbergischen Kreises hat sich verglichen mit dem Vorjahreswert um rd. + 7,6 Mio. € verbessert. Auf die Erläuterungen zu den wesentlichen Positionen der Ergebnisrechnung (siehe oben) wird verwiesen. Unter Steuerungsgesichtspunkten ist festzustellen, dass das Ergebnis im Berichtsjahr nicht unerheblich durch Einmaleffekte, wie einem stark erhöhten Gebührenaufkommen im Bereich des Rettungsdienstes, sowie durch den Kreis nicht verursachte Gegebenheiten beeinflusst wird.

Vollständigkeitserklärung

Jahresabschluss und Lagebericht für das Haushaltsjahr 2012

Herr Landrat Hagen Jobi gibt persönlich folgende Erklärung ab:

Aufklärungen und Nachweise

1. Der Rechnungsprüfung sind die von ihr gemäß § 103 Abs. 4 GO NRW verlangten und darüber hinaus für eine sorgfältige Prüfung notwendigen Nachweise und Informationen vollständig und nach bestem Wissen und Gewissen zur Verfügung gestellt worden. Vollständig weitergegeben sind neben meinen persönlichen Kenntnissen auch die Kenntnisse aller Mitglieder des Verwaltungsvorstandes.
2. Folgende von mir benannten Auskunftspersonen sind angewiesen worden, der Rechnungsprüfung alle Auskünfte, Nachweise und Informationen richtig und vollständig zu geben:

Discher, Nils Christian

Fischer, Björn

Grootens, Klaus

Hamm, Wolfgang

Hasenbach, Jochen

Höller, Lisa Christin

Lammerich, Christian

Reger, Johann

Schmidt, Rainer

Wagner, Antje

Buchführung, Inventar, Zahlungsabwicklung (§§ 27 - 31 GemHVO NRW)

1. Es sind alle Bücher, Belege und sonstigen Unterlagen zur Verfügung gestellt worden. Zu den Unterlagen gehören neben den Büchern der Finanzbuchhaltung insbesondere Verträge und Schriften von besonderer Bedeutung, Arbeits- und Dienstanweisungen sowie Organisationspläne, die zum Verständnis der Buchführung erforderlich sind.
2. In den Unterlagen der Finanzbuchhaltung sind alle Geschäftsvorfälle, die für das Haushaltsjahr buchungspflichtig waren, erfasst und belegt. Zu den Belegen gehören alle für die richtige und vollständige Ermittlung der Ansprüche und Verpflichtungen zu Grunde zu legenden Nachweise (begründende Unterlagen).

3. Die nach § 27 Abs. 5 GemHVO NRW erforderliche Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer DV-gestützter Buchführungssysteme wurde sichergestellt.
4. Bei der Inventur sind die Grundsätze ordnungsmäßiger Inventur beachtet und alle im wirtschaftlichen Eigentum stehenden Vermögensgegenstände und die Schulden erfasst worden.
5. Die nach § 31 GemHVO NRW erforderlichen Regelungen zu Sicherheitsstandards und interner Aufsicht liegen im Entwurf vor. Die Aufsicht über die Finanzbuchhaltung wurde

von mir wahrgenommen

auf den Kreiskämmerer übertragen und hiervon wahrgenommen (siehe Entwurf DA nach § 31 GemHVO).

Jahresabschluss und Lagebericht

1. Der Jahresabschluss beinhaltet alle bilanzierungspflichtigen Vermögenswerte, Verpflichtungen, Rückstellungen, Wagnisse (z.B. drohende Verluste aus schwebenden Verfahren) und Abgrenzungen, sämtliche Aufwendungen und Erträge und sämtliche Aus- und Einzahlungen. Der Anhang enthält alle erforderlichen Angaben.
2. Im Lagebericht sind alle Vorgänge von besonderer Bedeutung erläutert worden, insbesondere sind alle Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung, wie sie von mir und dem Verwaltungsvorstand eingeschätzt werden, dargestellt.
3. Zu berücksichtigende Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

bestehen nicht

sind im Jahresabschluss enthalten

sind im Lagebericht dargelegt

4. Umstände, die der Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens, Schulden, Ertrags- und Finanzlage entgegenstehen

bestehen nicht

sind gesondert erläutert

5. Im Beteiligungsbericht, der bezogen auf den Abschlussstichtag fortgeschrieben und dem Jahresabschluss beigefügt ist, ist die wirtschaftliche und nichtwirtschaftliche Betätigung des Kreises, unabhängig davon, ob verselbstständigte Aufgabenbereiche dem Konsolidierungskreis des Gesamtabchlusses angehören, vollständig erläutert. Ausleihungen, Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen bestanden am Abschlussstichtag

nicht

nur in der Höhe, in der sie im Jahresabschluss berücksichtigt sind

6. Verbindlichkeiten aus Bürgschaften, Verlustübernahmeverträgen und sonstigen Sicherheiten bestanden am Abschlussstichtag

nicht

nur in der Höhe, in der sie im Jahresabschluss berücksichtigt sind

Im Verbindlichkeitspiegel sind alle Haftungsverhältnisse aus der Bestellung von Sicherheiten nachrichtlich ausgewiesen.

7. Rückgabeverpflichtungen für in der Jahresbilanz ausgewiesene Vermögensgegenstände sowie Rücknahmeverpflichtungen für nicht in der Jahresbilanz ausgewiesene Vermögensgegenstände bestanden am Abschlussstichtag

nicht

und sind im Anhang 1 unter Ziffer 1.2.4. aufgeführt

8. Derivative Finanzinstrumente (z.B. fremdwährungs-, zins-, wertpapier- und indexbezogene Optionsgeschäfte und Terminkontrakte, Zins- und Währungswaps, Forward Rate Agreements und Forward Forward Deposits) bestanden am Abschlussstichtag

nicht

und sind in den Büchern vollständig erfasst sowie der Rechnungsprüfung dargelegt worden

und müssen nicht bilanziert werden. Der Sachverhalt ist im Anhang aufgeführt.

9. Verträge, die für die Beurteilung der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Kommune von Bedeutung sind oder werden können (z.B. wegen ihres Gegenstandes, ihrer Laufzeit, möglicher Verpflichtungen oder aus anderen Gründen), bestanden

am Abschlussstichtag

nicht

und sind im Anhang (Verbindlichkeitspiegel) vollständig aufgeführt

10. Die finanziellen Verpflichtungen aus diesen Verträgen sowie sonstige, wesentliche finanzielle Verpflichtungen sind - soweit sie nicht in der Bilanz erscheinen

im Anhang angegeben

unter Ziffer Bitte Ziffer eintragen bzw. in der Anlage aufgeführt

11. Rechtsstreitigkeiten und sonstige Auseinandersetzungen, die für die Beurteilung der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage von Bedeutung sind,

lagen am Abschlussstichtag und liegen auch zur Zeit nicht vor

sind im Anhang angegeben

sind unter Ziffer Bitte Ziffer eintragen bzw. in der Anlage aufgeführt

12. Störungen oder wesentliche Mängel des rechnungslegungsbezogenen Internen Kontrollsystems

lagen am Abschlussstichtag und liegen auch zur Zeit nicht vor

sind vollständig mitgeteilt worden

13. Alle bekannten und vermuteten Täuschungen und Vermögensschädigungen, die wesentliche Auswirkungen auf den Jahresabschluss und den Lagebericht haben könnten, sind mitgeteilt worden.

14. Die am Schluss des Lageberichts gemachten Angaben gem. § 95 Abs. 2 GO NRW sind nach meinem Kenntnisstand vollständig und zutreffend.

gez.

Gummersbach, 05. Dez. 2013

Landrat
Hagen Jobi

Bestätigungsvermerk der Rechnungsprüfung

Die Rechnungsprüfung hat den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Ergebnisrechnung, Finanzrechnung, Teilrechnungen und Anhang sowie den Lagebericht - des Kreises für das Haushaltsjahr 1. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft. In die Prüfung wurde die Buchführung, die Inventur, das Inventar und die Übersicht der örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände einbezogen. Die Inventur, die Buchführung sowie die Aufstellung dieser Unterlagen nach den gemeinderechtlichen Vorschriften von Nordrhein-Westfalen und den ergänzenden Bestimmungen der Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen liegen in der Verantwortung des Landrates des Kreises. Die Aufgabe der Rechnungsprüfung ist es, auf der Grundlage der durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung, der Inventur, des Inventars sowie der örtlich festgelegten Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände und über den Lagebericht abzugeben.

Die Jahresabschlussprüfung wurde nach § 101 Abs. 1 GO NRW und unter Anwendung der vom Institut der Rechnungsprüfer (IDR) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Tätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Kreises sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Inventar, Übersicht über örtlich festgelegte Restnutzungsdauern der Vermögensgegenstände, Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Landrates des Kreises sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Die Rechnungsprüfung ist der Auffassung, dass die Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für die Beurteilung bildet.

Die Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach der Beurteilung der Rechnungsprüfung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften, den sie ergänzenden Satzungen und sonstigen ortsrechtlichen Bestimmungen und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage des Kreises.

Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Kreises und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gummersbach, den 28. Februar 2014

Rechnungsprüfung
Oberbergischer Kreis



Hartmut Heiden
Leiter der Rechnungsprüfung



Stephanus Kötting
stellv. Leiter der Rechnungsprüfung